



BUND
Naturschutz
in Bayern e.V.

Pressespiegel 2019

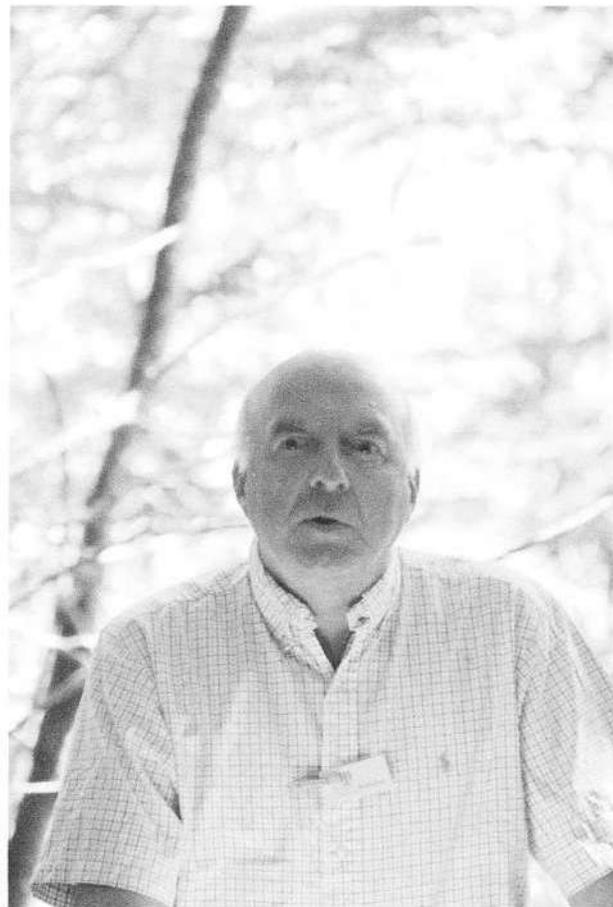
der
**BN-Kreisgruppe
Lindau (Bodensee)**

**Unsere Arbeit im Licht der
Öffentlichkeit**

...wo unsere Spuren überall zu finden sind!

IN MEMORIAM

ERICH JÖRG



1987 bis 2019 Kreisgruppenvorsitzender

LZ 02.01.19 ÖDP fordert mehr Insektenschutz

LINDAU (Lz) - Die bayerische ÖDP hat ein Volksbegehren gestartet, das zum Ziel hat, das Insektensterben in Deutschland zu stoppen. Zwischen 70 und 80 Prozent aller Insektenarten sind laut wissenschaftlichen Studien aus dem Jahr 2017 in ihrem Bestand gefährdet. Besonders Wild- und Honigbienen seien durch zunehmenden Landverbrauch, Monokulturen und hohe Pestizideinsätze betroffen, so eine ÖDP-Pressemitteilung.

Um dem Insektensterben Einhalt zu gebieten, will die Partei größere Biotop- und mehr Blühwiesen schaffen, den Pestizideinsatz beschränken und mehr Ökologie in der Landwirtschaft und auf Staatsflächen. Außerdem sollen Landwirte beim Thema Nachhaltigkeit geschult werden.

Das Volksbegehren der ÖDP wird unterstützt von den Grünen, der SPD, den Linken, sowie dem Landesbund für Vogelschutz und dem BUND Naturschutz Bayern. Damit es erfolgreich ist, müssen sich eine Million Wahlberechtigte bis zum 13. Februar beim Einwohnermeldeamt ihres Wohnortes in entsprechende Listen eintragen.

WA 11.01.19 Biobetrieb: BN lobt die Aktienbrauerei Simmerberg

Simmerberg Die Kreisgruppe des Bund Naturschutz hat die Aktienbrauerei Simmerberg gelobt. Das Unternehmen hat ihre gesamte Produktion auf Bio umgestellt und hat sich dazu an Bioland angeschlossen. Das sei alles keine Selbstverständlichkeit, lobt der BN-Kreisvorsitzende Erich Jörg in einem Brief an Brauereidirektor Manfred Biechl. Das Reinheitsgebot von 1516 genüge schon lange nicht mehr, um dem amaligen Ansinnen gerecht zu werden. Pestizide beim Anbau der Rohstoffe von Gerste, Hopfen und Weizen kämen unweigerlich in den Herstellungsprozess. Diese unerwünschten Stoffe bei der Herstellung des Lebensmittels auszuschalten, sei eine beträchtliche Leistung der Brauerei und der beteiligten Bauern. Als bedeutsamen Nebenprodukt leisteten Bauern und Brauerei einen Beitrag gegen das Artensterben insbesondere bei Insekten. (wa)

WA Naturfreunde 16 werben für 01. Volksbegehren 19

Verein und Gemeinde wollen Blumenwiese anlegen

Scheidegg Pfarrer Joachim Gaida gestand dem Vorsitzenden der Naturfreunde Scheidegg zu, beim Neujahrsempfang der Marktgemeinde Scheidegg auf das Ende Januar anlaufende Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ hinzuweisen. Wolfgang Hollfelder wies in einem kurzen Redebeitrag die Anwesenden auf die Eintragsfrist in den Rathäusern hin, die vom 31. Januar bis einschließlich 13. Februar reicht. Innerhalb dieses Zeitraums müssen sich eine Million wahlberechtigte Bürger in Listen eintragen, um einen Volksentscheid zu erzwingen.

Das Volksbegehren wird von Parteien (ÖDP, Bündnis 90/Die Grünen), dem Landesbund für Vogelschutz, dem Bund Naturschutz in Bayern und zusätzlichen rund 100 Bündnispartnern getragen. Ziel der Aktion ist, das bayerische Naturschutzgesetz zu ändern, damit heimische Arten wie Wildbienen, Schmetterlinge und Vögel überleben können. Dazu sollen Biotopverbünde geschaffen, die Ausbildung junger Landwirte nachhaltiger ausgerichtet, die ökologische Landwirtschaft gestärkt, mehr Blühwiesen geschaffen und weniger Pestizide eingesetzt werden.

„Dieses Thema geht uns alle an“, warb Hollfelder für die Unterschriften aller Anwesenden und gab bekannt, dass die Naturfreunde in Zusammenarbeit mit der Marktgemeinde Scheidegg 2019 im Gemeindegebiet eine große Blühwiese anlegen werden. Hollfelder: „Wir Naturfreunde kommen für die Kosten auf und wollen die Pflege dieser Wildblumenwiese mit einer mehrjährigen Patenschaft übernehmen. Die Gemeinde und die Naturfreunde wollen mit dieser Aktion als Vorbild vorangehen.“ (sen)



Wolfgang Hollfelder, Vorsitzender der Naturfreunde Scheidegg, erhielt beim Neujahrsempfang Rederecht, um auf das Volksbegehren „Artenvielfalt“ hinzuweisen.
Foto: Manfred Sendlinger

naturschutzbund vorarlberg

Infoblatt 2/19

Interreg-Projekt „Kleingewässer“: Gewässerrallye – Handreichung für Aktionen an Gewässern



Teiche – ein Paradies für NaturforscherInnen © Bianca Burtscher

Für Kinder und Familien haben Mag. Bianca Burtscher, | **naturschutzbund** | Vorarlberg und Dipl. Biol. Claudia Griefßer, BUND Naturschutz in Bayern, Kreisgruppe Lindau im Rahmen des Interreg-Projektes „Kleingewässer“ gemeinsam mit der Umweltpädagogin Mag. Agnes Steininger eine Gewässerrallye konzipiert. An verschiedenen Stationen können große und kleine ForscherInnen spannenden Fragen nachgehen: Warum gehen Wasserläufer nicht unter? Wie sehen Libellen und Frösche als „Babies“ aus? Wie weit wandern Amphibien? So entdecken sie auf spielerische Weise Kleingewässer und ihre Lebewelt. In Form einer Broschüre steht die Gewässerrallye nun allen in der Umweltbildung Engagierten zur Verfügung. Aus der bunten Palette an Stationen können

sich LehrerInnen, FreizeitpädagogInnen, Eltern etc. ihr Programm zusammenstellen. Den Stationenbeschreibungen stehen jeweils Beschreibungen für BetreuerInnen gegenüber. Im Anhang finden sich die Vorlagen für die zu verwendenden Materialien. Vertiefende Informationen bieten Artensteckbriefe zu ausgewählten Tier- und Pflanzenarten der Kleingewässer. Diese erstellten Mag. Bianca Burtscher und Dipl. Biol. Claudia Griefßer im Rahmen des Interreg-Projektes „Kleingewässer“ gemeinsam mit Dipl. Biol. Anne Puchta. Die Gestaltung der Broschüre übernahm Marius Krebs, Bundesfreiwilliger der Kreisgruppe Lindau.

Weitere Info zum Interreg-Projekt:

www.kleingewaesser-netzwerk.org



Die Broschüre ist für Interessierte gratis!

Gegen Übernahme der Portokosten erhalten Sie sie per Post. Sie können sie auch im Naturschutzbund-Büro bei Voranmeldung (vorarlberg@naturschutzbund.at, T. 05572/29650) abholen.

Zudem steht die Broschüre auch zum Download bereit:

www.naturschutzbund.at/vorarlberg.html

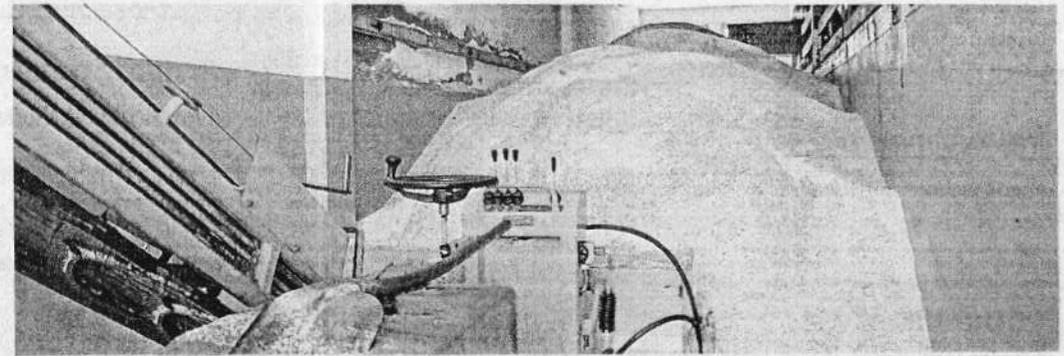
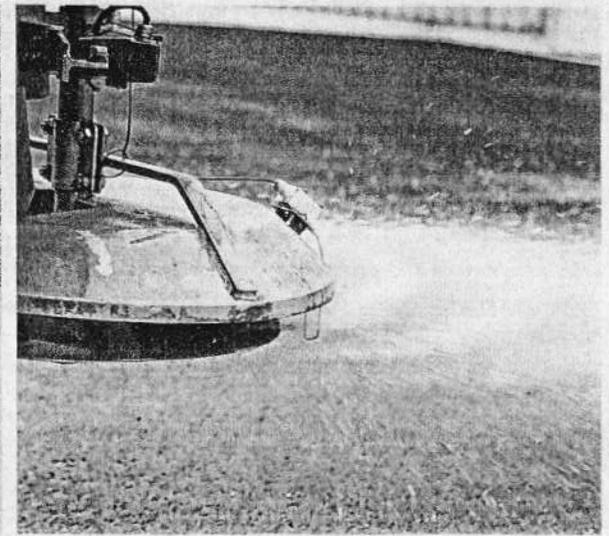
WA 15.01.19 Viel räumen, wenig streuen

Winterdienst Streusalz schädigt Pflanzen und sammelt sich im Grundwasser. Straßenmeisterei und Bauhöfe benutzen es daher möglichst sparsam. In einigen Gemeinden dürfen Anwohner Salz nur in Ausnahmefällen verwenden

VON DAVID SPECHT UND SILVIA REICH-RECLA

Westallgäu 1200 Tonnen Streusalz haben die Fahrer der Straßenmeisterei Lindenberg bisher in diesem Winter auf den Kreis-, Staats-, und Bundesstraßen im Landkreis ausgebracht. Weitere 1800 Tonnen lagern noch in den Hallen. Außergewöhnlich hoch sei dieser Verbrauch nicht, sagt Straßenmeister Wolfgang Wetzel. Denn viel Schnee bedeute nicht automatisch viel Streusalz. Eher das Gegenteil: „So viel Schnee können wir nicht auftauen, der muss geräumt werden. Wir haben unsere Fahrer deshalb angewiesen, weniger Salz zu streuen und eher öfter zu fahren“, erklärt Wetzel.

Generell gilt laut Wetzel im Umgang mit Streusalz: Nur so viel wie nötig und so wenig wie möglich – auch wegen der Umwelt. Der Bund Naturschutz empfiehlt: räumen anstatt streuen. Er verweist auf Sand, Kies oder Sägespäne und empfiehlt Mittel mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“.



Winterdienste und Privatleute sollten Streusalz möglichst sparsam verwenden. Auf Gehwegen empfiehlt sich Splitt als Alternative. Auch Sand oder sogar Sägespäne können verwendet werden. Die Salzlager der Kommunen, wie hier in Weiler, sind gut gefüllt. Fotos: Becker, Kaya, Lienert, Specht

Textfortsetzung ↓

WA 15.01.19

Fortsetzung Text "Viel räumen, wenig streuen"

Doch was macht Auftausalz, das es in Discountern und Baumärkten frei zu kaufen gibt, zu einem Umweltproblem? Laut Bayerischem Landesamt für Umwelt schädigt es „Boden, Bäume und Sträucher, die Pfoten von Tieren, aber auch Fische und andere Lebewesen in Gewässern“. Weiter heißt es: „Auftausalze können mit dem Sickerwasser ins Grundwasser gelangen und so zu einer Aufsalzung beitragen.“ Zur Situation im Allgäu sagt Karl Schindeler, Leiter des Wasserwirtschaftsamts Kempten: „Wir messen im Winter erhöhte Werte, auch im Grundwasser.“ Das sei aber „weit weg von irgendwelchen Grenzwerten“. Das Problem bei solchen Salzen: „Sie bauen sich nicht ab.“

Um daher mit möglichst wenig Salz möglichst effizient zu streuen, sind an den Fahrzeugen der Straßenmeisterei Lindenberg neben den Streuaufsätzen gelbe Tanks angebracht. Darin befindet sich eine Sole (Salz-Wasser-Lösung), mit der das Salz benetzt wird, bevor es verteilt wird. „Bei trockenem Salz hätten wir höhere Verluste. Das würde weggeweht oder verwirbelt, wenn ein Lkw darüber fährt“, erklärt

Wetzel. Das schwerere, benetzte Salz bleibe besser am Boden liegen und halte die Straße damit länger griffig.

Die Straßenmeisterei Lindenberg benutzt normales Steinsalz, also Natriumchlorid. Alternativen wie Magnesiumchlorid gibt es zwar, sie sind laut Wetzel aber zu teuer. Um Kauf und Lagerung des Auftaumittels kümmert sich das Staatliche Bauamt Kempten für Straßenmeistereien im ganzen Allgäu. Die Behörde kauft das Salz im Sommer ein, wenn die Preise niedrig sind, und lagert es in einer Halle in Durach (Oberallgäu). Bei Bedarf bringen Sattelzüge es in die Lager der Straßenmeistereien. „Früher haben wir Salz in Heilbronn bestellt. Aber meistens brauchen wir es ja dann, wenn die Straßenverhältnisse nicht die besten sind – und da macht es schon einen Unterschied, ob ein Lastwagen aus Heilbronn oder Durach kommt“, sagt Wetzel.

Und wie sieht es mit Streusalz im

privaten Gebrauch aus? Fast im ganzen Westallgäu gilt Räumpflicht. Das bedeutet, Anwohner müssen den Gehweg vor ihren Häusern selbst von Schnee und Eis befreien. Salz dürfen sie in einigen Gemeinden nicht verwenden. In den Straßenreinigungs- und Winterdienstverordnungen von Hergatz und Weiler-Simmerberg steht etwa: „Das Streuen von Tausalz ist nur bei besonderer Glättegefahr etwa an Treppen, Steigungen und Pflasterflächen zulässig.“

Ansonsten müssen Anwohner die Gehwege vor ihren Häusern mit „geeigneten abstumpfenden Stoffen wie Sand und Split“ bestreuen. Als „besondere Glättegefahr“ gilt laut Bauamtsleiter Stephan Bauer aus Weiler nur Eisregen. Im Zusammenhang mit der Räumpflicht warnt er jedoch vor einem „Bäumchen wechsel dich“-Spiel. „Die Anwohner schmeißen den Schnee von ihrem Hof auf die Straße und sobald der Schneepflug vorbeifährt, liegt er

wieder im Hof“, sagt Bauer. Er weist deshalb darauf hin, Schnee auf dem eigenen Grundstück zu lagern.

In Heimenkirch gilt keine Einschränkung beim Streusalz. „Wieso sollen wir das den Anwohnern verbieten, wenn wir selbst tonnenweise Salz auf die Straßen schütten“, sagt Bauamtsleiter Markus Grotz. Das Salz können sich Bürger sogar kostenlos im Bauhof der Marktgemeinde holen. Die meisten Heimenkircher nutzen laut Grotz aber ohnehin den Streusplit aus den Kisten der Gemeinde. „Den kann man im Frühjahr wieder zusammenfegen und zurück in die Kisten tun.“

Einziges Westallgäuer Ausnahme in Sachen Räumpflicht ist Scheidegg. Dort befreien Gemeindemitarbeiter die Gehwege von Schnee und Eis. Im Bauhof stehen deshalb zwei Silos. Eines fasst 30 Tonnen Streusalz für Straßen, das andere 25 Tonnen Gemisch für die Gehwege. „Das ist Split mit einem kleinen Anteil Salz. Wir kaufen es schon ge-

mischt ein“, erklärt Bauhofleiter Georg Höß. Seine Kollegen verteilen es flächendeckend auf allen Gehwegen. Auf Wanderwegen hingegen landet nur reiner Split. „Aus Rücksicht auf die Umwelt“, erklärt Höß.

Richtig streuen

- Immer zuerst **räumen**, dann **streuen**, sagt Wolfgang Wetzel von der Straßenmeisterei.
- Die **Menge** des Salzes sollte man an die Temperatur anpassen. Je kälter, desto mehr Salz braucht man.
- Ein „zu kalt“ gibt es nicht. „Auch bei Minus 20 Grad bringt Streusalz noch etwas“, sagt Wetzel.
- Der Bund Naturschutz weist darauf hin, dass **gebrauchte Streumittel** wie Split und Sand weder in die Mülltonne, noch in die Kanalisation gehören. Sie sollten von den Bauhöfen aufgekehrt und entsorgt werden. (das)

BN will bei Therme Präzedenzfall schaffen

Nach Verhandlung: Anwohner und Stadt
haben vier Wochen Zeit für Einigung –
Naturschützer rechnen mit Klageabweisung

LINDAU (Lz) - Mehr als fünf Stunden lang haben Thermen-Investor Andreas Schauer und Rechtsamtsleiterin Tanja Bohnert am Mittwoch vor dem Verwaltungsgericht in Augsburg verbracht. In gleich zwei Verhandlungen hintereinander ging es um die Therme. Sowohl Anwohner, als auch der Bund Naturschutz hatten gegen die Baugenehmigung des Bads geklagt. Die eine Verhandlung vertagten die Richter, bei der anderen dauert die Entscheidung länger als erwartet.

Zwei Anwohner hatten beim Verwaltungsgericht Klage gegen die Baugenehmigung der Therme eingereicht. Laut Richter Wolfgang Miller, Sprecher des Gerichts, ging es dabei um den Lärmschutz. „Die Beteiligten wollen sich nun eventuell einigen“, sagt Miller im Gespräch mit der LZ nach der Verhandlung. Aus diesem Grund sei die mündliche Verhandlung am Mittwochvormittag vertagt worden. „Die

Beteiligten haben jetzt vier Wochen Zeit, wenn sie sich dann nicht einig werden, gibt es einen neuen Verhandlungstermin.“

Laut Pressesprecher Jürgen Widmer will die Stadt versuchen, mit den Anwohnern eine gütliche Einigung hinzubekommen. „Wir sind immer an konstruktiven Lösungen interessiert“, sagt er. Wenn dies nicht möglich sei, müsse eben das Gericht entscheiden.

Direkt im Anschluss an das Verfahren der Anwohner ging es um die Klage des Bund Naturschutz Bayern gegen die Baugenehmigung der Therme. „Die Richter haben eine Entscheidung getroffen, diese aber noch nicht verkündet“, sagt Wolfgang Miller. Dies sei eine gängige Praxis, wenn die Richter lange über das Urteil beraten müssten. „Das Ergebnis wird den Beteiligten schriftlich zugestellt“, erklärt Miller.

Peter Rottner, Landesgeschäftsführer des bayerischen Bund Naturschutz (BN), wusste daher am Mittwochabend noch nicht, wie das Verfahren für den Umweltverband ausgeht. „Ich rechne aber damit, dass unsere Klage abgewiesen wird“, sagt

Von Julia Baumann

er im Gespräch mit der LZ. Er glaubt, dass das Gericht dem BN die Klagebefugnis nicht erteilen wird. „Das würden wir für rechtswidrig halten“, sagt Rottner und verweist auf die dänische Års-Konvention, wonach Verbände in Umweltangelegenheiten Zugang zu Gerichten bekommen sollen. „Wir kämpfen um den Zugang zum Gericht“, sagt Rottner.

Zwei Eilanträge bereits im Sommer gescheitert

Wie berichtet war der BN dabei bislang allerdings nicht sehr erfolgreich. Bereits im Sommer war er mit zwei Eilanträgen gescheitert. Damals hatte der bayerische Verwaltungsgerichtshof in München es bereits abgelehnt, eine aufschiebende Wirkung der Klage des BN anzuordnen. Der Senat des Verwaltungsgerichtshofs wies dies mit der Begründung zurück, dass die Klage aller Voraussicht nach wegen der fehlenden Antragsbefugnis des Umweltverbandes erfolglos bleiben werde.

Auch den Eilantrag des BN, der darauf zielte, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan für die Therme vorläufig außer Vollzug zu setzen, lehnte der Verwaltungsgerichtshof ab.

„Die beantragte vorläufige Außervollzugsetzung eines Bebauungsplans hätte nur Wirkung für künftig erteilte Baugenehmigungen, verbiete es aber nicht, von einer wie vorliegend bereits erteilten Baugenehmigung Gebrauch zu machen, führe also nicht zum Baustopp“, erklärte Pressesprecherin Claudia Frieser damals. Daher fehlte es an der für einen derartigen Eilantrag erforderlichen Dringlichkeit. Der BN trug die Kosten für die Verfahren am Verwaltungsgerichtshof, die Bauarbeiten der Therme gingen wie geplant weiter.

„Wir werden rabulistisch von der Klagebefugnis ausgeschlossen“, sagt BN-Landesgeschäftsführer Rottner. Wenn er mit seiner Vermutung richtig liegt und die Verwaltungsrichter in ihrem Urteil die Klage des BN tatsächlich abweisen, dann will er in Berufung gehen und vor den Verwaltungsgerichtshof ziehen. Und wenn es sein muss, bis vors Bundesverwaltungsgericht.

„Ich rechne aber damit, dass unsere Klage abgewiesen wird.“

Peter Rottner, Landesgeschäftsführer des bayerischen Bund Naturschutz

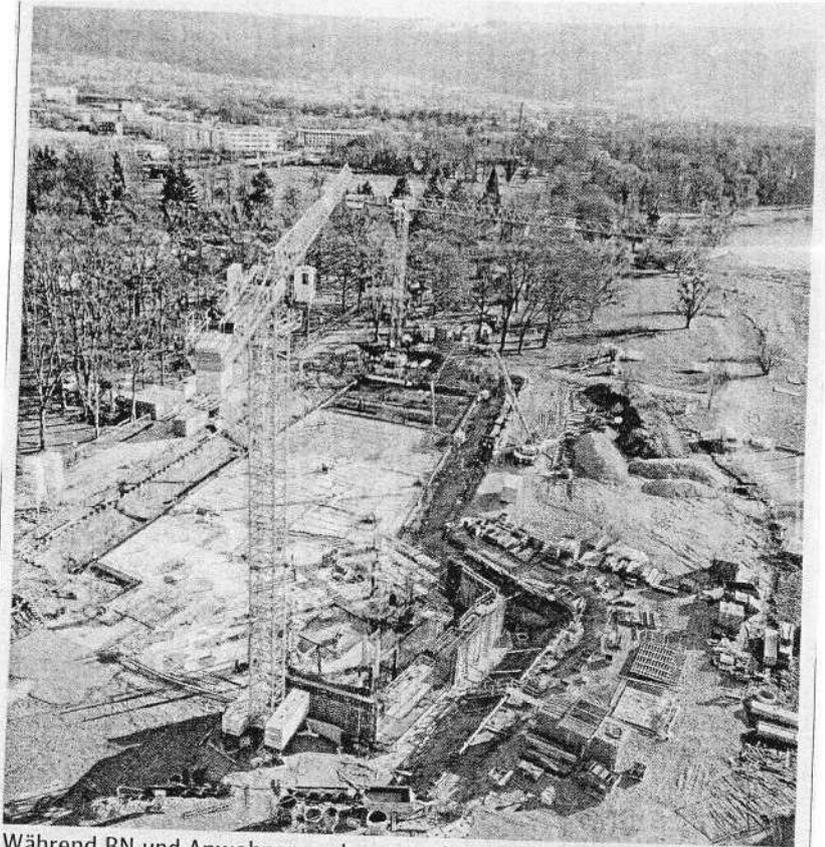
richtshof ab. „Die beantragte vorläufige Außervollzugsetzung eines Bebauungsplans hätte nur Wirkung für künftig erteilte Baugenehmigungen, verbiete es aber nicht, von einer wie vorliegend bereits erteilten Baugenehmigung Gebrauch zu machen, führe also nicht zum Baustopp“, erklärte Pressesprecherin Claudia Frieser damals. Daher fehlte es an der für einen derartigen Eilantrag erforderlichen Dringlichkeit. Der BN trug die Kosten für die Verfahren am Verwaltungsgerichtshof, die Bauarbeiten der Therme gingen wie geplant weiter.

„Wir werden rabulistisch von der Klagebefugnis ausgeschlossen“, sagt BN-Landesgeschäftsführer Rottner. Wenn er mit seiner Vermutung richtig liegt und die Verwaltungsrichter in ihrem Urteil die Klage des BN tatsächlich abweisen, dann will er in Berufung gehen und vor den Verwaltungsgerichtshof ziehen. Und wenn es sein muss, bis vors Bundesverwaltungsgericht.

LZ, 17.01.2019

Fortsetzung ->

Fortsetzung; LZ, 17.01.2019



Während BN und Anwohner noch gegen die Baugenehmigung der Therme klagen, sind die Bauarbeiten bereits in vollem Gange, wie ein Luftbild vom Dezember zeigt.

ARCHIVFOTO: CHRISTIAN FLEMMING

L2 18.01.2019

Gericht weist Klage des BN gegen die Therme ab

Eine Berufung lässt das Verwaltungsgericht nicht zu – die Naturschützer wollen nicht aufgeben

Von Julia Baumann

LINDAU - Das Augsburger Verwaltungsgericht hat die Klage des Bund Naturschutz gegen die Baugenehmigung der Therme abgewiesen. Eine Berufung lässt das Gericht nicht zu. Die Naturschützer wollen nun beim Verwaltungsgerichtshof in München einen Antrag auf Berufung stellen. Dass sie die Therme damit nicht mehr verhindern, ist klar. Es geht ums Prinzip.

Nach einer stundenlangen Verhandlung am Mittwochnachmittag ließen sich die Richter des Verwaltungsgerichts mit ihrem Urteil Zeit. Sie verkündeten ihre Entscheidung erst am Donnerstagvormittag. „Die Klage ist abgewiesen worden“, berichtet Richter Wolfgang Miller, Pressesprecher des Verwaltungsgerichts auf Anfrage der Lindauer Zeitung. Warum, das kann Miller noch nicht sagen. Bis die Richter ihre Urteilsbegründung ausformuliert haben werden, wird es noch eine Weile dauern.

Lindaus Oberbürgermeister Gerhard Ecker ist mit der Entscheidung des Gerichts zufrieden. „Ich freue mich, dass das Verwaltungsgericht



Die Bauarbeiten für die Therme am Lindauer Bodenseeufer sind längst im Gange. Trotzdem will der Bund Naturschutz weiter dagegen vor Gericht ziehen.

ARCHIVFOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Augsburg nach den Entscheidungen in den Eilverfahren im vergangenen Jahr nun auch im Hauptverfahren des Bund Naturschutz die Rechtsaufassung der Stadt bestätigt hat“, schreibt er.

Zufrieden ist Peter Rottner, Landesgeschäftsführer des bayerischen Bund Naturschutz (BN) mit dem Urteil natürlich nicht. Allerdings hatte er nach der Verhandlung damit gerechnet (die LZ berichtete). „Wir hätten uns gerne mal über Inhalte ausgetauscht“, sagt er. Stattdessen

müssten die Naturschützer nun erst einmal für ihr Klagerecht kämpfen. „Wir werden beim Verwaltungsgerichtshof einen Antrag auf Berufung stellen“, kündigt Rottner an. Sollte auch der Verwaltungsgerichtshof die Berufung ablehnen, bliebe dem BN nur noch die Verfassungsbeschwerde. „Dann werden wir uns auch an die Ärs-Kommission wenden“, sagt Rottner.

Laut dem BN-Landesgeschäftsführer sichert die sogenannte Ärs-Konvention Vereinigungen wie dem

BN in Umweltangelegenheiten ein Klagerecht zu.

Fall könnte vor Bundesverfassungsgericht landen

Wenn der Berufungsantrag des BN zugelassen wird, die Berufungsverhandlung am Verwaltungsgerichtshof aber auch nicht im Sinne des BN ausfällt, könnten die Umweltschützer theoretisch noch Revision einlegen. Dann würde das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht landen. Dass das alles noch eine ganze Weile dauern wird, ist Rottner klar. „Das Zeug wird jetzt gebaut, und wir haben in drei Jahren eine Entscheidung“, sagt er im Gespräch mit der Lindauer Zeitung. Allerdings ginge es bei der Diskussion um die Lindauer Therme längst nicht mehr nur um Lindau. „Das hat auch Bedeutung für andere Fälle“, sagt Rottner. Der BN will sich grundsätzlich sein Klagerecht in Umweltangelegenheiten erstreiten. „Jetzt müssen wir halt drei Sonderklimmzüge machen“, sagt Rottner. „Die standen nicht unbedingt auf meinem Wunschzettel.“

Dass es in Lindau einen Bürgerentscheid gegeben hat, bei dem sich die Mehrheit der Lindauer für den

Bau der Therme ausgesprochen hat, spielt für Rottner in diesem Fall keine Rolle. „Die Bürger entscheiden nicht über die Rechtmäßigkeit“, sagt er. Seiner Meinung nach ist die Therme, deren Bauarbeiten schon seit Monaten im Gange sind, ein zu großer Einschnitt in das Landschaftsbild am Bodenseeufer und das FFH-Schutzgebiet. „Die Krönung ist die Lärmschutzwand“, sagt Rottner, der selbst Fachanwalt für Verwaltungsrecht ist. „Sie ist auch ein optisches Problem fürs Landschaftsbild.“ Vorher sei das Gebiet mit dem Freibad Eichwald zwar auch von Menschen genutzt worden, allerdings sei diese Nutzung „naturnah“ gewesen.

Wie bereits berichtet, haben sich die Richter des Augsburger Verwaltungsgerichts am Mittwoch nicht nur mit der Klage des BN, sondern auch mit zwei Anwohner-Klagen auseinandergesetzt. Laut Richter Miller ging es dabei um den Lärmschutz. Die mündlicher Verhandlung wurde vertagt. Anwohner und Stadt haben noch einmal vier Wochen Zeit, um sich zu einigen. Sollten sie das nicht schaffen, muss auch hier das Verwaltungsgericht entscheiden.

L2 18.01.2019

18.01.13

Therme: Gericht weist Klage ab

Urteil Der Bund Naturschutz gibt aber noch nicht auf. Denn es geht nicht nur um Lindau

Lindau Das Augsburgere Verwaltungsgericht hat die Klage des Bund Naturschutz gegen die Baugenehmigung der Therme abgewiesen. Eine Berufung lässt das Gericht nicht zu. Die Naturschützer wollen nun beim Verwaltungsgerichtshof in München einen Antrag auf Berufung stellen. Dass sie die Therme damit nicht mehr verhindern, ist klar: Es geht ums Prinzip.

Nach einer stundenlangen Verhandlung am Mittwochnachmittag ließen sich die Richter des Verwaltungsgerichts mit ihrem Urteil Zeit. Sie verkündeten ihre Entscheidung erst gestern Vormittag. „Die Klage ist abgewiesen worden“, berichtet Richter Wolfgang Miller, Pressesprecher des Verwaltungsgerichts auf Anfrage. Warum, das kann Miller noch nicht sagen. Bis die Richter ihre Urteilsbegründung ausformuliert haben werden, wird es noch eine Weile dauern.

Lindaus Oberbürgermeister Gerhard Ecker ist zufrieden. „Ich freue mich, dass das Verwaltungsgericht Augsburg nach den Entscheidungen in den Eilverfahren im vergangenen Jahr nun auch im Hauptverfahren des Bund Naturschutz die Rechtsauffassung der Stadt bestätigt hat“, teilt er mit.

Zufrieden ist Peter Rottner, Landesgeschäftsführer des Bund Naturschutz (BN), mit dem Urteil natürlich nicht. Allerdings hatte er nach der Verhandlung damit gerechnet. „Wir hätten uns gerne mal über Inhalte ausgetauscht“, sagt er. Stattdessen mussten die Naturschützer nun erst einmal für ihr Klagericht kämpfen. „Wir werden beim Verwaltungsgerichtshof einen Antrag auf Berufung stellen“, kündigt Rottner an. Sollte auch der Verwaltungsgerichtshof die Berufung ablehnen, bliebe nur noch die Verfassungsbeschwerde. „Dann werden wir uns auch an die Ars-Kommission wenden“, sagt Rottner. Laut

dem BN-Landesgeschäftsführer scheidet die sogenannte Ars-Konvention Vereinigungen wie dem BN in Umweltaangelegenheiten ein Klagericht zu.

Wenn der Berufungsantrag des BN zugelassen wird, die Berufungsverhandlung am Verwaltungsgerichtshof aber auch nicht im Sinne des BN ausfällt, könnten die Umweltschützer theoretisch noch Revision einlegen. Dann würde das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht landen. Dass das alles noch eine ganze Weile dauern wird, ist Rottner klar. „Das Zeug wird jetzt gebaut und wir haben in drei Jahren eine Entscheidung“, sagt er.

Allerdings ginge es bei der Diskussion um die Lindauer Therme längst nicht mehr nur um Lindau. „Das hat auch Bedeutung für andere Fälle“, sagt Rottner. Der BN will sich grundsätzlich sein Klagericht in Umweltaangelegenheiten erstrecken. „Jetzt müssen wir halt Sonderklimazüge machen“, sagt Rottner. „Die standen nicht unbedingt auf meinem Wunschzettel.“

„Lärmschutzwand als Krönung“

Dass es in Lindau einen Bürgerentscheid gegeben hat, bei dem sich die Mehrheit der Lindauer für den Bau der Therme ausgesprochen hat, spielt für Rottner keine Rolle: „Die Bürger entscheiden nicht über die Rechtmäßigkeit.“ Seiner Meinung nach ist die Therme, deren Bauarbeiten schon seit Monaten im Gange sind, ein zu großer Einschnitt in das Landschaftsbild am Bodenseeufer und das FFH-Schutzgebiet. „Die Krönung ist die Lärmschutzwand“, sagt Rottner, der selbst Fachanwalt für Verwaltungsrecht ist. „Sie ist auch ein optisches Problem fürs Landschaftsbild.“ Vorher sei das Gebiet mit dem Freibad Eichwald zwar auch von Menschen genutzt worden, allerdings sei diese Nutzung „naturnah“ gewesen. (jule/sz)

Entscheidungen in Sachen Therme vertagt

Gericht Anwohner und Stadt haben vier Wochen Zeit für Einigung. BN rechnet mit Klageabweisung

Lindau Mehr als fünf Stunden lang haben Thermen-Investor Andreas Schauer und Lindaus Rechtsamtsleiterin Tanja Bohnert gestern vor dem Verwaltungsgericht in Augsburg verbracht. In zwei Verhandlungen hintereinander ging es um die Therme. Anwohner und der Bund Naturschutz hatten gegen die Baugenehmigung des Bads geklagt. Die eine Verhandlung vertagten die Richter, bei der anderen dauert die Entscheidung länger als erwartet.

Zwei Anwohner hatten beim Ver-

waltungsgericht Klage gegen die Baugenehmigung eingereicht. Laut Richter Wolfgang Miller, Sprecher des Gerichts, ging es dabei um den Lärmschutz. „Die Beteiligten wollen sich nun eventuell einigen“, sagt Miller. Deshalb sei die mündliche Verhandlung gestern vertagt worden. „Die Beteiligten haben jetzt vier Wochen Zeit, wenn sie sich dann nicht einig werden, gibt es einen neuen Verhandlungstermin.“ Laut Pressesprecher Jürgen Widmer will die Stadt versuchen, mit

den Anwohnern eine gütliche Einigung hinzubekommen.

Direkt im Anschluss ging es um die Klage des Bund Naturschutz (BN) Bayern gegen die Baugenehmigung. „Die Richter haben eine Entscheidung getroffen, diese aber noch nicht verkündet“, sagt Wolfgang Miller. Dies sei eine gängige Praxis, wenn vor dem Urteil lange diskutiert worden sei. „Das Ergebnis wird den Beteiligten schriftlich zugestellt“, erklärt Miller.

Peter Rottner, Landesgeschäfts-

führer des bayerischen BN, wusste daher am Abend noch nicht, wie das Verfahren ausgeht. „Ich rechne aber damit, dass unsere Klage abgewiesen wird“, sagt er. „Wir werden rabulistisch von der Klagebefugnis ausgeschlossen.“ Wenn Rottner mit seiner Vermutung richtig liegt und die Verwaltungsrichter in ihrem Urteil die Klage tatsächlich abweisen, dann will er in Berufung gehen und vor den Verwaltungsgerichtshof ziehen. Und wenn es sein muss, bis vors Bundesverwaltungsgericht. (jule/sz)

18.01.13

LZ, 19.01.2019

BN: Hotel und Parkhaus zerstören das Stadtbild am Eingang zur Insel

Parkdeck wäre für den Bund Naturschutz (BN) indes denkbar

LINDAU (Iz) - In ihrer Stellungnahme zum Bebauungsplan und zur Flächennutzungsplanänderung Karl-Bever-Platz begrüßt die Kreisgruppe Lindau des Bund Naturschutz (BN) ausdrücklich den Erhalt der Schindlerwiese. Der BN lehnt die Planungen zum Hotel- und Parkhausbau ab, hält jedoch die Errichtung eines Parkdecks entlang der Bahnlinie für denkbar.

„Wir freuen uns, dass nach Jahrzehnten der Begehrlichkeiten die Stadt Lindau endlich die Wertigkeit erkannt und den Erhalt dieses letzten großen grünen Auges nördlich des Kleinen Sees beschlossen hat“, schreibt der BN hinsichtlich der Schindlerwiese. Die Stadt Lindau

müsse aber nicht nur die bestehenden Grünoasen im Stadtgebiet schützen, sondern auch größere Grünflächen neu- und weiterentwickeln, um die Lebensqualität ihrer Bürger auch weiterhin auf diesem Niveau zu halten. „Wir empfehlen die Ausdehnung des Geltungsbereichs des Grünraumkonzepts bis ans Ufer des Kleinen Sees“, heißt es in der Stellungnahme des BN.

Die Planungen zu Hotel- und Parkhausbau lehnt der BN ab. Sie zerstören seiner Meinung nach „das Landschafts- und Stadtbild am Eingang zur Insel in erheblichem Maße“. Der BN verweist auf das „gesamtstädtische Freiraumkonzept Lindau (Bodensee)“ von 2016 durch

Prof. Gerd Aufmkolk, das eine „derart massive Bebauung“ nicht vorgesehen habe. Hier sei noch ein durchgehender Uferpark zwischen Schindlerwiese und Toskanapark als Entree konzipiert gewesen, was laut BN „im Vergleich zur jetzigen Planung deutlich geringere Auswirkungen auf das Landschafts- und Stadtbild hat“.

Fällung von 23 Bäumen „nicht nachvollziehbar“

„Es ist uns unverständlich, wie man ein 20 Meter hohes Hotel in einer solchen Umgebung platzieren kann, die von einer Bahntrasse im Norden, im Osten durch die Rampe der Unterführung und im Westen von ei-

nem zukünftigen ebenso hohen Parkhaus umstellt wird“, schreibt der BN zu den Hotelplänen. Dass dafür 23 Bäume „ersatzlos“ gefällt werden sollen, sei „nicht nachvollziehbar“. „Die Baufenster sollten so gewählt werden, dass die Bäume im Süden und Westen erhalten bleiben, zumal diese Randflächen als Grüngürtel ohnehin vorgesehen sind“, schreibt der BN weiter.

Die Errichtung eines Parkdecks entlang der Bahnlinie wäre für den Bund Naturschutz indes denkbar, „da der Freiraum am Eingang zur Insel nicht so gestört würde wie beim Bau von Hotel und Parkhaus“. Auf diese Weise werde der Freiraum am Eingang zur Insel weitgehend be-

wahrt. Außerdem könnte der ohnehin beabsichtigte Schallschutz an der Bahn mit diesem Parkdeck kombiniert werden.

„Teile der Planung (Situierung Hotel und Parkhaus) widersprechen dem 2015 mithilfe der Bürger erarbeiteten Freiflächenkonzept“, betont der BN. Dieses habe einen Uferpark von der Toskana über das Marienheim bis zur Schindlerwiese auf dem Festland als Pendant zum Stadtgarten und den Oskar-Groll-Anlagen auf der Insel vorgesehen. „Die Zielsetzung dieser mit hohem Aufwand betriebenen und mit Fördermitteln finanzierten Untersuchung ist jedoch durch diese massive Bebauung nicht mehr erkennbar.“

... NICHT VON DIESER WELT...

BUND NATURSCHUTZ

... ICH KLAGE GEGEN
SEINE GEBURT, VERLANGE
SOFORTIGEN WACHSTUMS-
STOPP UND NACHGELAGERTE
ZURÜCKENTWICKLUNG !!!

THERME

STADT
LINDAU

LE 19.01.2019

LZ
21.
01.
19

Aktionskreis gegen Artensterben

Treffen zum Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“

volles Haus herrschte beim zweiten Treffen zur Planung des Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“, zu dem der Lindauer Aktionskreis am 8. Januar nach Lindenberg in den Bayerischen Hof eingeladen hatte.

Trotz starken Schneefalls hatten circa 50 Interessierte den Weg nach Lindenberg auf sich genommen, um bei der weiteren Planung des Volksbe-

gehrens im Landkreis Lindau mitzuwirken. Da die Zeit bis zum Start der Eintragsfrist drängt, ging es in Erster Linie darum, weitere Mitstreiter zu finden, den Kreis der engagierten zu vergrößern und Veranstaltungen sowie Öffentlichkeitsarbeit im Kreis Lindau zu planen.

„Wir brauchen ein möglichst breites Spektrum an Mitstreitern“, fand der lokale Spre-

cher des Aktionskreises, Xaver Fichtl (ÖDP). Erich Jörg (BN) betonte, dass der Bund Naturschutz trotz seiner eigentlichen Parteiunabhängigkeit den Aktionskreis voll unterstützt. „Dieses Thema ist zu wichtig, um Zeit zu verlieren, wir müssen es schaffen, dass sich innerhalb der kurzen Eintragsfrist mindestens zehn Prozent der bayerischen Bevölkerung in den Rathäusern für das

Volksbegehren eintragen“ sagte Christian Schabronath (Bündnis 90 / Die Grünen).

Große Freude herrschte darüber, dass sich inzwischen neben der ÖDP, dem BN und den Grünen auch viele andere regionale Gruppen anschließen.

Dies wurde deutlich durch die Anwesenheit unter anderem von Vertretern von Nabu, DAV, örtlicher Imkervereine,

des Vogelschutzbundes, der Naturfreunde Scheidegg und vieler interessierter Einzelpersonen. Das nächste Treffen des Aktionskreises findet am 25. Januar um 18 Uhr im Landgasthof Köchlin in Lindau statt, der Aktionskreis freut sich auf viele interessierte.

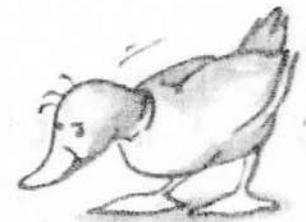
Weitere Informationen können unter www.volksbegehren-artenvielfalt.de eingesehen werden.

LZ 5.2.19

Gesagt in
Lindau

„Es ist wichtig,
dass sich beim
Thema Artenschutz
endlich etwas tut.“

Erich Jörg, Kreisvorsitzender
des Bund Naturschutz





LZ
22.
01.
19

Stadt beseitigt auf der Hinteren Insel 50 Bäume und Sträucher

LINDAU (jule) - Jede Menge Holz zersägen Mitarbeiter der Stadtgärtnerei zurzeit auf der Hinteren Insel. Insgesamt beseitigen sie dort etwa 50 Bäume und Sträucher, wie Jürgen

Widmer, Pressesprecher der Stadt, auf Anfrage der Lindauer Zeitung mitteilt. Teilweise passiere dies aus Gründen der Verkehrssicherheit. „Da sind wahnsinnig viel Totholz

und Bruchschäden dabei“, sagt Widmer. Teilweise seien die Fällarbeiten schon eine Vorbereitung auf die Gartenschau. Die Arbeiten seien mit dem Bund Naturschutz abgespro-

chen und im Baumzustandsbericht der Stadt vermerkt. Unter den Pflanzen seien fünf bis zehn Bäume, beim Rest handle es sich um kleinere Sträucher und Gestrüpp. Foto: jule

Naturschützer lehnen Wasserburger Padel-Platz ab

Gemeinderat ermächtigt Bürgermeister Thomas Kleinschmidt, einen Durchführungsvertrag abzuschließen

Von Julia Baumann

WASSERBURG - Die meisten Gemeinderäte finden es gut, dass es mit dem geplanten Padel-Platz schon bald ein neues Sportangebot in Wasserburg geben soll. Die ersten Schritte dafür sind bereits auf dem Weg. Im Zuge des Verfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan meldet sich jetzt der Lindauer Bund Naturschutz (BN) zu Wort. Die Naturschützer lehnen das Vorhaben ab - und haben dafür gleich mehrere Gründe.

Die Wasserburger Beate und Markus Meßmer wollen gemeinsam mit Raik Brauns aus Bodolz gegenüber dem Freibad „Aquamarin“ zwei Padel-Plätze inklusive Umkleidekabine bauen. Damit wäre Wasserburg die erste deutsche Gemeinde südlich von Stuttgart, die den Trendsport anbietet. Bereits in seiner Dezember-Sitzung hatte der Gemeinderat beschlossen, sich auf das Verfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan für die Sportanlage einzulassen. In ihrer jüngsten Sitzung vergangene Woche haben die Räte Bürgermeister Thomas Kleinschmidt bevollmächtigt, mit den Vorhabenträgern einen Durchführungsvertrag abzuschließen. Dagegen stimmten fünf Räte der ULW und FB. Sie fürchten unter anderem, dass der Padel-Platz eine zu hohe Lärmbelastung mit sich bringe.

Auch der Lindauer Bund Naturschutz ist gegen das Vorhaben. Die Naturschützer fürchten zu viel Bebauung auf der Grünachse zwischen Wasserburg und Alwind. „Hier bestätigen sich unsere schon beim Vorhaben Reutenen-Nord geäußerten Befürchtungen, dass die große seennahe Freifläche nach und nach allerlei baulichen Zwecken zum Opfer fällt“, schreibt der BN.

Dabei sei diese Grünachse wichtig. „Die Wertigkeit dieser Grünachse kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie zwischen Wasserburg und Fuggerstraße im Regionalplan als landschaftliches Vorbehaltsgebiet ausgewiesen ist.“ Die Naturschützer bemängeln, dass die Wertigkeit dieser landschaftlichen Vorbehaltsgebiete immer wieder wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird, obwohl die Landschaft hier vor allen anderen Nutzungen Vortritt haben müsste. „Die Begründung, dass hier lediglich randlich eingegriffen wird, ist nicht nachvollziehbar, da Grenzziehungen dafür da

sind, berücksichtigt zu werden“, schreibt der BN weiter.

Naturschützer fürchten Verschandelung der Landschaft

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan sei nur ein weiterer Versuch, die Uferlandschaft weiterzuverunstalten. „Dieser geplante Baukörper aus Glas und Beton ist landschaftsfremd und steht in keinerlei Bezug zur sensiblen Uferlandschaft. Dazu kommt

die weitere Zunahme an Verkehr, der in diesem Bereich ohnehin schon alle Grenzen sprengt“, finden die Naturschützer. Solche Projekte, die auch weiteren Verkehr und Lärm nach sich ziehen, gehörten einfach nicht in

Seenähe. Eine Verschärfung der Parkplatznot, der im Sommer schon jetzt mit dem Ausweichen auf landwirtschaftliche Flächen abgeholfen werden müsse, sei vorprogrammiert.

„Als Mangel in der Planung sehen wir zudem das Fehlen von Angaben zu Betriebszeiten“, so der BN weiter. „Auch wenn hier nichts vorgegeben

wird, scheint eine nächtliche Nutzung nicht ausgeschlossen, da insektenfreundliche Beleuchtung vorgeschrieben werden soll und die Gebäudehöhe überschreitende Masten erlaubt werden.“ Eine Zunahme der nächtlichen Lichtverschmutzung und negative Auswirkungen auf den Biorhythmus von Mensch und nacht-

aktiven Tieren sei damit vorprogrammiert. Der BN warnt außerdem davor, weitere landwirtschaftliche Flächen zu beanspruchen. „Wir bezweifeln, dass es in Wasserburg keine Alternativen zu diesem Standort gibt, denn die betroffene Grundstücksfläche gehört wohl nicht zufällig der Initiatorin dieses Vorhabens.“

Eine Kombination aus Tennis und Squash

Padel lässt sich als Kombination aus Tennis und Squash beschreiben. Die Sportart wurde 1965 in Mexiko entwickelt, wie es auf der Internetseite des deutschen Padelverbands (DPV) heißt. Padel wird ausschließlich im Doppel gespielt, also als „zwei gegen zwei“. Im Spiel darf der Ball maximal einmal auf dem Boden aufsetzen, er kann nach dem Aufsetzen im Spielfeld auch an eine oder mehrere Seitenwände prallen und anschließend weiterspielt werden. Gezählt wird nach Tennisregeln und ein Match geht über zwei Gewinnsätze. Ein Padel-Spielfeld ist zehn Meter breit und 20 Meter lang. Ein Netz teilt das Feld. Der Platz ist an allen Seiten von drei bis vier Meter hohen, meist durchsichtigen Wänden umgeben. Viel Equipment

braucht man für das Padel spielen nicht. Es genügen Sportkleidung, Turnschuhe, ein Schläger und ein Ball. Der Padel-Schläger ist im Vergleich zu einem Tennis- oder Squashschläger nicht mit Saiten bespannt, sondern besitzt eine solide Schlagfläche mit einem Schaumstoff-Gummi-Kern. Sein paddelartiges Aussehen verleiht der Sportart ihren Namen. Obwohl Padel noch eine sehr junge Sportart ist, verbreitet sie sich laut DPV schnell. Das liege auch daran, dass Padel auf dem Basisniveau schnell zu erlernen ist. Der Schläger ist handlich, die Regeln sind einfach. Der Einstieg in die Sportart gelingt auch blutigen Anfängern problemlos, sodass sich bereits nach wenigen Schlägen lange Ballwechsel einstellen können. (jule)

LZ
21.
01.
19

Aktionskreis gegen Artensterben

Treffen zum Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“

Volles Haus herrschte beim zweiten Treffen zur Planung des Volksbegehrens „Artenvielfalt - Rettet die Bienen“, zu dem der Lindauer Aktionskreises am 8. Januar nach Lindenberg in den Bayerischen Hof eingeladen hatte.

Trotz starken Schneefalls hatten circa 50 Interessierte den Weg nach Lindenberg auf sich genommen, um bei der weiteren Planung des Volksbe-

gehrens im Landkreis Lindau mitzuwirken. Da die Zeit bis zum Start der Eintragungsfrist drängt, ging es in Erster Linie darum, weitere Mitstreiter zu finden, den Kreis der engagierten zu vergrößern und Veranstaltungen sowie Öffentlichkeitsarbeit im Kreis Lindau zu planen.

„Wir brauchen ein möglichst breites Spektrum an Mitstreitern“, fand der lokale Spre-

cher des Aktionskreises, Xaver Fichtl (ÖDP). Erich Jörg (BN) betonte, dass der Bund Naturschutz trotz seiner eigentlichen Parteiunabhängigkeit den Aktionskreis voll unterstützt. „Dieses Thema ist zu wichtig, um Zeit zu verlieren, wir müssen es schaffen, dass sich innerhalb der kurzen Eintragungsfrist mindestens zehn Prozent der bayerischen Bevölkerung in den Rathäusern für das

Volksbegehren eintragen“ sagte Christian Schabronath (Bündnis 90 / Die Grünen).

Große Freude herrschte darüber, dass sich inzwischen neben der ÖDP, dem BN und den Grünen auch viele andere regionale Gruppen anschließen.

Dies wurde deutlich durch die Anwesenheit unter Anderem von Vertretern von Nabu, DAV, örtlicher Imkervereine,

des Vogelschutzbundes, der Naturfreunde Scheidegg und vieler interessierter Einzelpersonen. Das nächste Treffen des Aktionskreises findet am 25. Januar um 18 Uhr im Landgasthof Köchlin in Lindau statt, der Aktionskreis freut sich auf viele interessierte.

Weitere Informationen können unter www.volksbegehren-artenvielfalt.de eingesehen werden.

LZ 24.1.19
Padel-Anlage:

LZ 24.01.19
Die Geräuschbelastung ist enorm

Zum Bericht „Naturschützer lehnen Wasserburger Padel-Platz ab“, LZ vom 23. Januar:

Ich möchte ebenfalls Bedenken gegen eine Padel-Anlage in Wasserburg äußern. Ich kenne eine solche aus einer Ferienanlage in Spanien. Die vier Meter hohen Glaswände umschließen die ein oder zwei Plätze und sind eine optische Zumutung als freistehende Konstruktion in offenem Gelände. Die Geräuschbelastung ist enorm, da mit harten Kunststoffschlägern (keine Tennisschlägerbespannung) gespielt wird. Das

Spiel ist eher noch schneller als beim Squash. Es kommt also fortwährend zu einem lauten „Plopp“ beim Aufprall des Balles auf die Glaswände.

Zusätzlich die Anfeuerungsrufe der vier beteiligten Spieler auf relativ engem Raum (halbe Tennisplatzgröße). Nachdem Tennis und auch Squash an Beliebtheit verloren haben, ist zu bezweifeln, dass sich diese Sportart auf Dauer etabliert. In Spanien hat die Anlage, obwohl dort weniger wetterabhängig, jedenfalls nach zwei Jahren dicht gemacht.

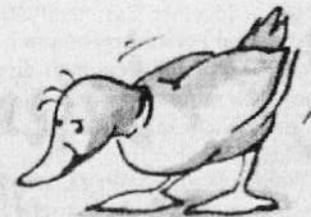
Ludwig Buschbaum, Wasserburg

LZ 5.2.19

Gesagt in
Lindau

„Es ist wichtig,
dass sich beim
Thema Artenschutz
endlich etwas tut.“

Erich Jörg, Kreisvorsitzender
des Bund Naturschutz



WA 29.1.19

NACHRUF

Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN)
trauert um sein Ehrenmitglied



Herrn Dr. h. c. Horst Stern

Herr Dr. Stern war in den 1970er- und 1980er-Jahren ein Pionier des Natur- und Tier-schutzes in Deutschland. Seine Fernsehsendungen „Sterns Stunde“ wurden zur Legende.

Er war 1975 Mitbegründer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND).

Zusammen mit Hubert Weinzierl, Professor Bernhard Grzimek, Konrad Lorenz und anderen gründete er die „Gruppe Ökologie“ als intellektuelle Zelle der Ökologiebewegung.

Auch im Landkreis Lindau hat er tiefe Spuren hinterlassen: Die BN-Kreisgruppe Lindau und er verhinderten durch den Kauf von Sperrgrundstücken die Erschließung der Rohr-achschlucht. Er gab den Anstoß für die Ausweisung des Naturschutzgebietes „Wasserburger Bucht“. Sein emotionaler Protest auf einer BN-Versammlung 1981 führte zu einer deutlichen Verringerung des Feriendorfes Alwind in Seenähe bei Wasserburg.

Unvergesslich ist jedoch seine Großtat von 1979, mit vielen Gleichgesinnten unter dem Motto „Am See Natur und nicht Beton“ am Lindauer Bodenseeufer am „Wäsen“ eine Massivbebauung zu vereiteln.

Sein Vermächtnis daraus, den Bodenseeraum nicht immer weiter zu verbauen, wird leider wenig befolgt. Wir sind sicher: Niemals hätte er dem Großprojekt Therme nahe des „Wäsen“ zugestimmt. Sein Geist leitete uns, dies am Seeufer abzulehnen.

Wir verneigen uns vor seinem Lebenswerk. Es ist zeitlos, für Gegenwart und Zukunft, aktueller denn je.

Seinen Familienangehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl.

Für den Vorstand der Kreisgruppe Lindau (Bodensee)

Erich Jörg, Kreisvorsitzender

WA 29.1.19

NACHRUF

Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN)
trauert um sein Ehrenmitglied



Herrn Dr. h. c. Horst Stern

Herr Dr. Stern war in den 1970er- und 1980er-Jahren ein Pionier des Natur- und Tier-schutzes in Deutschland. Seine Fernsehsendungen „Sterns Stunde“ wurden zur Legende.

Er war 1975 Mitbegründer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND).

Zusammen mit Hubert Weinzierl, Professor Bernhard Grzimek, Konrad Lorenz und anderen gründete er die „Gruppe Ökologie“ als intellektuelle Zelle der Ökologiebewegung.

Auch im Landkreis Lindau hat er tiefe Spuren hinterlassen: Die BN-Kreisgruppe Lindau und er verhinderten durch den Kauf von Sperrgrundstücken die Erschließung der Rohr-achschlucht. Er gab den Anstoß für die Ausweisung des Naturschutzgebietes „Wasserburger Bucht“. Sein emotionaler Protest auf einer BN-Versammlung 1981 führte zu einer deutlichen Verringerung des Feriendorfes Alwind in Seenähe bei Wasserburg.

Unvergesslich ist jedoch seine Großtat von 1979, mit vielen Gleichgesinnten unter dem Motto „Am See Natur und nicht Beton“ am Lindauer Bodenseeufer am „Wäsen“ eine Massivbebauung zu vereiteln.

Sein Vermächtnis daraus, den Bodenseeraum nicht immer weiter zu verbauen, wird leider wenig befolgt. Wir sind sicher: Niemals hätte er dem Großprojekt Therme nahe des „Wäsen“ zugestimmt. Sein Geist leitete uns, dies am Seeufer abzulehnen.

Wir verneigen uns vor seinem Lebenswerk. Es ist zeitlos, für Gegenwart und Zukunft, aktueller denn je.

Seinen Familienangehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl.

Für den Vorstand der Kreisgruppe Lindau (Bodensee)

Erich Jörg, Kreisvorsitzender

LE 29.1.19

NACHRUF

Der BUND Naturschutz in Bayern e. V. (BN)
trauert um sein Ehrenmitglied



Herrn Dr. h. c. Horst Stern

Herr Dr. Stern war in den 1970er- und 1980er-Jahren ein Pionier des Natur- und Tierschutzes in Deutschland. Seine Fernsehsendungen „Sterns Stunde“ wurden zur Legende. Er war 1975 Mitbegründer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND). Zusammen mit dem Hubert Weinzierl, Professor Bernhard Grzimek, dem Konrad Lorenz und anderen gründete er die „Gruppe Ökologie“ als intellektuelle Zelle der Ökologiebewegung.

Auch im Landkreis Lindau hat er tiefe Spuren hinterlassen: Die BN-Kreisgruppe Lindau und er verhinderten durch den Kauf von Sperrgrundstücken die Erschließung der Rohrschlucht. Er gab den Anstoß für die Ausweisung des Naturschutzgebietes „Wasserburger Bucht“. Sein emotionaler Protest auf einer BN-Versammlung 1981 führte zu einer deutlichen Verringerung des Feriendorfes Alwind in Seenähe bei Wasserburg.

Unvergesslich ist jedoch seine Großtat von 1979, mit vielen Gleichgesinnten unter dem Motto „Am See Natur und nicht Beton“ am Lindauer Bodenseeufer am „Wäsen“ eine Massivbebauung zu vereiteln.

Sein Vermächtnis daraus, den Bodenseeraum nicht immer weiter zu verbauen, wird leider wenig befolgt. Wir sind sicher: Niemals hätte er dem Großprojekt Therme nahe des „Wäsen“ zugestimmt. Sein Geist leitete uns, dies am Seeufer abzulehnen.

Wir verneigen uns vor seinem Lebenswerk. Es ist zeitlos, für Gegenwart und Zukunft, aktueller denn je.

Seinen Familienangehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl.

Für den Vorstand der Kreisgruppe Lindau (Bodensee)
Erich Jörg, Kreisvorsitzender

Bürgerbegehren startet jetzt

Fortsetzung von Seite 1

Wie beurteilen Sie die Auftaktveranstaltungen und mit welchem Gefühl gehen Sie jetzt in die entscheidenden kommenden Wochen?

Xaver Fichtl: Den Auftakt bildete die Gründung des Aktionsbündnisses für das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ am 17. Dezember in Mellatz, zu der die ÖDP und der Bund Naturschutz im Kreisverband Lindau eingeladen hatten. Dem Bündnis haben sich die Parteien Bündnis 90/Die Grünen, die Bunte Liste Lindau, die LINKE und die SPD und die Naturverbände und -vereine Landesbund für Vogelschutz, die Naturfreunde Scheidegg und Imkervereine angeschlossen. Der erste Vortrag von Dr. Andreas Segerer fand beeindruckte und begeisterte Zuhörer, ebenso der zweite Vortrag von Marcus Haseitl. All dies gibt mir ein gutes Gefühl, die Sache läuft, aber trotzdem ist es noch nicht gelaufen, denn 10 Prozent der Wahlberechtigten, das sind eine Million Bürgerinnen und Bürger in Bayern, müssen sich mit Ausweis in ihr Rathaus bzw. in ihre Gemeindeverwaltung begeben und auf vorbereiteten Listen unterschreiben. Dies ist zu schaffen, die ÖDP hat mittels Volksbegehren die Abschaffung des Senats, die Streichung von Atomkraftstandorten und den konsequenten Nichtraucherschutz erreicht. Es gibt aber auch Volksbegehren, die es nicht geschafft haben.

Welche Aufgaben/Aktionen stehen jetzt als nächstes an?

Heute, am 31. Januar, wenn diese Ausgabe des Wochenblatts herauskommt, ist der erste Tag der zweiwöchigen Einschreibfrist. Die amtlichen Hinweise zum Volksbegehren, insbesondere die Eintragungszeiten der Gemeinden, sind in deren Amtsblättern und Homepages veröffentlicht, Zeitungsartikel und Berichte geschrieben und erschienen, Plakate, Flyer, und in der Stadt Lindau die Benachrichtigungskarten für fast alle Haushalte verteilt. Jetzt gilt es noch durch weitere Medienarbeit, durch sogenannte Rathauslotsen und Infostände, durch Gespräche mit Familie, Freun-



Xaver Fichtl

FOTO: PRIVAT

den und Nachbarn möglichst viele Wählerinnen und Wähler zu motivieren, zur Gemeinde zu gehen und sich einzutragen. Ausweis nicht vergessen! Und in zwei Wochen können wir hoffentlich einen wichtigen Schritt zum besten Naturschutzgesetz in Deutschland und für Maßnahmen zur Rettung der Bienen, der Insekten und der Artenvielfalt insgesamt feiern.

Warum ist Ihnen die Thematik so wichtig?

Beim Erhalt der Artenvielfalt geht es um unsere Lebensgrundlagen. Dr. Andreas Segerer führte in seinem Vortrag eindrucksvoll

aus, dass das Verschwinden der Insekten noch viele weitere Auswirkungen hat, z.B. bilden die Insekten auch eine wichtige Nahrungsquelle für Vögel und andere Kleintiere. Ihr Verschwinden zeigt an, dass es um den Zustand unserer Umwelt erschreckend schlecht bestellt ist. Dabei sind die Ursachen und Verursacher schon seit langem beschrieben und man könnte grundsätzlich etwas tun, um das Eintreten einer ökologischen Katastrophe zu verhindern. Die „Krefeld-Studie“ belegt eine Abnahme der Insekten - berechnet als reine Biomasse - von über 76% in einem Zeitraum von nur 27 Jahren. Die Anzahl an Schmetterlingen hat in den letzten 50 Jahren um etwa 80 bis 90% abgenommen. Dabei verläuft die Geschwindigkeit der Abnahme von Schmetterlingsarten und der Häufigkeit ihrer Individuen immer schneller. Aufgrund ihrer Empfindlichkeit gegenüber Umwelteinflüssen sind Schmetterlinge gute „Bioindikatoren“; aktuell zeigen sie an, dass etwa zwei Drittel unserer Biotope gefährdet sind. Insgesamt geht es um die Rettung einer ökologischen Umwelt, der biologischen Landwirtschaft, der Zukunft unserer Natur, oder anders formuliert um die Rettung der Schöpfung und um unsere Gesundheit. Deshalb ist mir wie sehr vielen Mitstreitern die Thematik wichtig, sie sollte allen Menschen wichtig sein.

Die Lindauer ÖDP bietet am Samstag, 2. Februar, einen kostenlosen Sonderfahrtendienst für Ältere zur Eintragung beim Volksbegehren an. Anmeldung am Vortag unter T:08382-942939

Bürgerbegehren startet

WOBL 31.1.19

„Artenvielfalt – rettet die Bienen“ mit großem Ziel

Am heutigen Donnerstag beginnt für die Organisatoren des Bürgerbegehrens „Artenvielfalt – rettet die Bienen“ eine zweiwöchige, entscheidende Frist. Für Mitorganisator Xaver Fichtl und seine Mitstreiter gilt es nun, all die Menschen zu informieren und zu begeistern, die noch nicht durch die ersten Aktionen erreicht wurden.

VON SVEN KRAUSE
redaktion.li@wochenblatt-online.de

LANDKREIS – Bereits Albert Einstein soll gesagt haben: „Wenn die Biene einmal von der Erde verschwindet, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben. Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, keine Menschen mehr.“ Und nach Ansicht der Organisatoren des Bürgerbegehrens „Artenvielfalt – rettet die Bienen“ steht

dieser Moment angesichts des in den vergangenen Jahren ungebremsten Aussterbens von Bienenvölkern bald bevor. Daher wollen sie erreichen, dass zehn Prozent der bayerischen Wahlberechtigten, knapp eine

Million Menschen, vom 31. Januar bis 13. Februar mit ihrem Ausweis in ihr Rathaus oder ihre Gemeindeverwaltung gehen und sich dort eintragen und das Volksbegehren unterstützen.

Interview mit Xaver Fichtl auf Seite 3



Zur Rettung der Bienen gibt es jetzt ein Bürgerbegehren.

FOTO: HEIN/PIXELIO

Naturschützer verteidigen Volksbegehren

LZ
5.2.
19

Der Bund Naturschutz in Lindau nimmt sich die Argumente der Gegner vor

LANDKREIS LINDAU (lz/gbo) - Nachdem sich in der Lindauer Zeitung einige Bio-Landwirte und Imker aus dem Landkreis gegen das Volksbegehren „Artenschutz und Naturschönheit“ ausgesprochen hatten, treten dem jetzt viele Naturschützer entgegen. In einem Leitfaden reagiert der Bund Naturschutz Lindau nun auf Argumente der Gegner des Volksbegehrens.

Erich Jörg, der Kreisvorsitzende des Bund Naturschutz, sagt: „Es ist wichtig, dass sich beim Thema Artenschutz endlich etwas tut.“ Um davon mehr Menschen zu überzeugen, hat sein Verein jetzt die Argumente für das Volksbegehren in einem Leitfaden gesammelt.

Der Leitfaden nimmt sich die Bedenken und Kritikpunkte der Gegner des Volksbegehrens vor und versucht, diese zu entkräften. Auf die Aussage von CSU-Stadtrat Stefan Büchele, „das Volksbegehren bedeutet für Landwirte Enteignung“, entgegnet die Naturschützer zum Beispiel, dass es nach wie vor die freiwillige, unternehmerische Entscheidung der Bauern sei, ob sie Ökolandbau machen. In der Verantwortung sei dagegen künftig die Staatsregierung. Die müsse dafür sorgen, dass die biologische Landwirtschaft attraktiver werde und bis 2030 auf 30 Prozent der bayerischen Landwirtschaftsflächen Ökolandbau



Auch Prominente machen sich stark für die Bienen. Bei der Kundgebung in München ist etwa Schauspielerin Michaela May (Mitte), hier zwischen zwei Aktivistinnen, mit dabei.

FOTO: LINO MIRGELER

betrieben wird. Dafür müsse sie zum Beispiel Märkte schaffen.

Ohnehin glauben die Naturschützer nicht, dass es für mehr Bio-Produkte keinen Markt gibt. „Fakt ist: Seit Jahren wächst die Bio-Branche

in Deutschland mit stabilen Wachstumsraten“, schreiben sie. Aktuell seien es etwa elf Prozent im Jahr. Es sei heute sogar notwendig, bis zu 30 Prozent mancher Bio-Produkte zu importieren.

Die Landwirte hatten angemerkt, dass manche Molkereien keine Bio-Milch mehr annehmen würden. Die Naturschützer identifizieren das als temporären Engpass. Sie schreiben: „Im Zeitraum 2017/18 sind daraufhin

sehr viele konventionelle Milchzeuger auf Bio-Milch umgestiegen.“ Grund dafür sei die Abschaffung der Milchquote 2015. Durch diese Abschaffung sei der Milchpreis gefallen. Um noch wirtschaftlich arbeiten zu können, hätten viele Landwirte auf Bio umgestellt, und so sei es zu dem Überangebot gekommen. Diese Situation habe sich entspannt.

Die im Gesetzesentwurf formulierten Einschränkungen für Landwirte auf Wiesen und Weiden finden die Naturschützer notwendig. Grünland sei ein wichtiges Biotop und diene vielen Insekten zur Eiablage. Deswegen sei es richtig, dass das Volksbegehren die Umwandlung von Wiesen in Ackerflächen verbieten will. Auch den Schutz eines Streifens entlang von Gewässern finden die Naturschützer wichtig. Ein Bearbeitungsverbot bestehe bereits in anderen Bundesländern. Nur Bayern halte bisher an einer Ausnahme fest.

Wenn die Bauern durch die neuen Vorgaben zu große Nachteile spüren würden, bleibe ihnen außerdem die Möglichkeit, ihre Flächen in Biotopverbünde einzubringen. Diese muss der Freistaat einrichten, wenn das Volksbegehren zum Gesetz wird. Für die Landwirte würde das weitere Förderung bedeuten. Außerdem würden in anderen Bundesländern bereits Nachteile durch mehr Förderung ausgeglichen.

LZ 1.2.19

Jugendgruppe informiert über Volksbegehren

LINDAU (Lz) - Der Bund Naturschutz in Bayern (BN) unterstützt das Volksbegehren „Rettet die Bienen“. Deshalb informiert die neu gegründete Jugendgruppe des BN Lindau über das anstehende Volksbegehren. Von 8.30 bis 13 Uhr gibt es am Samstag, 2. Februar, einen Infostand im Lindaupark (Obergeschoss) über alles Wichtige dazu.

Die Vielfalt von Tieren und Pflanzen in Bayern ist massiv bedroht, heißt es in einem Schreiben der Jugendgruppe. Es ist das größte Artensterben seit dem Verschwinden der Dinosaurier. Besonders die Bienen trifft es hart. Nur mit der Hilfe aller wird das Volksbegehren ein Erfolg. Außerdem sucht die Jugendgruppe weitere Mitstreiter im Umwelt und Naturschutz. Darum lädt sie alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 15 Jahren in den Lindaupark ein, um sich dort ein Bild von der Arbeit der Jugendgruppe zu machen.

LINDAU

WA 30.1.19 Jugendgruppe des Bund Naturschutz stellt sich vor

Die neugegründete Jugendgruppe des Bund Naturschutz Lindau stellt sich am Samstag, 2. Februar, im Obergeschoss des Lindauparks vor. Bei einem Infostand gibt sie Informationen zum Volksbegehren „Rettet die Bienen“ und macht auch Werbung in eigener Sache. Jugendliche im Alter von zwölf bis 15 Jahren können sich an diesem Tag ein Bild über die Arbeit der Jugendgruppe verschaffen.

LZ Bauern sollten mit Naturschützern 12.02.19 zusammenarbeiten

Zur Diskussion über das Volksbegehren „Rettet die Bienen“:

Der Bestand an Insekten hat die letzten Jahre dramatisch um circa 80 Prozent abgenommen. Ebenfalls die Bestände vieler Singvögel. Wissenschaftler sprechen von einer ähnlichen Bedrohung für die Menschheit wie sie der Klimawandel darstellt. Dies kann man glauben oder nicht. Die Tendenz dieser Aussage sollten wir ernst nehmen. Nur wenn die Einsicht da ist, dass etwas schief läuft, können die Weichen für unsere Natur neu gestellt werden.

Wer trägt die Verantwortung an diesem Insektensterben? So richtig will niemand dafür verantwortlich sein! Darum wollen sich auch die Landwirte diesen Schuh nicht anziehen und reichen den Ball an die Gartenbesitzer weiter, die mit öden Steingärten und Mährobotern den Insekten den Garaus machen. Mit dieser Haltung kommen wir nicht weiter. Insbesondere weil die Bauern ebenfalls vom Aussterben bedroht sind. Es befremdet sehr, dass dies der Bauernverband nicht thematisiert. Denn die Anzahl der Milchbauern reduzierte sich die vergangenen 40 Jahre ebenfalls um mehr als 80 Prozent. Man zähle nur die Bauern je Gemeinde, da reicht eine Hand meist aus. Der Milchpreis lässt den Bauern keine Spielräume. Der Bauer bekommt heute mehr oder weniger den gleichen Preis für konventionelle Milch wie Anfang der 80'er-Jahre mit aktuell circa 35 Cent. Um auf diesem Preisniveau nur annähernd wirt-

schaftlich zu arbeiten, ist er zu Optimierungen gezwungen, zum Beispiel mit sieben Ernteschnitten pro Jahr. Junges Futter ist eben sehr eiweißreich. Man redet hierbei vom grünen Proteinrasen mit dem Nachteil, dass dabei fast nichts mehr blüht.

Die Politik des Bauernverbandes trägt hier Mitschuld. Er steht gemeinsam mit der EU- und Bundespolitik sowie mit der Lebensmittelindustrie für die Agrarpolitik unter dem Motto, möglichst viel und billig zu produzieren. Da kann es nur verwundern, wie der Bauernverband mit dem Volksbegehren umgeht. Anstatt sich mit den Naturschützern zu verbünden und auf fundamentale Fehler in der Landwirtschafts- und Subventionspolitik und die schlechte Preissetzung für Milch etc. hinzuweisen, stellt der Bauernverband die Naturschützer an den Pranger.

Natürlich ist bei der Rettung der Insekten nicht nur die Landwirtschaft in der Verantwortung. Der Bogen spannt sich weiter bis zur Pflege der Grünflächen an den Autobahn-auffahrten, Grünflächen an den Straßenrändern und zu den kommunalen Flächen. Hier ist wie in den Privatgärten dringend ein Umdenken notwendig.

Das Volksbegehren ist in Summe eine gute Sache. Es ist eine große Chance, positive Veränderungen im Interesse der Natur und der Bauern voranzutreiben. Denn wenn es besser werden soll, muss es anders werden.

Christian Kern, Sigmarzell

Auch die Stadt soll Blumen blühen lassen

Zu den Berichten „Obstbauer sucht Paten für Blühwiese“, LZ vom 9. Februar; und „Ohne Parkplätze ist die Insel tot“, LZ vom 8. Februar:

Lindauer Zeitung vom Samstag: „Auch die Stadt will was für Artenvielfalt tun.“ Das hat die Stadt Lindau sehr anschaulich negativ bewiesen. Rund um das neue Parkhaus und die neue Inselhalle ist alles, aber auch wirklich alles entweder mit Kunststeinplatten oder mit Asphalt versiegelt. Wo früher im Frühling Narzissen und Hyazinthen, im Sommer blühendes Gehölz und Sträucher waren, ist jetzt alles öde und leer. Die Gastronomie wirbt für „Erlebnis“, was ist es für ein Erlebnis, wenn man auf der Terrasse sitzt und rund um ist alles schwarz? Vieles liegt im Umfeld der beiden neuen Gebäude im Argen. Ein überdachter Zugang vom Parkhaus zu den Veranstaltungen in der Inselhalle fehlt, ein großer freier Platz zwischen dem einen und anderen Gebäude ist entstanden, mit dem niemand so recht weiß, was er damit machen soll, nicht mal ein Notfall-

Heli kann landen. Eine aufwendige Auffahrt zum Haupteingang inklusive Abfahrtrampe ist entstanden, für wen eigentlich? Können die Ehrengäste nicht auch, wie in Bayreuth am grünen Hügel, einige Schritte zu Fuß gehen, damit man sie sieht? Auch eine schwarze und viel zu kleine Toilette lenkt nicht vom Versäumten ab.

Noch ein Wort zum Kleinen See: Ein Leersaugen wie seinerzeit ist nicht mehr möglich, aber was machbar ist, sind einige oder sogar viele große Rohre oder ähnliches, die bei der Ertüchtigung des Eisenbahndamms eingebracht werden und dafür sorgen dass ein Wasserdurchfluss entsteht, der das Verschlammen verhindert, denn nur stehendes Wasser setzt Schlamm an. Was die Bahn mit den beiden vorhandenen, aber viel zu kleinen, Durchlässen vor vielen Jahren versäumt hat, muss und kann sie jetzt mit relativ einfachen Mitteln nachholen und wettmachen. Hier muss vor Baubeginn die Bahn in die Pflicht genommen werden.

Helmut Schmid Lindau

22 8.2.19

BN fordert Schutz für Eichwald

Naturschützer wollen ökologische Begleitung der Therme-Bauarbeiten

Von Dirk Augustin

LINDAU - Der Bund Naturschutz kritisiert die Baustelle für die Therme im Eichwald. Kreisvorsitzender Erich Jörg fürchtet, der Eichenhain könnte schweren Schaden nehmen. Stadt und Landratsamt prüfen die Vorwürfe.

Der Bund Naturschutz weist in einem Schreiben an das Landratsamt darauf hin, dass der Schutz des Eichenhains ein gewichtiges Argument der Stadt für den Bau der Therme war und ist. Denn nach Jahrzehnten soll der Wald frei von Autos werden, die dort künftig nicht mehr parken dürfen. Mit Gültigkeit des Bebauungsplans sollte das aber ab sofort der Fall sein, fordert der BN. Bei einer Ortsbesichtigung haben die Naturschützer nach eigenen Angaben aber das Gegenteil gesehen.

Jörg schreibt, es habe sich ihm „ein trauriges Bild“ geboten: „Nichts ist erkennbar, wie der Eichenhain, so wie von Ihnen gefordert, als schützenswerter und naturnaher Bereich Gestalt erhalten soll.“ Stattdessen werde er weiter als Parkplatz benutzt, „obwohl ausreichend Raum auf der Eichwaldstraße vorhanden wäre“.

Jörg beklagt, dass die Baufirmen „mitten durch den Eichenhain“ parallel zur Eichwaldstraße sogar einen Fahrweg als Einfahrt- und Ausfahrt für Baufahrzeuge geschaffen hätten. Der Fahrweg beginne am östlichen Ende des Eichenhains und durchquere ihn fast auf ganzer Länge. Dabei sei dieser Fahrweg für Baufahrzeuge nicht nötig, weil es den alten asphaltierten Weg zwischen Eichenhain und Thermen-Baustelle noch gebe. „Der Wurzelbereich wird dadurch weiter in unerfreulicher Weise



Der Bund Naturschutz fordert, dass ab sofort keine Autos mehr im Eichwald parken dürfen. Außerdem solle eine ökologische Baubegleitung den Erhalt des Eichenhains sicherstellen.

FOTO: BUND NATURSCHUTZ

ramponiert“, stellt Jörg fest. Daneben habe der BN bei der Ortsbesichtigung festgestellt, dass einige Bauhütten wenig sachgemäß nahe den Bäumen und deren Wurzelwerk errichtet worden seien.

Jörg vermisst besondere Rücksichtnahme der Bauleitung. Dabei verlange die Baugenehmigung eine naturschutzfachliche Begleitung und Prüfung über das normale Maß des rechtlich vorgeschriebenen Baumschutzes auf Baustellen hinaus. Das werde bisher aber wohl nicht umgesetzt, kritisiert der BN-Kreisvorsitzende.

Parken soll verboten werden

Jörg bittet das Landratsamt um eine genaue Prüfung aus naturschutzfachlicher Sicht: „Ziel sollte es sein, den Eichenhain von weiteren schädlichen Einflüssen fernzuhalten, jegliches Parken zu unterbinden und den Ersatzweg mitten durch den Eichenbestand sogleich schließen zu lassen.“ Zudem solle die Behörde prü-

fen, ob die Bauhütten an den Bäumen den gesetzlichen Auflagen zum Baumschutz entsprechen.

Das Landratsamt bestätigt den Eingang des BN-Schreibens. Die Mitarbeiter gingen den Vorwürfen nach, berichtet Sprecherin Sibylle Ehreiser. Wie lange die Prüfung dauert, könne sie nicht sagen.

Die Stadt verweist darauf, dass sie im Bebauungsplan ausdrücklich die ökologische Baubegleitung festgeschrieben hat. Auch in der Baugenehmigung seien ökologische Baubegleitung und entsprechende Lenkung der baubedingten Inanspruchnahme der Flächen auf Auflage enthalten.

„Der Schutz des Eichenhains ist ein wichtiges Ziel der Stadt“, sagt Pressesprecher Jürgen Widmer. Deshalb müsse die Bauleitung natürlich auch Zufahrten und Baustelleneinrichtung mit der ökologischen Bauleitung absprechen. Widmer: „Wir sind dankbar für den Hinweis und gehen dem nach.“

LZ 8.2.19

„Ohne Parkplätze ist die Insel tot“

Beim LZ-Leserstammtisch in Aeschach ist auch der Karl-Bever-Platz wieder Thema

Von Gabriel Bock

LINDAU - Neben dem Thema Wohnbebauung (lesen Sie dazu den Artikel oben) sprachen die LZ-Leser beim Leserstammtisch in Aeschach auch über einige andere Themen im Stadtteil. Redaktionsleiter Dirk Augustin leitete die engagiert geführten Diskussionen.

Was wird auf dem Karl-Bever-Platz gebaut?

Im Stadtrat gibt es bisher eine Mehrheit für ein Parkhaus mit 600 bis 700 Stellplätzen auf dem Beverplatz. Darüber informierte Stadtrat Roland Freiberg (BU) auf dem Leserstammtisch. Die genaue Größe für das Parkhaus ist aber noch nicht festgelegt. Die bisherigen Pläne sehen nur eine maximale Höhe von 20 Metern vor. „Die Höhe werden wir auch erreichen, wenn wir 700 Stellplätze machen“, erklärt Freiberg. Auch das geplante Hotel werde seine Maximalmaße von 67 Metern Länge und 17 Metern Breite wahrscheinlich erreichen. Einen Zweckbau wie das Best-Western-Hotel an der Autobahn wolle aber niemand.

Der Alternativvorschlag kommt von Ulrich Jöckel (FDP). Er fordert ein Parkdeck über dem gesamten Platz, allerdings in maximal drei Stockwerken. Dafür bekommt er Unterstützung von der Architektin Maria Graf. Sie meint: „Der Beverplatz ist eine prominente Stelle, da kann man keine Türme hinbauen.“ Die Fassade eines Parkhauses bleibe immer funktional und werde nicht schön, deshalb müsse es darum gehen, diese so niedrig wie möglich zu halten.

Einen weiteren Vorschlag dazu brachte Stefan Lampert zur Sprache: Er plädierte für ein Parkhaus am Reutiner Bahnhof. „Nur so können wir den Verkehr tatsächlich aus der Stadt heraus halten“, sagte er. Mit Parkplätzen am Beverplatz verschiebe man nur das Verkehrsproblem von der Insel vor die Insel.

Marc Hübler erklärte dazu, dass die Bahn das Gelände in Reutin aber erst nach 2021 freigebe. Bis 2025 könne dort deswegen kein Parkhaus entstehen. Deshalb müssten die Parkplätze bis dahin an einen anderen Ort. Er merkte außerdem an, dass durch ein Parkhaus am Beverplatz auto-

freie Zonen auf der Insel entstehen können. Hübler meinte: „Ohne Parkplätze ist die Insel tot.“

Was bedeutet das Parkhaus für die Anwohner?

Den Anwohnern bereitet die Situation auf dem Beverplatz bereits jetzt Sorgen. Amanda Davies erklärte: „Im Sommer ist die Einmündung in den Hasenweidweg ständig verstopft.“ Die Autoschlange vor dem Parkplatz stau sich zu weit zurück. Wenn man vorsichtig versuche, an der Schlange vorbeizufahren und jemand entgegenkomme, gebe es regelmäßig Zoff unter Autofahrern. Mit Parkhaus könnte sich diese Situation noch verschärfen.

Kann der Kleine See ausgebaggert werden?

Ursula Duval bemängelte den Zustand des Kleinen Sees. „Jetzt ist er voller Zweige, und im Sommer wuchern die Algen, das stinkt dann furchtbar.“ Sie forderte, den See auszubaggern, wie das schon in den 1960er-Jahren geschehen sei. Stadtrat Roland Freiberg hält das für undenkbar. „Das wäre viel zu teuer“,

sagte er. LZ-Redaktionsleiter Dirk Augustin erklärte, dass sämtlicher Aushub aus dem See als Sondermüll gilt und deshalb aufwendig entsorgt werden muss.

Auch ein Mähen des stinkenden Seegrases mit der Seekuh gestaltet sich schwierig. Der Naturschutz erlaubt das bisher nur nach dem 15. August. Lindaus Pressesprecher Jürgen Widmer erklärte: „Das ist die Kinderstube der Fische.“ Die würden im hohen Gras laichen, und der Nachwuchs verstecke sich dort, bis er groß genug ist, um im offenen Wasser zu überleben.

Deshalb sei eine Mahd gegen das Naturschutzgesetz. Erich Jörg vom Bund Naturschutz Lindau erklärt: „Der Kleine See ist Landschaftsschutzgebiet. Dort etwas machen zu dürfen erfordert ein wasserrechtliches Verfahren.“ Diese seien so ziemlich das Komplizierteste, was man in Gemeinden tun könne.

Auf Beschluss des Bauausschusses soll die Stadt jetzt mit dem zuständigen Wasserwirtschaftsamt verhandeln, ob sie einzelne Teilbereiche, wie etwa den Durchfluss am Bahndamm, ausbaggern darf. Das

gilt auch für das Mähen einer Fahrinne.

Was passiert mit dem Wochenmarkt in der Lärchengasse?

LZ-Leser Siegfried Jäger brachte das Gespräch auf die Lärchengasse. Dort sei die Tiefgarage unter dem Platz dringend sanierungsbedürftig, weil schon über 40 Jahre alt. Jäger sagte: „Das Problem ist, dass die Platte oben auf der Tiefgarage mit einer Widmung der Stadt versehen ist.“ Auf der Platte findet nämlich der Wochenmarkt in Aeschach statt. Eine Renovierung hätte also weitreichende Konsequenzen.

Verschwindet Edeka aus Aeschach?

Eine Leserin fragte nach, was nun mit dem Edeka-Markt am Aeschacher Markt passiere. Schließlich sei der durch den Neubau von Kaufland am Heuriedweg einer großen Konkurrenz ausgesetzt. Stadtrat Roland Freiberg beruhigte: „Der Edeka gehört fest zu Aeschach, da ist eher das Problem, dass der gerne erweitern würde, aber nicht kann.“ Außerdem würde der Markt gut angenommen.

WA 9.2.19

BN fordert Schutz für Eichwald

Natur Der Kreisverband will ökologische Begleitung der Therme-Bauarbeiten in Lindau

Lindau Der Bund Naturschutz kritisiert die Baustelle für die Therme im Lindauer Eichwald. BN-Kreisvorsitzender Erich Jörg fürchtet, der Eichenhain könnte schweren Schaden nehmen. Stadt und Landratsamt prüfen die Vorwürfe.

Der BN weist in einem Schreiben an das Landratsamt darauf hin, dass der Schutz des Eichenhains ein wichtiges Argument der Stadt für den Bau der Therme war und ist. Denn nach Jahrzehnten soll der Wald frei von Autos werden, die dort künftig nicht mehr parken dürfen. Mit Gültigkeit des Bebauungsplans sollte das laut BN aber ab sofort der Fall sein. Bei einer Ortsbesichtigung haben die Naturschützer nach eigenen Angaben aber das Gegenteil gesehen.

Jörg schreibt, es habe sich ihm „ein trauriges Bild“ geboten: Der Eichenhain werde weiter als Parkplatz benutzt, „obwohl ausreichend Raum auf der Eichwaldstraße vorhanden wäre“. Die Baufirmen hätten „mitten durch den Eichenhain“ parallel zur Eichwaldstraße sogar einen Fahrweg als Einfahrt- und Ausfahrt für Baufahrzeuge geschaffen.

Dabei sei dieser Fahrweg für Baufahrzeuge nicht nötig, weil es den alten asphaltierten Weg zwischen Eichenhain und Thermen-Baustelle noch gebe. Außerdem habe der BN festgestellt, dass einige Bauhütten wenig sachgemäß nahe den Bäumen und deren Wurzeln errichtet worden seien. Jörg bittet das Landratsamt um eine Prüfung aus naturschutzfachlicher Sicht.

Das Landratsamt bestätigt den Eingang des Schreibens. Die Mitarbeiter gehen laut Sprecherin Sibylle Ehreiser den Vorwürfen nach. Wie lange die Prüfung dauert, könne sie nicht sagen. Die Stadt verweist darauf, dass im Bebauungsplan und auch in der Baugenehmigung ausdrücklich die ökologische Baubegleitung festgeschrieben sei. „Der Schutz des Eichenhains ist ein wichtiges Ziel der Stadt“, sagt Pressesprecher Jürgen Widmer. Deshalb müsse die Bauleitung natürlich auch Zufahrten und Baustelleneinrichtung mit der ökologischen Bauleitung absprechen. Widmer: „Wir sind dankbar für den Hinweis und gehen dem nach.“ (dik/sz)

Ausschneiden für Claudia + Moritz WA 9.2.19

Bäume pflanzen gegen den Klimawandel

Aktion Das Lindenberger Gymnasium will zusammen mit der Waldbesitzervereinigung lokal und global handeln

Lindenberg Mit ihrer Unterstützung für die „Friday for Future“-Kampagne (siehe Infokasten) wollen die Schüler des Gymnasiums Lindenberg vor allem die „große Politik in Berlin“ zum Umdenken bewegen, sagt Sofie Bayer von der Schülermitverwaltung (SMV). Doch handeln wollen die Jugendlichen auch gerne lokal und sehr konkret. Sie unterstützen daher eine Idee von Schulleiter Hermann Endres. Er schlägt vor, dass Schüler und Lehrer gleichermaßen Bäume gegen den Klimawandel pflanzen. Und deshalb brachte er jetzt Lehrer, Schüler, Eltern, Bürgermeister Eric Ballerstedt, Andreas Täger von der Waldbesitzervereinigung (WBV) Westallgäu und Kreis-Gartenfachberater Bernd Brunner an einen Tisch.

Im Laufe des gut anderthalbstündigen Austausches entwickelte sich die Idee jedoch weiter: Während Endres zu Beginn von der Vision sprach, dass jeder Schüler und Lehrer pro Schuljahr drei Bäume pflanzt – und damit 18 000 Bäume während der neunjährigen Zeit auf dem Gymnasium zusammen kommen könnten, drängten Schüler, Lehrer und Elternvertreter gleichermaßen auf ein umfassenderes Konzept.

Täger berichtete, dass die WBV Westallgäu seit verganginem Jahr in Kontakt mit Kleinwald-Besitzern aus Kenia steht. Daher schlug er vor, Patenschaften mit Schulen in dem ostafrikanischen Land zu vermitteln. Die Schüler dort könnten ebenfalls Bäume pflanzen – mit Hilfe von Spenden aus dem Westallgäu. Diese Variante stieß bei den SMV-Vertretern auf fruchtbaren Boden. Denn sie können sich zwar vorstellen,

dass Fünftklässler sehr gerne auch im Westallgäu Bäume pflanzen, ältere Schüler könnten sich dann aber bei Spendenaktionen engagieren. „Das reizt deutlich mehr“, sagte Björn Lofi.

Sinnvolle Pflanzaktionen in der Region müssten nicht auf Bäume beschränkt sein, machte Bürgermeister Ballerstedt deutlich. Einen ähnlichen Effekt habe das Pflanzen von Hecken. Dafür seien möglicher-

weise leichter Flächen zu finden. Beim Pflanzen soll es aber nicht bleiben. Die Lehrer Patrick Mark, Katrin Bengel und Lothar Neidel sind sich einig: Die Schüler müssen hinsichtlich des Klimawandels sensibilisiert werden – und insbesondere auch Möglichkeiten gezeigt bekommen, wie sie etwas dagegen unternehmen können.

Bereits an Pflanzaktionen beteiligt war Elternvertreter Christian

Eineder. Dabei hat er die Erfahrung gemacht, dass beispielsweise nach Jordanien zusätzliches Geld fließen musste, um die Neuaufforstungen zu bewachen. Doch auch er zeigte sich überzeugt: „Der Gedanke an eine weltweite Ausdehnung einer solchen Aktion macht sie für Schüler interessant.“

Wichtig aus Sicht des Kreis-Gartenfachbauers Bernd Brunner ist es, dass „die Kinder das Thema nach Hause tragen“ und dort bei Eltern oder Nachbarn Werbung machen für einen „natürlicheren Garten, der Lebensräume schafft“.

Katrin Bengel ist davon überzeugt, dass eine solche Aktion den Schülern einen „Mehrwert bringt“. Ihr Umweltbewusstsein werde gestärkt und zugleich könnten sie erleben, dass sie mit ihren eigenen Händen etwas tun können.

Täger will nun schnellstmöglich geeignete Flächen für eine erste Pflanzaktion finden. Der Bedarf sei definitiv vorhanden. Bis zu 60 000 Baumpflanzen beschafft die WBV jährlich für ihre Mitglieder im Westallgäu. Durch Schneebruch, Sturm Schäden und Holzentnahme gebe es immer wieder Flächen, auf denen Ersatzaufforstungen anstehen. (owi)

Was ist Fridays for Future? Gymnasiasten demonstrieren

- „Fridays for Future“ ist eine weltweite Bewegung von Schülern, die sich für mehr Klimaschutz einsetzt.
- Auf der deutschen Homepage der Bewegung heißt es: „Wir werden die Leidtragenden des Klimawandels sein. Gleichzeitig sind wir die letzte Generation, die einen katastrophalen Klimawandel noch verhindern kann.“ Daher fanden bereits seit Ende vergangenen Jahres immer wieder Schülerdemos in zahlreichen deutschen Städten und auf der ganzen Welt statt.
- Vorbild für die Klimastreiks ist die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg, die zuletzt in Davos für Schlagzei-

len sorgte. Am 20. August 2018 begann sie damit, jeden Tag vor dem schwedischen Reichstag gegen den Klimawandel zu protestieren, anstatt in die Schule zu gehen. Mittlerweile streikt sie nur noch freitags – doch ihre Aktion hat Wirkung gezeigt. Inzwischen haben sich weltweit Zehntausende Schüler, unter anderem auch im Allgäu, angeschlossen.

● Beispielsweise waren etwa 40 Gymnasiasten und einige Realschüler aus Lindenberg bei einer Großkundgebung in Ravensburg dabei. Dort demonstrierten vor einer Woche 1500 Jugendliche für mehr Klimaschutz. (owi)



„Fridays for Future“: Auch Schüler aus Lindenberg nahmen an der Großkundgebung in Ravensburg teil. Foto: privat

Geplante Wildnis am Schwesternberg

LZ
9.2.19

Zum laufenden Volksbegehren „Rettet die Bienen“:

Als ich mit meiner Familie 1975 ein kleines, altes Haus auf dem Schwesternberg kaufte und nach Instandsetzung bezog, gehörten auch rund 1000 Quadratmeter Grünfläche dazu. Ich ließ damals statt einem Rasen lieber eine Wiese anlegen. Diese wird erstmals im Mai, dann im Sommer und im Herbst von mir mit einem Rasentraktor gemäht. Deswegen haben wir im Frühjahr einen Blument Teppich mit allen Frühlingsblühern und einer großen Anzahl von vielfarbigen, eingewanderten Primeln. Manchmal bleiben Spaziergänger stehen und bewundern diese Pracht. Später kommen dann die Wildkräuter wie Lerchensporn, Salbei, Hahnenfuß, Löwenzahn, Gänzel und andere mit verschiedenen Gräsern zur Blüte.

Aus diesem Grund hat auch ein befreundeter Imker vor Jahren einen Bienenstock bei uns aufgestellt. Es gibt daher für uns echt Schwesternbergler Honig. Weil ich mich bei (artgemäßer) Annäherung in der Nähe des Stockes bewege, hat mich auch noch keine Biene gestochen. Um die Befruchtung meiner Apfelbäume brauche ich mich nicht zu kümmern und in manchen Jahren kann ich die ganze Nachbarschaft mit ungespritzten Äpfeln versorgen.

Weil ich Nistkästen aufhänge und für Igel im Herbst einen Laubhaufen in einer Ecke lasse sowie einen kleinen mit Regenwasser gespeisten Teich angelegt habe, fühlen sich bei mir, angefangen von vielen Insekten, Schmetterlingen, Libellen, Fröschen und Molchen über Igel bis zu den Kleinvögeln, zuhause. Sogar eine

Ringelnatter und ein Fuchs haben uns in unserer geplanten Wildnis schon besucht.

Das Schönste ist aber, dass uns das alles kaum mehr kostet als ein bisschen Steuerung. Ringsum wird jedoch fast überall das Grün ständig gemäht, oder es fahren sogar täglich die Mähroboter, da gibt es keine einzige Blume mehr, nur noch einen sterilen Kurzgrassteppich. Wo sollen da noch Bienen, Insekten und Kleintiere eine Nahrung finden?

Wir Menschen sind aber von einer möglichst natürlichen Umwelt abhängig, die Natur kommt jedoch gut ohne den Menschen aus. Man sollte das Volksbegehren daher unterstützen, es kann ja noch für die Landwirtschaft entsprechend angepasst werden.

Helmut Wenk, Lindau

Land pachten und Blumen blühen lassen

Zum Volksbegehren „Rettet die Bienen“:
Allen, die zu diesem Volksbegehren

Ja sagen, mache ich den Vorschlag:
Pachten Sie doch land und lassen sie

dort Blumen blühen.

Rita Marschall, Wasserburg-Hege

Damit es uns nicht so geht wie in USA und China

Zum laufenden Volksbegehren „Rettet die Bienen“:

Wir alle wollen, dass es nicht nur unserer Natur, sondern auch unseren Bauern gut geht, denn wir leben davon. Sonst haben wir bald amerikanische Verhältnisse. Da müssen nicht nur kalifornische Bauern Wanderimker aus dem Süden des Landes bestellen, die dann mit ihren großen Lastzügen voller Bienenvölkern in

den Mandelbaum- und Obstplantagen für die Befruchtung der Blüten sorgen. Oder schauen wir nach China. Die sind diesbezüglich noch weiter: Erst vernichteten sie auf Anordnung Maos die Vögel, weil sie der permanent hungernden Bevölkerung zu viel Korn wegfraßen. Dann vernichteten sie mit der chemischen Keule die Insekten, weil diese mangels Fressfeinde zur Plage wurden.

Jetzt können sie mit Wattestäbchen bewaffnet auf Leitern ihre Obstbäume besteigen, um diese per Hand einzeln zu befruchten.

Bald sind wir auch so weit, wenn es uns nicht gelingt das Artensterben zu stoppen. Deshalb ist es dringend geboten, das Volksbegehren „Rettet die Bienen und Artenvielfalt“ zu unterstützen.

Reiner Gubitz, Lindau

Gefragte Infoblätter

LZ
9.2.

Stand der BUND-Jugendgruppe Naturschutz erfolgreich

19

Am vergangenen Samstag veranstaltete die Jugendgruppe des BUND Naturschutz, Kreisgruppe Lindau, einen Infostand zum aktuell laufenden Volksbegehren zur Rettung der Bienen. Die Aktion war gelungen, der Erfolg riesig. Im Schichtsystem wechselten sich die Jugendlichen ab und bekamen zusätzliche Unterstützung von Aktiven der Kreisgruppe. Sogar die Kindergruppe half tatkräftig mit. Die Reaktion der Passanten war durchwegs positiv. Viele waren begeistert, dass sich auch Jugendliche für den Erhalt der Artenvielfalt engagieren und hatten sich bereits im Bürgerbüro eingetragen. Die politische Arbeit der Jugend ist ein wichtiger Faktor in der Umweltpolitik, betonen die Leiter der Jugendgruppe Marius Krebs und Janek Reisel, denn die jetzigen Kinder und



Zufriedene Gesichter bei der BUND-Jugendgruppe.

FOTO: BUND

deren nachfolgende Generationen sind die Leidtragenden der ausgebeuteten Erde. Die Faltblätter gingen weg wie warme Semmeln. An dem bunten Thementisch mit viel Informationsmaterial konnte man sich nicht nur über das Volksbegehren informieren,

sondern es gab auch hilfreiche Tipps zum Anlegen von Insekten freundlichen Gärten und Blühwiesen. Ein besonderer Dank geht an den Lindau-Park für die freundliche Aufnahme in ihre Räumlichkeiten. Kontakt Jugendgruppe Telefon: 08382 / 88 75 64.

WK

Ein erster Schritt 9.2.19

Betrifft: Volksbegehren „Rettet die Bienen“ und den Leserbrief „Gut gedacht – falsch gemacht“ vom Dienstag, 5. Februar.

Die Bedenken gegen dieses Volksbegehren sind sicherlich berechtigt. Allerdings bedeutet es ja nur, dass es bei Erfolg zum Volksentscheid über verschiedene Gesetzesvorlagen kommt. Darin werden dann auch die anderen genannten beinhaltet sein. Ich denke, das Wichtigste ist, die Menschen zu sensibilisieren, damit sie über ihr eigenes Verhalten nachdenken. Um dem Insekten- und Vögelsterben entgegenzuwirken, sind wir alle gefordert, nicht zuletzt der Staat. Durch konkrete Subventionen muss

die Bio-Landwirtschaft gefördert werden (nicht, wie bisher, die industrielle), denn die Landwirte dürfen auf keinen Fall die Verlierer sein. Andere Länder, zum Beispiel Österreich und die Schweiz, machen es uns vor. Dort ist die Bio-Quote wesentlich höher, sodass Bioprodukte zum Beispiel nach Deutschland exportiert werden. Wir in Deutschland neigen dazu, uns gegenseitig die Schuld zuzuschreiben. Dies bringt uns allerdings nicht weiter, im Gegenteil. Unsere Natur werden wir (wenn überhaupt) nur gemeinsam retten können, und dazu ist dieses Volksbegehren ein erster Schritt. Wenn auch etwas einseitig. **Wolfgang Boneberg, Gestratz**

LZ, 14. 02. 2019

Stadt und Thermennachbarn verhandeln noch

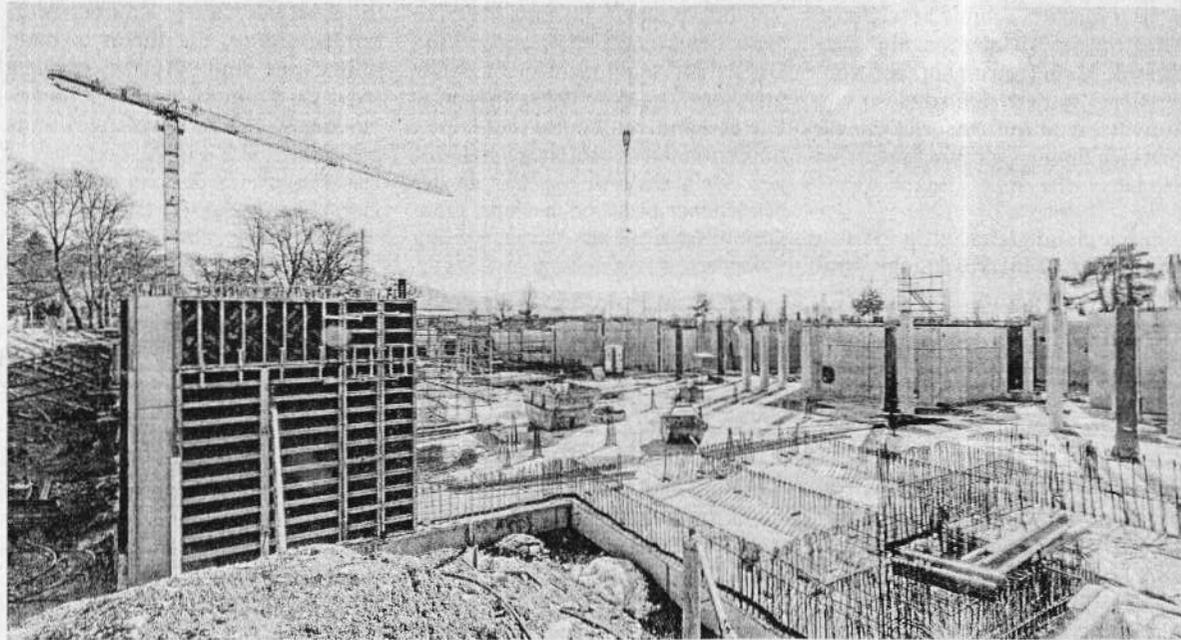
Bau des neuen Bades im Eichwald läuft trotz des Winters gemäß dem Zeitplan

Von Dirk Augustin

LINDAU - Es gibt noch keine Einigung im Streit zwischen der Stadt Lindau und zwei Nachbarn, die gerichtlich gegen die Baugenehmigung für die Therme vorgehen. Der Bau läuft aber weiter nach Plan. Dass zwei weitere Gerichtsverfahren anhängig sind, beeindruckt Investor Andreas Schauer nicht.

Vier Wochen nach der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Augsburg hat sich die Stadt noch nicht mit den Nachbarn geeinigt, wie Lindaus Pressesprecher Jürgen Widmer auf Anfrage der Lindauer Zeitung berichtet. Allerdings sei man auf einem guten Weg. „Der Schriftverkehr hält an“, fasst Widmer zusammen. Wie lange das noch dauern wird, könne er nicht sagen. Doch die Stadt sei zu einer Einigung bereit. Wie berichtet, fürchten die Anwohner den Lärm durch die Therme selbst und den damit verbundenen Verkehr. Sollten sich Stadt und Anwohner zeitnah nicht einigen, wird das Verwaltungsgericht auch in diesem Fall urteilen.

Zurückgewiesen hat das Augsburger Gericht vor vier Wochen bereits die Klage des Bund Naturschutz, den die Richter für nicht klagerechtigt halten. Weil das für den BN grundsätzliche Bedeutung hat, will der Verband das durch alle In-



Die Bauarbeiten für die Therme im Eichwald sind trotz der Klagen und des Winters im Zeitplan. Derzeit betonieren die Arbeiter die Kellerwände. FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

stanzen klagen, auch wenn das Jahre dauern kann und die Therme bis dahin sehr wahrscheinlich schon lange geöffnet ist. Weil das Gericht keine Berufung zugelassen hatte, muss der BN sich erst das Recht erstreiten, den Fall überhaupt weiter vor Gericht bringen zu dürfen.

Neben diesem Verfahren ist seit dem Sommer noch eine Klage des BN vor dem Verwaltungsgerichtshof

(VGH) München gegen den Bebauungsplan anhängig, auf deren Grundlage die Stadt die Baugenehmigung erteilt hat. Auch dieses Verfahren ist zeitaufwendig. Richterinnen Claudia Frieser, die auch Pressesprecherin des VGH München ist, bestätigt den Normenkontrollantrag unter dem Aktenzeichen 2 N 18.632. Ein Verhandlungstermin sei derzeit noch nicht absehbar. Auch da kommt

ein Urteil also möglicherweise erst, wenn die Therme schon fast fertig ist.

Schauer erhofft die Eröffnung der Therme vor Weihnachten 2020

Alle bisherigen Prozesse, zu denen auch ein Eilantrag vor dem VGH gehört, hat der Bund Naturschutz verloren. Entsprechend gelassen sieht Investor Andreas Schauer die ausste-

henden Urteile. Er freut sich vielmehr, dass die Bauarbeiten trotz des Winters voranschreiten. „Wir sind sehr gut im Zeitplan.“ Derzeit betonieren die Arbeiter im Eichwald die Kellerwände, die Bodenplatte ist fertig. Ziel ist es nach wie vor, im Frühjahr den Keller zu verschließen und am Erdgeschoss weiterzuarbeiten. Denn dann ist das Betonbauwerk so schwer, dass auch ein sehr hoher Wasserstand im Bodensee keine Probleme mehr bereiten kann. Und Schauer geht davon aus, dass der Pegel des Bodensees heuer höher steigt als in anderen Jahren, weil heuer in den Bergen mehr Schnee liegt als sonst.

Ob die Therme wie geplant kurz vor Weihnachten des kommenden Jahres fertig wird, hängt unter anderem vom Baufortschritt in den kommenden Wochen ab. Endgültig werde er das aber erst Ende dieses Jahres sagen können. Dann sollte die Fassade fertig und das Dach dicht sein, sodass man im kommenden Winter vom Wetter unabhängig den Innenausbau vorantreiben kann. Die Stadt hofft, dass die Außenbecken schon in anderthalb Jahren fertig sind, weil dann vielleicht schon eine Sommersaison im Außenbereich möglich wäre. Ob diese Termin klappen, hängt voraussichtlich nicht mehr an Gerichten, sondern einzig am Wetter und am Fortschritt der Bauarbeiten.

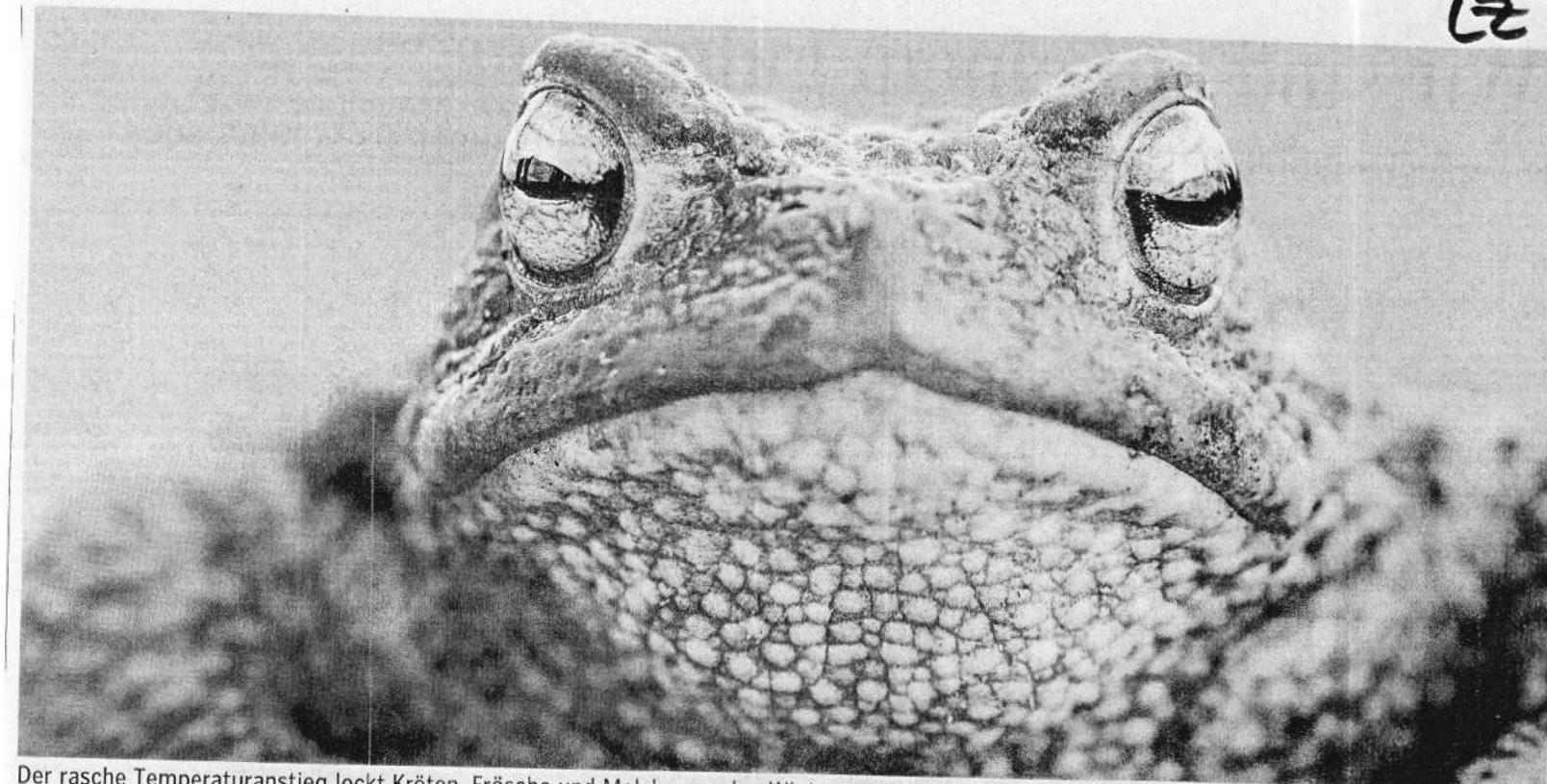
LZ 01.03.19

Straßen werden für Kröten gesperrt

LINDAU (LZ) - In allen bayerischen Landkreisen gibt es Aktionen zum Schutz der Kröten, die im Frühjahr zu ihren Laichgewässern wandern. schreibt der Bund Naturschutz in Bayern in einer Mitteilung. An 16 Straßenabschnitten im Landkreis Lindau werden Schutzzäune aufgebaut, heißt es.

An sechs wenig befahrenen Nebenstrecken werden die Straßen sogar nachts gesperrt. Diese sind: Von Stockenweiler Richtung Volklings im Bereich des Stockenweiler Weihers, Gemeinde Hergensweiler; Fuggerstraße am Bichlweiher, Gemeinde Wasserburg; Oberrengersweiler Weg und der Bereich am Golfplatz, Lindau; das Waldstück am Aspachweiher zwischen Oberreitnau und Höhenreute; Gemeindeverbindungsstraße von Oberhof nach Schlachters (Gemeinden Sigmarszell und Weißensberg) und die Hangnachstraße in Sigmarszell.

FOTO: COLOURBOX



Der rasche Temperaturanstieg lockt Kröten, Frösche und Molche aus den Winterquartieren.

Kröten gehen auf Wanderschaft

WA 5.3.19

Artenschutz Der Bund Naturschutz stellt im Landkreis Lindau an 16 Stellen Schutzzäune auf. Er appelliert an die Autofahrer, besonders vorsichtig zu sein. Nicht nur wegen der Amphibien

Westallgäu Der Bund Naturschutz macht sich bereit für die Amphibienwanderung. Während noch bis vor kurzem der gefrorene Boden den Aufbau der Schutzzäune entlang der Straßen verhindert hatte, kommen nun Kröten, Frösche und Molche so langsam aus den Winterquartieren. „An 16 Straßenabschnitten im Landkreis werden Schutzzäune aufgebaut, die dann von unseren Helfern betreut werden“, erklärt Geschäftsstellenleiterin Claudia Grieser von der BN-Kreisgruppe Lindau.

Wenn die nächtlichen Temperaturen bei fünf bis sechs Grad Celsius liegen und zur milden Witterung auch noch ausreichend Feuchtigkeit kommt, beginnen die Amphibien im Frühling ihre jährliche Hochzeitsreise – und damit eine gefährliche Zeit in ihrem Leben. Denn viele werden auf dem Weg in die Laichgewässer beim Überqueren der Straßen von Autos überfahren. In

allen bayerischen Landkreisen gibt es Aktionen zum Schutz der Tiere, die im Frühjahr zu ihren Laichgewässern wandern.

Im Landkreis Lindau ist der Start der Wanderung sehr unterschiedlich. Zuerst beginnt sie in der Bodenseeregion. Dann in Weißensberg, Stockenweiler und Niederstaufern. Erst wenn der Schnee geschmolzen ist, wandern die Tiere auch im Westallgäu. Zuletzt geht es meist im schattigen Schüttentobel bei Grünenbach los. „Die Dauer der Wanderung ist ebenfalls sehr witterungsabhängig. Gibt es plötzlich wieder Frost und Schnee, erleben wir eine Unterbrechung. Die gesamte Wanderzeit kann sich bis zu acht Wochen hinziehen“, sagt Grieser. Sind die Bedingungen für die Tiere optimal, kann aber auch nach drei Wochen schon alles passiert sein.

Der Bund Naturschutz erhält bei seiner Arbeit Unterstüt-

zung. „Den Bau der Zäune übernimmt an Bundes-, Staats- und Kreisstraßen dankenswerterweise die Straßenmeisterei – und an Gemeindeverbindungsstraßen die Bauhöfe. Sonst könnten wir das gar nicht schultern“, sagt Grieser. An sechs wenig befahrenen Nebenstrecken – vor allem im unteren Landkreis – werden die Straßen sogar nachts gesperrt. Dies sei deutlich weniger Aufwand und ein effektiverer Schutz, erläutert sie.

Täglich sind dann vor allem am Morgen die Helfer unterwegs, um an

den Ab-

fangzäunen die Tiere aus den eingegrabenen Eimern zu holen und zum Gewässer zu transportieren. Jedes Jahr werden durch diese Maßnahmen allein im Landkreis Lindau etwa 5000 bis 6000 Kröten, Frösche und Molche vor dem Überfahren gerettet.

Der BN arbeitet auch dieses Jahr mit den Naturfreunden Scheidegg, welche die zwei Krötenzäune in Hagspiel und am Alpenfreibad betreuen. Die BN-Kreisgruppe ist froh über alle Menschen, die sich zur Wanderzeit vor Ort täglich engagieren. Weitere Helfer seien jederzeit willkommen, unterstreicht Grieser. Sie appelliert auch an alle Autofahrer, in regnerischen Nächten auf den Straßen mit Schutzzäunen besonders vorsichtig zu fahren. Denn es sind nicht nur Kröten und Frösche unterwegs, sondern auch die freiwilligen Helfer, die dort „Sonderschichten“ einlegen. (bes, wa Foto: Stephan Blank)



Die Maßnahmen im Landkreis Lindau

ABFANGZÄUNE

- **Lindenberg:** Zufahrt zum Waldsee
- **Scheidegg:** Staatsstraße 2386 beim Alpenfreibad, Richtung Lindenu sowie zwischen Ebenschwand und Leintobel in Höhe Hagspiel, Gemeindeverbindungsstraße nach Schirpfentobel
- **Röthenbach:** Gemeindeverbindungsstraße nach Rentershofen
- **Stiefenhofen:** Kreisstraße LI 14 im Bereich Balzhofen

- **Grünenbach:** Staatsstraße 2001 im Bereich Schüttentobel
- **Maria-Thann:** Häfeleweg
- **Hergensweiler:** B12 im Bereich Stockenweiler-Unternützenbrugg
- **Niederstaufern:** B308 im Bereich Sägewerk
- **Lindau:** B31 am Golfplatz Schönbühl, Staatsstraße 2375 von Eggatsweiler in Richtung Rengersweiler
- **Sigmarszell/Weißensberg:** Kreis-

straße LI 2 zwischen dem Bahnübergang Schlachters und Rothkreuz (parallel zum Weißensberger Weiher), Staatsstraße 320 bei Schwätzen

NÄCHTLICHE SPERRUNGEN

- Einige wenig befahrene Nebenstrecken werden über Nacht, von Einbruch der Dunkelheit bis etwa 6.30 Uhr, auch ganz gesperrt:
- **Hergensweiler:** Straße von Stocken-

weiler Richtung Volklings im Bereich des Stockenweiler Weihers

- **Sigmarszell:** Hangnachstraße und Gemeindeverbindungsstraße von Oberhof nach Schlachters
- **Lindau:** Oberengersweiler Weg, der Bereich am Golfplatz, Waldstück am Aspachweiher zwischen Oberreitnau und Hohenreute
- **Wasserburg:** Fuggerstraße am Bichlweiher

Eine sehr gefährliche Hochzeitsreise BZ 9.3.19

Große Artenschutz-Aktion Amphibien auf Wanderschaft zu ihren Laichgewässern – Schutzzäune aufgebaut

Wenn die nächtlichen Temperaturen bei fünf bis sechs Grad Celsius liegen und zur milden Witterung auch ausreichend Feuchtigkeit kommt, beginnen die Amphibien im Frühjahr ihre jährliche Hochzeitsreise und damit beginnt eine gefährliche Zeit in ihrem Leben. Denn viele werden auf dem Weg in die Laichgewässer beim Überqueren von Straßen von Autos überfahren.

In allen bayerischen Landkreisen gibt es Aktionen zum Schutz der Tiere, die im Frühjahr zu ihren Laichgewässern wandern, so auch im Landkreis Lindau.

An 16 Straßenabschnitten im Landkreis werden Schutzzäune aufgebaut, die dann von den Helfern der BN-Kreisgruppe Lindau betreut werden. „Den Bau der Zäune übernehmen an Bundes-, Staats- und Kreisstraßen dankenswerter Weise die Straßenmeisterei und an Gemeindeverbindungsstraßen die Bauhöfe, sonst könnten wir das gar nicht schultern,“ so BN-Geschäftsstellenleiterin Claudia Grieser. Sechs wenig befahrene Nebenstrecken werden nachts sogar gesperrt. Dies sei deutlich weniger Aufwand und ein effektiverer Schutz, erläutert die Organisatorin.

Täglich sind dann vor allem am Morgen die Helfer unterwegs, um an den Abfangzäunen die Tiere aus den eingegrabenen Eimern zu holen und zum Gewässer zu transportieren. Jedes Jahr werden durch diese Maßnahmen etwa 5.000 bis 6.000 Kröten, Frösche und Molche vor dem Überfahren ge-



Ein Erdkröten-Pärchen auf dem Weg zu seinem Laichgewässer.

BZ-Foto: Robert Mayer

rettet. Das ist eine große Aktion zum Artenschutz.

Auch dieses Jahr findet die Kooperation mit den Naturfreunden Scheidegg statt, welche die dortigen zwei Krötenzäune in Hagspiel und am Alpenfreibad betreuen. Die BN-Kreisgruppe ist froh über alle Menschen, die sich zur Wanderzeit vor Ort täglich engagieren. Wer mitmachen will, kann sich gerne in der Geschäftsstelle melden.

Ein Appell ergeht auch an alle Autofahrer, in warmen, regnerischen Nächten auf den Straßen mit Schutzzäunen

besonders vorsichtig zu fahren. Denn es sind nicht nur Kröten und Frösche unterwegs, sondern auch die freiwilligen Helfer, die dann „Sonderschichten“ einlegen.

Im Landkreis Lindau ist der Start der Wanderung, die zwischen drei und acht Wochen dauern kann, sehr unterschiedlich. Zuerst beginnt sie in der Bodenseeregion, dann in Weisensberg, Stockenweiler, Niederstaufen. Erst wenn der Schnee geschmolzen ist, wandern die Tiere auch im Westallgäu. Zuletzt geht es meist im schattigen Schüttentobel los. BZ

32 23.2. 19
Danke!!



ÖDP
X. Fichtl

alle, die mit ihrem Einsatz für das Volksbegehren Artenvielfalt zum Erfolg einer weitreichenden Aktion für die Natur und für eine ökologische Landwirtschaft beigetragen haben. Die größte jemals erreichte Zustimmung für ein bayerisches Volksbegehren bedeutet ein starkes Mandat für den Runden Tisch der Staatsregierung, wirkt bis Berlin und wird die Lobby der Agrarindustrie ausbremsen. Ich danke vor allem dem Aktionsbündnis von Bund Naturschutz, ÖDP, Grünen, Bunte Liste, LBV und weiteren naturnahen Organisationen und Einzelpersonen für ihr Engagement. Es hat sich gelohnt.

L2 16.03.19

Landratsamt: Baustelle im Eichwald ist in Ordnung

Behörde hat Vorwürfe des Bund Naturschutz geprüft und sich vor Ort ein Bild gemacht

LINDAU (dik) - Das Landratsamt bescheinigt den Verantwortlichen für den Bau der Therme, dass sie die Auflagen zum Umweltschutz eingehalten haben. Das diene vor allem dem Schutz des Eichenhains. Anderslautende Vorwürfe des Bund Naturschutz seien nicht zutreffend.

Barbara Schmalzer, Leiterin des Fachbereichs Umwelt- und Naturschutz im Landratsamt, hat die Thermen-Baustelle überprüft, nachdem der BN vor gut vier Wochen angebliche Verstöße gegen Umweltschutzauflagen bemängelt hatte. Sie habe alle Vorwürfe geprüft, aber keine Verstöße gefunden, schreibt Schmalzer nun dem BN. Sie habe mit Vertretern der Stadt die Baustelle besichtigt und dabei keine Verstöße gegen den Baumschutz gefunden, und sie werde dies auch weiterhin kontrollieren.

Schmalzer stellt dabei fest, dass die Bauarbeiten von Fachleuten des Naturschutzes begleitet werde, wie in



Das Landratsamt entkräftet alle Vorwürfe des BN gegen die Verantwortlichen der Therme. Bei den Bauarbeiten würden alle Auflagen zum Schutz des Eichenhains eingehalten.

ARCHIVFOTO: BN

der Baugenehmigung verlangt. Der BN hatte Anfang Februar das Gegenteil behauptet. Seit Beginn der Bauarbeiten sei ein Landschaftsplanungsbüro mit der sogenannten ökologischen Baubegleitung beauftragt. Vor Ort sei ein fixer Fachmann eingesetzt, den zudem ein fachkundiger Baum-

pfleger unterstütze. Die ökologische Baubegleitung binde zudem das Landratsamt „in regelmäßigen Abständen“ ein.

In ähnlicher Weise widerlegt das Landratsamt den Vorwurf des BN, die Arbeiter nähmen bei der Einrichtung der Baustelle keine Rücksicht auf die

Bäume. Tatsächlich entspreche die Lagerung von Material im Bereich der Bäume nicht einer DIN-Norm.

Aber Schmalzer urteilt: „Nicht zutreffend ist die Schlussfolgerung, dass deshalb der Baumschutz nicht gewährleistet ist.“ Denn der Boden sei wegen der jahrzehntelangen Nutzung als Parkplatz bereits versiegelt und stark verdichtet. Deshalb sei es zulässig, diesen, in Zusammenarbeit mit einem Fachgutachter als Lager zu nutzen. Das gelte erst recht für die Flächen, auf denen früher zum Beispiel die Umkleidekabinen standen. „Im Übrigen sichern Schutzzäune aus Stahlgittern die Bäume auf der Baustelle vor baubedingten Schäden“, schreibt Schmalzer.

Richtig sei es, dass Teile des Eichenhains noch als Parkplatzfläche dienen, aber auch das sei entgegen dem Vorwurf des BN kein Verstoß gegen die Genehmigung, denn demnach dürfe erst mit Inbetriebnahme der

Therme dort kein Auto mehr parken. Es sei Sache der Stadt zu entscheiden, wenn es im Eichenhain schon früher ein Parkverbot geben soll.

Fahrspuren zeugen von Autos

Richtig sei die Beobachtung des BN, dass ein Fahrweg sich durch den Eichenhain zieht. Dort fahren laut Landratsamt aber nur Pkw, was an den Fahrspuren eindeutig zu erkennen sei. Schmalzer weist deshalb die Behauptung des BN zurück, dort würden Baufahrzeuge fahren. „Aufgrund der geringen Breite des Fahrweges durch den Eichenhain hätte hier die Nutzung mit Lkws nachhaltige Spuren an den bestehenden Bäumen oder entsprechend breite Fahrspuren hinterlassen müssen. Entsprechende Hinweise haben wir aber vor Ort nicht vorgefunden“, urteilt die Naturschutz-Fachfrau. Ob und wie die Durchfahrt der Pkw dort zu verhindern ist, sei Sache der Stadt.

WA 163.19



Text
↓

Bunt und lautstark demonstrieren 400 junge Menschen in Lindenberg für Klimaschutz. Sie ziehen mit Plakaten vom Schulzentrum zum Stadtplatz, wo Ansprachen und Sprechchöre einander abwechseln. Beim Slogan „Runter mit der Kohle, hoch mit dem Klimaschutz!“ motiviert Organisatorin Lara Dietlein die durchnässten und frierenden Demonstranten zu ein bisschen Bewegung (Foto unten rechts). Fotos: Thomas Gretler

„Weil es um unsere Zukunft geht!“

Protest In Lindenberg gehen über 400 junge Leute für den Klimaschutz auf die Straße. Bei strömendem Regen ziehen sie vom Schulzentrum zum Stadtplatz und äußern ihre Forderungen in Sprechchören und auf Plakaten

Text zu

"Weil es um unsere Zukunft geht..."

VON INGRID GROHE

Lindenberg Mit 100 Teilnehmern haben die drei Organisatoren gerechnet, und jetzt stehen Lara Dietlein, Pia Dostal und David Vu vor über 400 jungen Menschen. Der strömende Regen konnte die Westallgäuer Jugendlichen nicht bremsen. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ Diesen Ruf skandieren die Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden am Startpunkt ihrer Protestkundgebung, dem Lindenerger Schulzentrum, er begleitet sie beim Zug zum Rathaus und halbt mehrmals während der gut einstündigen Kundgebung über den Stadtplatz. Gestern fand die erste „Fridays for Future“-Demonstration im Westallgäu statt.

Die Bewegung hat sich von Stockholm aus über den ganzen Globus verteilt. In über 100 Ländern weltweit gehen an diesem 15. März Schüler und Studenten auf die Straße, um von den politisch Verantwortlichen konsequenten Klimaschutz einzufordern. An diesem Freitag erhalten sie auch Unterstützung von prominenter Seite: 20 000 Wissenschaftler haben die Stellungnahme „Scientists for Future“ unterzeichnet, heute überreichen die Initiatoren, darunter Dr. Eckart von Hirschhausen, das Papier in Berlin den Schülern und Studenten.

„Wir fahren den Planeten Erde gerade an die Wand – und zwar ohne Tempolimit.“ Das sagt der Klimaforscher Hans-Joachim Schellnhuber um halb acht im TV-Morgenmagazin. Fünf Stunden später ruft Lara Dietlein auf dem Lindenerger Stadtplatz ins Mikrofon: „Wir sehen doch jeden Tag, dass der Planet immer mehr kaputt geht!“ – und die inzwischen tropfnassen Jugendlichen pfeifen und grölen. Zum Klatschen sind die Hände nicht frei, sie halten Schirme und selbst gemalte Schilder.

Ihre Empörung und ihre Forderungen drücken die Jugendlichen nicht in gemeinsam gerufenen Slogans aus, zudem haben sie auch Formulierungen auf Schilder gepinselt:

„Weil es hier um unsere Zukunft geht, und nicht um euer Geld!“

„Wir machen unsere Hausaufgaben, wenn ihr eure gemacht habt“

„Euch gehen die Ausreden aus – und uns die Zeit“

Zwischen zehn und 19 Jahre alt sind die Demonstranten, sie kommen von Mittelschule, Realschule und Gymnasium. „Die alten Leute betrifft das alles ja nicht – aber wir müssen bezahlen, wenn mit dem Klima was passiert“, nennt der zehnjährige Federico von der Mittelschule seinen Beweggrund mitzumachen. Sein Klassenkamerad Sebastian erinnert daran, dass unter

der Klimaerwärmung auch die Tierwelt leidet.

Eine Gruppe Jugendlicher debattiert über eigene Beiträge zum Klimaschutz. „Ich bin noch nie geflogen“, sagt ein Mädchen. „Wir machen nur in Deutschland Urlaub“, antwortet der zwölfjährige Josef von der Realschule. Moritz (13) und Fiona (14) fahren im Sommer oft mit dem Fahrrad von Weiler zur Realschule nach Lindenberg, ansonsten mit dem Bus. Die Gymnasialistinnen Jana und Carina (beide 13) nehmen Schraubgläser und Dosen zum Einkaufen mit, um Verpackungsmüll zu vermeiden. Auch daheim sind Klima- und Umweltschutz Thema. Fiona hat mit ihrem Vater sogar beschlossen, öfter mal

zu Fuß nach Lindenberg zu gehen. „Kreuzfahrten würde ich nie machen“, sagt Carina und erntet Zustimmung von den anderen.

Während Pappschilder aufweihen und Fahnen schlapp herunterhängen, harren die frierenden Kinder und Jugendlichen tapfer auf dem Stadtplatz aus, um den Rednern zuzuhören. Die Erwachsenen bestätigen sie in ihrem Protest. „Ihr seid die Zukunft – wir zählen auf Euch“, sagt Bürgermeister Eric Ballerstedt. Zwischen den Ansprachen nutzen die gut gelaunten Demonstranten ihre Sprechchöre auch, um sich mit Bewegung aufzuwärmen. Beim wiederholten Ruf „Runter mit der Kohle, hoch mit dem Klimaschutz!“ gehen sie in die Knie und wieder hoch.

Zitate der Redner

● „Wollt ihr ein Leben führen, das nur von Profit regiert ist? Ihr habt die Macht!“ (Dr. Herbert Barthel vom Bund Naturschutz Bayern)

● „Diejenigen, die seit Jahrzehnten nichts gegen den Klimawandel tun, sind nicht diejenigen, die darunter leiden werden.“ (Marius Krebs, Bundesfreiwilliger beim BUND Lindau)

● „Wenn man was erreichen will, muss man auch unbequem sein. Treibt die Politiker vor euch her!“ (Thomas Kühnel, Stadtrat/Grüne)

● „Wir müssen uns mit der Natur versöhnen. Wenn wir zusammenhalten – Alt und Jung – dann wird sich auch was bewegen.“ (Diakon Wolfgang Dirscherl)

● „Ich will euch auch in die Pflicht nehmen und frage nach eurem Verhalten: Braucht es wirklich alle zwei Wochen ein neues T-Shirt? Muss man wirklich alles bei Amazon bestellen oder kann man auch in der Stadt einkaufen?“ (Bürgermeister Eric Ballerstedt)

Das Angebot, selbst ans Mikrofon zu treten, nutzen nur einige Demonstrantinnen. Sie fordern „Welt retten – Kohle stoppen“ und appellieren an die Menge: „Kämpft mit uns für den Klimaschutz!“ Mit Musik hätten die Jugendlichen die gute Stimmung und die Gemeinsamkeit eigentlich noch ein bisschen genießen sollen. Doch der Regen treibt die Menge auseinander, während aus den Boxen der Song „Schöne neue Welt“ von Culcha Candela klingt mit den passenden Versen:

„Die Welt geht unter, doch bei uns is' Party-Halli-Galli

Alles im Eimer, doch wir hüpfen wie bei Dalli-Dalli

Jeder sagt es: Klima ist 'ne Riesenkatastrophe,

doch bald brauchen wir nur noch Bikini und 'ne Badehose.....“

Am Ende sind die erschöpften Organisatoren glücklich über die Resonanz ihrer Initiative. Es ist ihnen gelungen, die junge Generation im Westallgäu zu mobilisieren – mindestens so gut, wie ihren Gesinnungsgenossen anderswo: Die Schülerdemo zählt an diesem Aktionstag in Lindau 500 Teilnehmer, in Wangen 450 und in der bayerischen Hauptstadt 8000. Da braucht sich Lindenberg nicht zu verstecken. „Es wird weitere Demonstrationen geben“, kündigt Lara Dietlein an.

Lz 18.3.19



Naturschutz: Ranger sollen Gebietsbetreuer unterstützen

KREIS LINDAU (Lz) - Die Bayerischen Gebietsbetreuer haben sich zu ihrer Jahrestagung bei der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) in Laufen getroffen. Mit dabei war auch die Gebietsbetreuerin für Moore, Tobel und Bodenseeufer im Landkreis Lindau, Isolde Miller vom BUND Naturschutz. Sie wurde als Sprecherin für die schwäbischen Gebietsbetreuer

gewählt. Ein wichtiger Punkt war die Einrichtung von Naturpark-Rangern, wie sie von der Bayerischen Staatsregierung im vergangenen Jahr beschlossen wurde. Immerhin sind 24 der 56 Gebietsbetreuungen in Naturparks angesiedelt, in denen künftig 60 Naturpark-Ranger tätig sein sollen. Die Aufgabengebiete der Ranger und der Gebietsbetreuer seien ähnlich, betonte Wolfram Güthler vom Staatsmi-

nisterium für Umwelt und Verbraucherschutz. Er sah die Arbeit der Gebietsbetreuer vor allem auf der konzeptionellen und organisatorischen Ebene. Die Ranger nehmen unterstützende Tätigkeiten wahr und sind ansonsten für kontrollierende Aufgaben zuständig. Die Gebietsbetreuer begrüßten die personelle Aufstockung im Naturschutz. Da der Landkreis Lindau derzeit keinen Naturpark tan-

giert, wird dort zunächst wohl keine Ranger-Stelle eingerichtet. Eine bundesweite Aktion ist die Kartierung der Gartenschläfer. Ähnlich wie bei der Suche nach der Verbreitung der Wildkatze sollen auch dabei Ehrenamtliche eingesetzt werden, um Fotofallen und Kartierpunkte einzurichten und zu betreuen. Eine Anleitung durch die Gebietsbetreuerin ist möglich. Foto: Hannes Krauss, ANL

WA Landratsamt: 18. 3. 19 Baustelle in Ordnung

Eichwald Lindauer Behörde hat Vorwürfe des Bund Naturschutz geprüft

Lindau Das Landratsamt bescheinigt den Verantwortlichen für den Bau der Therme, dass sie die Auflagen zum Umweltschutz eingehalten haben. Das diene vor allem dem Schutz des Eichenhains. Anderslautende Vorwürfe des Bund Naturschutz seien nicht zutreffend.

Barbara Schmalzer, Leiterin des Fachbereichs Umwelt- und Naturschutz, hat die Baustelle überprüft, nachdem der BN vor gut vier Wochen angebliche Verstöße gegen Umweltschutzaufgaben bemängelt hatte. Sie habe alle Vorwürfe geprüft, aber keine Verstöße gefunden, schreibt Schmalzer nun dem BN. Sie habe mit Vertretern der

Stadt die Baustelle besichtigt und keine Verstöße gegen den Baumschutz gefunden, und sie werde dies auch weiterhin kontrollieren.

Fachleute des Naturschutzes begleiteten die Bauarbeiten, wie in der Baugenehmigung verlangt. Der BN hatte das Gegenteil behauptet. Seit Beginn der Bauarbeiten sei ein Landschaftsplanungsbüro mit der sogenannten ökologischen Baubegleitung beauftragt. Richtig sei die Beobachtung des BN, dass sich ein Fahrweg durch den Eichenhain zieht. Dort fahren laut Landratsamt aber nur Autos und keine Lastwagen, was an den Fahrspuren eindeutig zu erkennen sei. (dik/sz)

LZ BN will 19.3. Müpfegruppe 19 gründen

LINDAU (Lz) - Die Jugendarbeit der Kreisgruppe Lindau des Bund Naturschutz (BN) will eigenen Angaben zufolge wieder Fahrt aufnehmen und eine neue Müpfegruppe gründen. Dafür suchen die Jugendleiter Marius Krebs und Janek Reisel viele kräftige Mitstreiter im Alter von elf bis 15 Jahren. Das Gründungstreffen der Müpfegruppe ist am Samstag, 23. März, um 10 Uhr im Naturschutzhäusle, Lotzbeckweg 1, in Lindau.

Die Müpfe, das sind die Kinder, die langsam „aufmüpfig“ werden, sollen sich gemeinsam für den Natur- und Umweltschutz einsetzen. Dies umfasse den Erhalt und die Pflege von seltenen Tier- und Pflanzenarten im Landkreis. Zum Beispiel durch den Bau von Nisthilfen für Vögel, Fledermäuse und Insekten, aber auch durch die Pflege von Streuwiesen, damit der Lebensraum vieler Insekten und Kleinlebewesen nicht verbuscht und erhalten bleibt. Über das Jahr gesehen werden die Müpfe vorwiegend draußen in der Natur sein und auf den BN-eigenen Flächen und in den Mooren, Tobeln und am Bodenseeufer seltene Tier- und Pflanzenarten kennen und schätzen lernen, heißt es vonseiten der BN-Kreisgruppe. Außerdem ist geplant, dass die Gruppe das Angebot der Jugendorganisation des BN nutzt und den Lebensraum Fluss bei einer Kanufahrt auf der Regen kennenlernen wird. Außerdem besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einem fünftägigen Zeltlager, bei dem sich die Müpfe intensiv mit Umweltthemen befassen werden.

Anmeldung fürs Gründungstreffen unter der Nummer 08382 / 88 75 64, oder per E-Mail an lindau@bund-naturschutz.de

LANDKREIS LINDAU

Bund Naturschutz sammelt Spenden

Die Haus- und Straßensammlung des Bund Naturschutz findet von Montag, 25., bis Sonntag, 31. März, statt. Auch im Landkreis Lindau sind die Sammler unterwegs. Der BN verwendet die Spenden für seine Projekte, zum Beispiel für sein Engagement für die Rettung von Fröschen, Kröten und Molchen. Informationen dazu gibt es bei der Kreisgruppe Lindau unter Telefon (08382) 887564.

W*
22.
3.
19

LINDAUER RÜCKBLICK

BZ 23.3.19



Hilfe fürs Grüne Klassenzimmer

Schneelasten und Stürme seit Jahresbeginn machten leider auch nicht vor dem Grünen Klassenzimmer halt. So packten 13 Mädchen und Jungen der Kindergruppe des Bundes Naturschutzes Lindau nun ebenfalls mit an. Aus den vielen heruntergekommenen Ästen und Zweigen bauten sie gemeinsam mit Rosi Müller vom Grünen Klassenzimmer und der

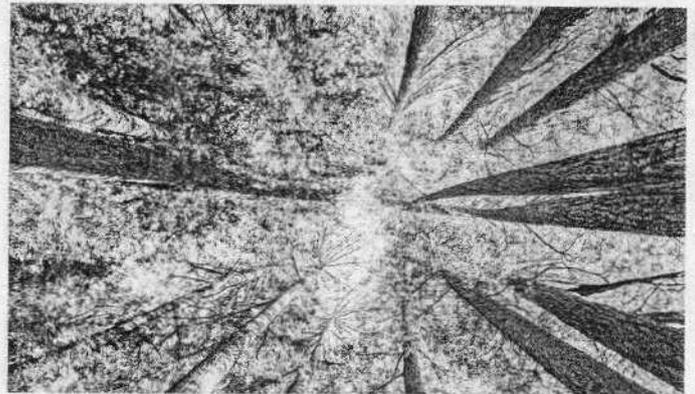
Kindergruppenleiterin Ramona Krause eine Benjeshecke. Etwa 15 Meter lang und 1,40 Meter hoch war am Ende der Wall locker aufgeschichtet. Im Handumdrehen entstand somit ein neuer Lebensraum und Schutz für zahlreiche Vogelarten, Nagetiere und Insekten.

BZ-Foto: Ramona Krause

Bund Naturschutz gründet neue Müpfegruppe

Die Jugendarbeit der Kreisgruppe Lindau des Bund Naturschutz nimmt wieder Fahrt auf und gründet eine neue Müpfegruppe. Dafür suchen die Jugendleiter Marius Krebs und Janek Reisel kräftige Mitstreiter im Alter von elf bis 15 Jahren. Das Gründungstreffen findet am Samstag, 23. März, ab 10 Uhr im Naturschutzhäusle (Lotzbeckweg 1 in Lindau) statt. Die Müpfe, das sind die Kinder, die langsam aufmüpfig werden, setzen sich gemeinsam für den Natur- und Umweltschutz ein. Auf dem Programm stehen unter anderem der Bau von Nisthilfen für Vögel, Fledermäuse und Insekten, aber auch die Pflege von Streuwiesen, damit der Lebensraum vieler Insekten und Kleinlebewesen nicht verbuscht und erhalten bleibt. Anmeldung zum Gründungstreffen und nähere Informationen unter Telefon (08382) 887564, E-Mail lindau@bund-naturschutz.de

W*
21.
3.
19



Gründung neuer Müpfegruppe

LINDAU – Die Jugendarbeit der Kreisgruppe Lindau des BUND Naturschutz nimmt wieder Fahrt auf und gründet eine neue Müpfegruppe. Dafür suchen die Jugendleiter Marius Krebs und Janek Reisel viele kräftige Mitstreiter im Alter von 11 bis 15 Jahren und laden diese zum Gründungstreffen am Samstag, 23. März, um 10 Uhr ins Naturschutzhäusle im Lotzbeckweg 1 in Lindau ein.

Die Müpfe setzen sich gemeinsam für den Natur- und

Umweltschutz einsetzten. Dies umfasst den Erhalt von seltenen Tier- und Pflanzenarten im Landkreis. Zum Beispiel durch den Bau von Nisthilfen für Vögel, Fledermäuse und Insekten, aber auch die Pflege von Streuwiesen, damit der Lebensraum vieler Insekten und Kleinlebewesen nicht verbuscht und erhalten bleibt. Desweiteren sind auch eine Kanufahrt auf dem heimischen Bodensee sowie ein fünftägiges Zeltlager geplant. Anmeldung zum Gründertreffen unter ☎ 08382/887-564.

32 23.3.19 Spenden für Projekte

Bund Naturschutz Haus- und Straßensammlung

Von 25. bis 31. März 2019 sind rund 30.000 Kinder, Erwachsene und Jugendliche in ganz Bayern unterwegs. Sie bitten um Spenden für die Projekte des Bund Naturschutz (BN).

Eines der vielen Projekte, die von der Sammelwoche profitieren, ist die jährliche Rettung von rund 600.000 Fröschen, Kröten und Molchen.

Die Amphibien haben Hilfe dringend nötig. Denn bei ihren Frühjahrswanderungen würden sonst viele von ihnen überfahren werden. Zum Glück gibt es die rund 6.000 freiwilligen Helfer des Bundes Naturschutz. Unter dem Motto „Große Taten für kleine Wanderer“ bauen sie Schutzzäune auf und helfen den Tieren über die Straßen. Es handelt sich um die größte Artenschutzaktion in Bayern.

Mit den Spendengeldern kauft der BN aber auch Schutzgrundstücke und Biotop für Tiere und Pflanzen, finanziert sein Engagement für Energie- und Klimaschutz oder für gentechnikfreie Lebensmittel.

Auch im Insektenschutz ist der Bund Naturschutz sehr aktiv. Seit Jahrzehnten setzt er sich für ökologische Landwirtschaft und den Erhalt von Naturflächen ein.

Einmal im Jahr sammeln Zehntausende von Ehrenamtlichen an der Haustüre und auf der Straße Spenden, um diese und viele weitere Projekte zu finanzieren. „Bitte helfen auch Sie mit, dass wir uns weiterhin für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen können und spenden Sie für den BN. Jeder Euro zählt!“, appelliert Peter Rottner, Landesgeschäftsführer des BN, an alle Freunde der Natur.

Spenden können auch direkt auf das Spendenkonto des BN Lindau, IBAN: DE 59 7315 0000 0000 1333 63 bei der Sparkasse MM-LI-MN mit dem Vermerk „Spende HuS-Naturschutz“ eingezahlt werden.

Auch online sind Spenden möglich.

Wer sich selbst bei der Sammelwoche für die Natur engagieren oder mehr über die Arbeit des BN wissen möchte, kann weitere Informationen über das Büro der Kreisgruppe Lindau anfordern. Bei der Kreisgruppe können sich auch alle melden, die sich selbst gerne für den Erhalt der bayerischen Natur und für eine lebenswerte Umwelt engagieren möchten unter Telefon:

0 83 82/88 75 64 oder per E-Mail: lindau@bund-naturschutz.de

BZ



Neuanlage eines Tümpels für Gelbbauchunken im Rohrachgebiet.

BZ-Foto: BN Lindau

12 23.3.19

Hotel am Beverplatz wird nur niedriger

Nach Einwänden von Bürgern verringert die Stadt das mögliche Bauvolumen

LINDAU (lz) - Nach massiven Einwänden von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange verringert die Stadt das geplante Bauvolumen auf dem Karl-Bever-Platz. Das betrifft aber nicht das Parkhaus, sondern das dort ebenfalls geplante Gebäude für ein Hotel.

Die Sitzungsvorlage für den Stadtrat am Mittwoch zeigt, dass einige Lindauer große Probleme mit der Höhe der Gebäude haben, die direkt vor der Insel geplant sind. Die Stadtplanung reagiert darauf und sieht für das Gebäude, in dem sich viele Räte ein Hotel wünschen, nur noch eine Höhe von höchstens 16,80 Meter vor. Das Parkhaus soll nach wie vor bis zu 20 Meter hoch gebaut werden. Damit gilt es rechtlich nicht als Hochhaus.

Aus der Sitzungsvorlage geht hervor, dass drei Bürger die bekannten Argumente gegen Parkhaus und Hotelgebäude vorgebracht haben. Sie kritisieren die geplanten Gebäude als zu hoch, besser wäre eine breitere Bebauung, die weniger hoch sein müsste. Dafür soll Lindau auf das Hotel verzichten. Dem hält das Bauamt entgegen, das Ziel sei neben dem Schaffen von Parkplätzen und dem benötigten Hotel auch weniger versiegelte Fläche. Und das werde trotz der beiden Neubauten erreicht. Deshalb weist das Bauamt auch den Vorwurf der Bürger und des BN zurück, das Vorhaben widerspreche dem Freiflächenplan.

Einwender setzen sich zudem mit der Frage auseinander, ob an der Stel-

le wirklich bis zu 700 Stellplätze erforderlich sind. Während die IHK diese Zahl als Untergrenze ansieht, halten ein Bürger, BN und Stadtheimatspflegerin sie für zu groß. Wie groß das Parkhaus wirklich wird, entscheidet der Stadtrat nicht am Mittwoch. Denn der Bebauungsplan soll bewusst einen Rahmen vorgeben und nennt 700 deshalb als Obergrenze. Wie viele Stellplätze es tatsächlich werden sollen, wird der Stadtrat erst entscheiden, wenn er den Bau des Parkhauses konkret ausschreibt.

Die öffentliche Sitzung des Stadtrats am Mittwoch, 27. März, im Alten Rathaus beginnt um 18.30 Uhr.

WJA 26.3.19 BN fordert: „Lasst die Blumen blühen“

Westallgäu Die Kreisgruppe Lindau des Bund Naturschutz will nicht so lange warten, bis das Volksbegehren zur Artenvielfalt konkrete Ergebnisse zeigt. Sie ruft die Bevölkerung unter dem Motto „Der Frühling ist da. Lasst die Blumen blühen. Mehr Vielfalt in Gärten und Parks“ auf, bereits jetzt die Bedingungen für Insekten, vor allem für Bienen, zu verbessern. Jeder, der einen Garten hat, kann mithelfen“, betont Kreisvorsitzender Erich Jörg. Hier ein paar Tipps:

- Rasenmäher sollten nicht sofort laufen, wenn Frühlingsschlumen aus dem Boden sprießen. Sie seien wichtige Nahrungsquellen für Insekten.
- Zumindest an den Gartenrändern Blumen blühen lassen. Es müsse nicht die gesamte Rasenfläche zu einem Einheitsrasen mit einer völligen Wertlosigkeit für Biene und Schmetterling degradiert werden.
- Die Gartenbesitzer sollten keine Pestizide einsetzen.
- Hausverwalter, die Wohnanlagen mit großen Rasenflächen betreuen, sollen die Grünanlagen zu Insektenparadiesen umgestalten.
- Der Appell der BN-Kreisgruppe geht auch an alle Städte, Märkte und Kommunen, auf ihren eigenen Grundstücken und Parkflächen die Artenvielfalt zu fördern und die Wiesen ausblühen zu lassen. (zwa)

BN sammelt Spenden

Kreisgruppe sucht Unterstützer **23.3.19**

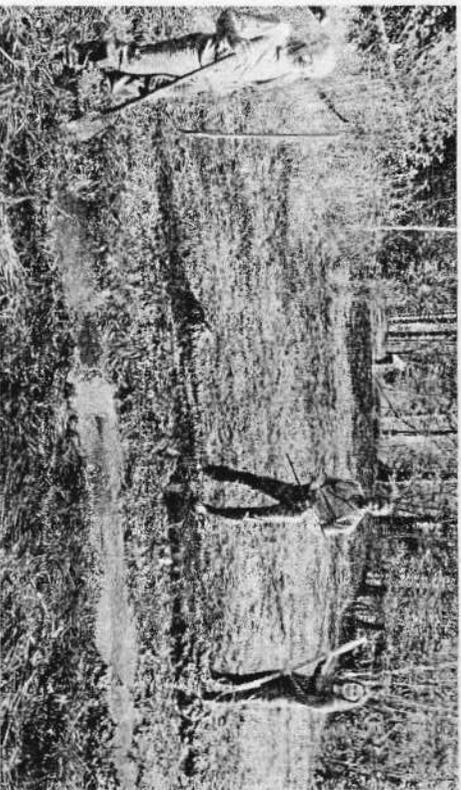
LINDAU (Lz) - In ganz Bayern machen sich in der kommenden Woche rund 30 000 Kinder, Erwachsene und Jugendliche auf den Weg, um Spenden für die Projekte des Bund Naturschutz (BN) zu sammeln. Eines der Projekte, die von der Sammelwoche profitieren, ist die jährliche Rettung von rund 600 000 Fröschen, Kröten und Molchen, heißt es in der Ankündigung des BN.

Die Amphibien hätten dringend Hilfe nötig. Denn bei ihren Frühjahrswanderungen würden sonst viele von ihnen überfahren werden, so der BN. Unter dem Motto „Große Taten für kleine Wanderer“ bauen Helfer des BN Schutzzäune auf und helfen den Tieren über die Straßen. Mit den Spendegeldern kaufe der BN auch Schutzgrundstücke und Biotope für Tiere und Pflanzen, finanziere sein Engagement für Energiewende und Klimaschutz oder für gentechnikfreie Lebensmittel. Auch im Insekten-

schutz sei der BN sehr aktiv und setze sich seit Jahrzehnten für ökologische Landwirtschaft und den Erhalt von Naturflächen ein.

Einmal im Jahr sammeln Ehrenamtliche an der Haustüre und auf der Straße Spenden, um diese und viele weitere Projekte zu finanzieren. „Bitte helfen auch Sie mit, dass wir uns weiterhin für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen können“, appelliert Peter Kottner, Landesgeschäftsführer des BN. Wer sich selbst bei der Sammelwoche für die Natur engagieren oder mehr über die Arbeit des BN wissen möchte, bekommt im Büro der Kreisgruppe Lindau weitere Informationen.

Weitere Informationen erhalten Interessierte bei Claudia Griehler unter der Telefonnummer 03382 / 88 75 64 oder per E-Mail unter lindau@bund-naturschutz.de



Neuanlage eines Tümpels für Gelbbauchunken im Rohrachgebiet.

FOTO: BN

Nicht so oft mähen **27.3.19** und gar nicht mulchen, bitte **LZ**

Im Bericht „Der Frühling ist da – lasst die Blumen blühen“, LZ vom 26. März:

Jährlich für Jahr wird mir das unbefangene Frühlingsglück bereits im April in immer umgewandelt. Wenn die Rasenflächen anfangen, wunderbar schön zu blühen, wird das bunte Leben lautstark von Rasenmähenden vernichte gemacht. Und danach wieder und immer wieder.

Ich bitte und hoffe, dass sich das Bild ändert, angesichts der dramatischen Geschwindigkeit, mit der die Natur zusammenschmilzt.

Ein entscheidender Gesichtspunkt ist allerdings auch, dass blühende Flächen, wenn sie denn zweimal dreimal im Jahr gemäht werden, in keinem Fall mit dem Mahdgut geerntet werden dürfen! Denn unter der faulenden Schicht ersticken die Pflanzen, nur robuste Gräser und einige wenige Blütenpflanzen wachsen aus der Mulchschicht heraus, dadurch und tüppig, denn sie sind ja

gut gedüngt. Da haben die Blumen und ihre Insekten in den folgenden Jahren keine Chancen mehr!

Das gilt besonders auch für die Weg- und Straßenränder, die zur Vernetzung der Lebensräume für Blumen, Schmetterlinge und Insekten unentbehrlich wären – wenn nicht beim Mähen gemulcht würde. Kommunen und Landkreise, Bundesländer und Bund müssten sofort Möglichkeiten schaffen, um das Grünzeug in Biogasanlagen zu verwerten oder zu kompostieren. Das wäre ein großer Schritt zu mehr Artenvielfalt!

Auch die zunehmende Lichtverschmutzung mit weithin strahlenden grellen LED-Lampen ist ein großes Problem geworden: Sie nehmen Wildtieren, Vögeln und Insekten die Orientierung und blenden sie, was wohl jeder Leser aus eigener schmerzhafter Erfahrung weiß.

Karin Ulich, Sigmarszell

LZ 26.3.19

Der Frühling ist da – Lasst die Blumen blühen

Bund Naturschutz in Bayern fordert wegen des Insektenschwunds mehr Vielfalt in Gärten und Parks

LINDAU (Lz) - Das Insektensterben in Deutschland hat große Teile der Bevölkerung aufgeschreckt. Durch wissenschaftliche Untersuchungen ist belegt, dass bis zu 75 Prozent der Insekten betroffen sind. Doch auch Laien können feststellen, dass es sehr viel weniger summt und brummt draußen in der Natur. Die Kreisgruppe Lindau des Bund Naturschutz (BN) in Bayern ruft die Bevölkerung unter dem Motto „Der Frühling ist da – Lasst die Blumen blühen. Mehr Vielfalt in Gärten und Parks!“ auf, jetzt schon die Rahmenbedingungen für die Insekten, vor allen Dingen für die Bienen, zu verbessern.

Die Ursachen für das Insektensterben seien vielfältiger Art, heißt es in einem Pressebericht des Bund Naturschutz. Der ungeheure Flächenfraß mit der Zerstückelung und Versiegelung der Landschaft, die Monokulturen in der Landwirtschaft und der intensive Einsatz von Pestiziden müssen nach den Erkenntnissen der Wissenschaftler als Hauptverant-

wortliche genannt werden. Wie sehr das Insektensterben die Menschen wachgerüttelt hat, zeigte das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ vor wenigen Wochen in Bayern. Nie war ein Volksbegehren im Freistaat erfolgreicher. Fast 1,8 Millionen Wahlberechtigte trugen sich in die Unterschriftenlisten ein. Nun kommt es zum Volksentscheid. Auch im Landkreis Lindau war der Andrang in den Rathäusern hoch. Fast 10 000 Landkreisbürger bekundeten ihren Willen, dem Insektensterben Einhalt zu gebieten. Der nun folgende Volksentscheid im Herbst dieses Jahres dürfte die Rahmenbedingungen für die Insektenwelt deutlich verbessern. So sind Biotopverbunde, mehr Blühwiesen, weniger Pestizideinsätze und eine ökologischere Landwirtschaft vorgesehen.

Die Kreisgruppe Lindau des BN will aber nicht so lange warten. „Jeder, der einen Garten hat, kann mithelfen“, erklärt Erich Jörg, der Vorsitzende der Kreisgruppe Lindau. So

sollten nicht sofort die Rasenmäher laufen, wenn die Frühlingsblumen aus dem Boden sprießen. Sie seien wichtige Nahrungsquellen für Insekten. „Wir dürfen nicht nur von der Landwirtschaft in dieser Hinsicht mehr einfordern“, meint der Lindauer Naturschützer in der Presseerklärung. Jeder Gartenbesitzer habe die Möglichkeit, zumindest an den Gartenrändern Blumen blühen zu lassen. Es müsse nicht die gesamte Rasenfläche zu einem Einheitsrasen mit einer völligen Wertlosigkeit für Biene und Schmetterling degradiert werden.

Bodolz und Weißensberg sind Vorbilder

Die BN-Kreisgruppe geht davon aus, dass bei der überwältigenden Unterstützung des Volksbegehrens eine große Bereitschaft vorhanden sein müsste, mit Eigeninitiativen gerade jetzt zur Frühlingszeit und angesichts der erwachenden Natur die Lebensbedingungen der Insekten zu verbessern. Der BN bittet ferner die

Gartenbesitzer, keine Pestizide einzusetzen. Ebenso werden vom BN die Hausverwalter gebeten, die Wohnanlagen mit großen Rasenflächen betreuen, im gleichen Stil die Grünanlagen zu Paradiesen für Bienen, Hummeln und Schmetterlinge umzugestalten.

Der Appell der Lindauer Kreisgruppe des Bund Naturschutz geht aber auch an alle Städte, Märkte und Kommunen des Landkreises, auf ihren eigenen Grundstücken und Parkflächen die Artenvielfalt zu fördern und die Wiesen ausblühen zu lassen. „Da gibt es bereits erfreuliche Ansätze“, stellt der Lindauer Kreisvorsitzende fest. So habe die Gemeinde Weißensberg bereits im letzten Jahr beschlossen, die Lebensbedingungen für die Insekten durch eine Extensivierung der gemeindeeigenen Grundstücke zu verbessern. Auch in Bodolz sei eine diesbezügliche Initiative gestartet worden. Der BN erwartet, dass möglichst alle Gemeinden diesen Beispielen rasch folgen.

Bild zum Text



Text: "der Frühling ist da -

lässt die Blumen blühen."



Gartenbesitzer sollten nicht sofort die Rasenmäher laufen lassen, wenn die Frühlingsblumen aus dem Boden sprießen, denn diese seien wichtige Nahrungsquellen für Insekten.

FOTO: COLOURBOX



Kinder bauen Unterschlupf für Tiere ^{LZ}

Kindergruppe des Bund Naturschutzes packt im Grünen Klassenzimmer an **29.3.19**

Schneelasten und Stürme seit Jahresbeginn machten leider auch nicht vor dem Grünen Klassenzimmer halt. So packten 13 Mädchen und Jungen der Kindergruppe des Bund Naturschutzes Lindau nun am vergangenen Donnerstag ebenfalls mit an. Aus den vielen heruntergekommenen Ästen und Zweigen bauten sie gemeinsam mit Rosi Müller vom Grünen Klassenzimmer und der Kindergruppenleiterin Ramona Krause eine Benjeshecke, benannt nach dem deutschen Landschaftsgärtner, Naturfotografen und Schriftsteller Hermann Benjes. Etwa 15 Meter lang und 1,40 Meter hoch war am Ende der Wall locker aufgeschichtet. Im Handumdrehen entstand somit ein neuer Lebensraum und Schutz für zahlreiche Vogelarten, Nagetiere und Insekten.



So jung und schon so engagiert für unsere Umwelt: Die Kindergruppe vom Bund Naturschutz Lindau.

FOTO: KRAUSE

Zur Gartenschau wird Lindau das Westufer der Hinteren Insel für Badegäste und Sonnenanbeter komplett neu gestalten 2-4-19

LINDAU (dik) - Wer baden will, soll noch einfacher in den See kommen. Andere bekommen Sitzstufen, um den Sonnenuntergang zu genießen. Und für Kinder ist ein besonderer Spielplatz geplant. Das sind die Veränderungen am Westufer im Rahmen der Gartenschau.

Das Ufer ist schon heute nicht nur bei Insulanern der beliebteste Platz, um dort abends zu sitzen und vor allem im Sommer den Feierabend zu genießen. Das soll künftig noch schöner werden, wie Meinrad Gfall beim Rundgang erläuterte. Dazu tragen vor allem die Sitzstufen bei. Im Gegensatz zu anderen Orten am Bodensee reichen die aber nicht bis ins Wasser, sondern davor ist ein Kiesstrand geplant. Gfall erklärt das mit Sicherheitsgründen, denn anders als in Bregenz soll in Lindau der Seezugang erlaubt sein. In Vorarlbergs Landeshauptstadt ist das Baden vor den Stufen wegen Unterspülgefahr verboten. In Lindau soll die Neugestaltung ja gerade den Zugang ins Wasser erleichtern. Zudem entspricht ein Kiesstrand der Natur am Bodensee, deshalb gab es für diese Planung, die fast eine Renaturierung sei, beim Rundgang ausdrücklich Lob des Bund Naturschutz.

Die Stufen sollen zudem zum Sitzen einladen – egal, ob man sein Glas Wein oder Bier selbst mitbringt oder das von dem nahen neuen Kiosk holt. Der Kiosk mit WC-Anlage entsteht übrigens nicht aus dem Budget der Gartenschau, sondern ist von der Kämmerei als Investorenmodell geplant, wie Gfall hinzufügte.

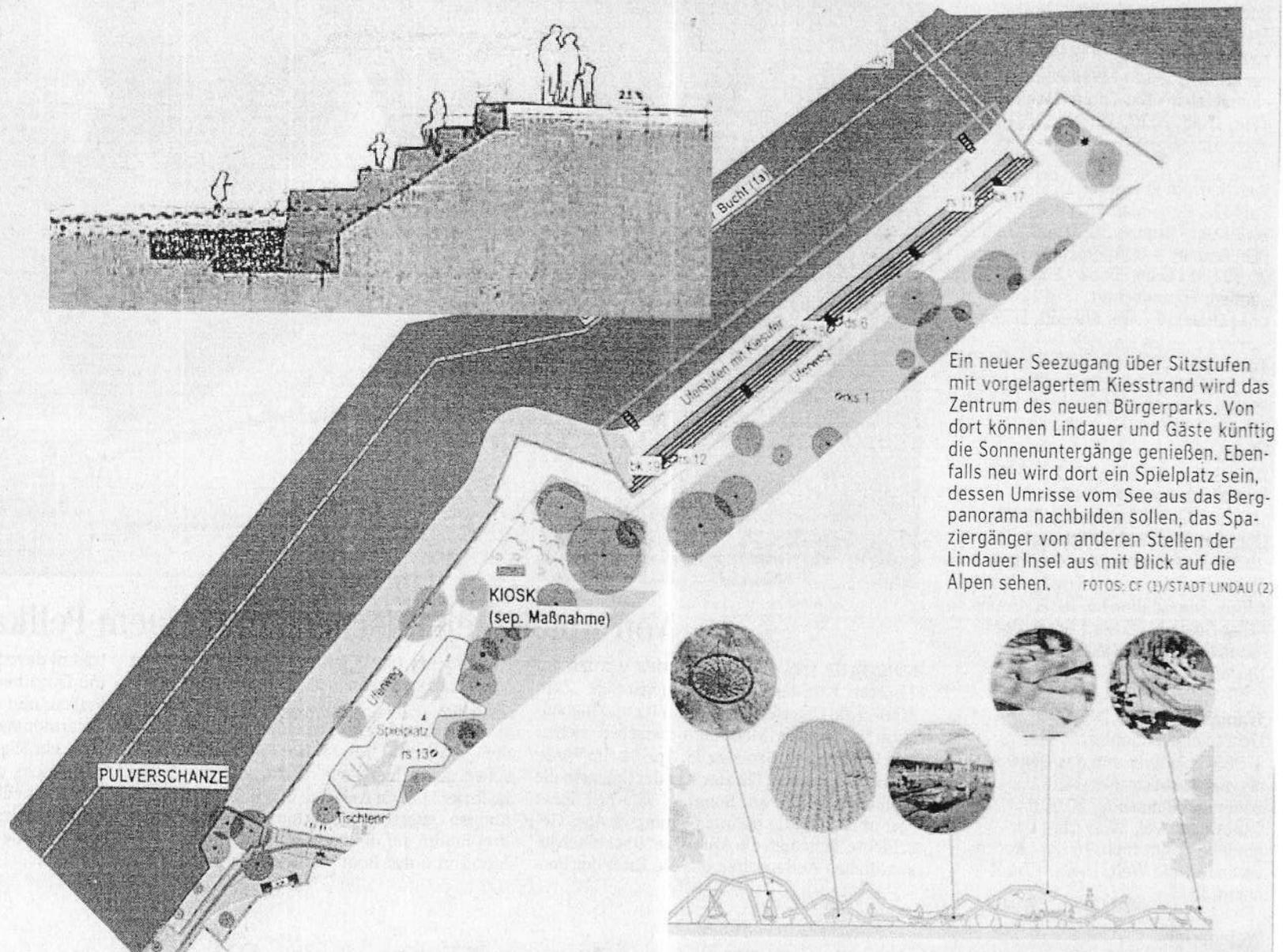
Der Stadtgärtner verteidigte zum wiederholten Mal das Fällen einiger Bäume. Die meisten seien in den 70er- und 80er-Jahren dort leider nicht so gepflanzt worden, dass sie den Anforderungen an starke Nutzung und trocken-heiße Sommer standhalten können. Deshalb sei es besser, sie jetzt zu fällen und durch

neue Bäume zu ersetzen, die dem Klima gewachsen sind. Er setze da lieber auf die Zukunft, als mit viel Mühe eine Vergangenheit zu erhalten, die nicht lohnend sei. Gfall versprach, dass mehr Bäume neu gepflanzt werden als gefällt wurden.

Ins Schwärmen geriet Gfall, als er über den neuen Spielplatz sprach, der direkt am Ufer geplant ist. Die Planer hätten sich inspirieren lassen vom Ausblick auf die Berge, den Lindauer und Gäste zwar nicht an dieser Stelle, aber von vielen anderen Orten

der Lindauer Insel haben. Einen ähnlich zackigen Anblick soll der Spielplatz künftig vom See aus bieten. Kinder können den See beim Klettern, Rutschen und Schaukeln erleben. In dem Bereich soll es zudem auch künftig Tischtennisplatten geben.

Die Lindauer Zeitung stellt im Detail vor, wie sich die Orte auf der Hinteren Insel für die Gartenschau verändern werden. Morgen lesen Sie, wie der neue Bürgerpark aussehen soll.



Ein neuer Seezugang über Sitzstufen mit vorgelagertem Kiesstrand wird das Zentrum des neuen Bürgerparks. Von dort können Lindauer und Gäste künftig die Sonnenuntergänge genießen. Ebenfalls neu wird dort ein Spielplatz sein, dessen Umriss vom See aus das Bergpanorama nachbilden sollen, das Spaziergänger von anderen Stellen der Lindauer Insel aus mit Blick auf die Alpen sehen. FOTOS: CF (1)/STADT LINDAU (2)

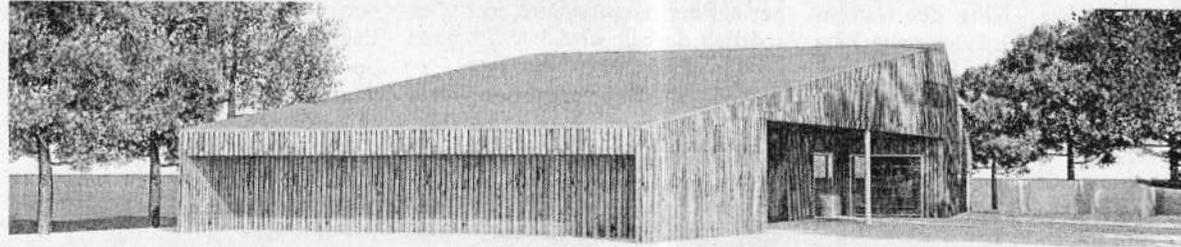
BN wettert gegen geplante Maschinenhalle des Golfclubs

Bauausschuss soll am Donnerstag über Bauantrag des Vereins auf dem Schönbühl entscheiden

LINDAU (dik) - Zum wiederholten Mal geraten Golfclub Bad Schachen und Bund Naturschutz wegen eines Bauvorhabens aneinander. Diesmal wettert der BN gegen eine geplante Maschinenhalle. Das Bauamt hält den Bau für verträglich. Am Donnerstag muss der Bauausschuss entscheiden.

Der Golfclub will auf einem bisher als Waldparkplatz oder Holzlagerplatz genutzten Grundstück eine Halle bauen, die mehr als 50 Meter lang, 20 Meter breit und acht Meter hoch sein soll. Darin will der Verein laut Sitzungsvorlage seine Traktoren, Rasenmäher und andere Maschinen für die Platzpflege unterstellen und außerdem Werkstätten, Lagerflächen und Sozialräume für die Mitarbeiter einrichten. All diese Einrichtungen seien bisher an verschiedenen Stellen des Clubgeländes untergebracht.

Vor einigen Jahren habe der Verein den Bau der Halle nahe der Bodensee-Residenz geplant, das habe das Bauamt aber wegen des Landschaftsbildes als unmöglich eingestuft. Der jetzt ge-



Der Golfclub will auf seinem Gelände eine etwa 50 Meter lange, 20 Meter breite und acht Meter hohe Maschinenhalle bauen.

VISUALISIERUNG: STADT LINDAU

plante Standort sei dagegen eingegrünt und auch von der Lage her besser geeignet. Letzte Absprache mit dem Forstamt und der Naturschutzbehörde fehlten noch, grundsätzlich hält das Bauamt den Neubau aber für genehmigungsfähig.

Dem widerspricht der Bund Naturschutz vehement. Die bisherigen Bauten und der Parkplatz des Golfclubs hätten die Natur auf dem Schönbühl erheblich geschädigt, schreibt BN-Kreisvorsitzender Erich Jörg, der im Gegensatz zum Bauamt keine Rechts-

grundlage für den geplanten Bau sieht. Jörg behauptet zudem, für den Neubau müssten sicher „viele Bäume gefällt werden“. Davon steht in der Vorlage des Bauamts nichts.

Jörg erinnert an wiederholte Diskussionen über das Grundstück des Holzlagerplatzes. Entgegen früherer Auflagen des Forstamts nutze der Verein den Platz gewerblich für Kies- und Sandablagerungen, herumfahrenden und abgestellten Baufahrzeugen und mehreren Plastikrohrstapeln und Steinplatten. Das sollte im Ausschuss

zum Thema werden: „Ein wahrer Schandfleck inmitten dieses Waldareals! Wie konnte es dazu kommen, wer hat das genehmigt?“

Die öffentliche Sitzung des Bauausschusses an diesem Donnerstag, 4. April, im Sitzungssaal der Stadtverwaltung (Toskana) beginnt um 16.30 Uhr. Weiteres Thema ist - neben verschiedenen Bausachen - der geplante Büroturm am Esso-Kreisel.

LZ 3.4.19

WESTALGÄU FLUSS 4/19 Lindauer BUND gründet eine „Müpfegruppe“

Für Kinder zwischen elf und 15 Jahren

Lindau/Westalgäu. Die Jugendarbeit der Kreisgruppe Lindau des Bund Naturschutz nimmt wieder Fahrt auf: Eine neue Müpfegruppe wurde gegründet. Laut Jugendleiter Marius Krebs und Janek Reisel ist sie gedacht für kräftige Mistrainer im Alter von elf bis 15 Jahren.

Die Müpfe, das sind die Kinder die langsam „aufmüpfig“ werden, wollen sich gemeinsam für den Natur- und Umweltschutz



lebewesen nicht verbuscht und erhalten bleibt.

Arbeit findet draussen statt

Über das Jahr gesehen werden die Müpfe vorwiegend draussen in der Natur sein und auf den BN-eigenen Flächen und in den Mooren, Tobeln und dem Bodenseufer selene Tier- und Pflanzenarten kennen und schätzen lernen.

Außerdem ist geplant, dass die Gruppe das Angebot der Jugendorganisation des BN nutzt und den Lebensraum Fluss bei einer Kanufahrt auf dem Regen kennenlernen wird.

Außerdem besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einem fünfägigen Zeltlager, bei dem sich die Müpfe intensiv mit spannenden Umweltthemen betassen werden.

INFO: Marius Krebs, Bundesfreiwilligendienstler der Bundeskreisgruppe Lindau, Telefon (083 82) 88 75 64, E-Mail: lindau@bund-naturschutz.de

BUND Naturschutz

Der BN ist mit über 230.000 Mitgliedern der größte Natur- und Umweltschutzverband Bayerns. Er setzt sich für die Heimat und eine gesunde Zukunft ein – bayerweit und direkt vor Ort. Und das seit fast 100 Jahren. Der BN ist darüber hinaus starker Partner im deutschen und weltweiten Naturschutz. Als Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist der BN Teil des weltweiten Umweltschutz-Netzwerkes Friends of the Earth International. Als starker und finanziell unabhängiger Verband ist der BN in der Lage, seine Umwelt- und Naturschutzpositionen in Gesellschaft und Politik umzusetzen.

Zweckverband geht bei Bebauungsplan auf Nummer sicher

Gewerbegebiet Argental Dem Landratsamt ist ein kleiner Verfahrensfehler aufgefallen. Der soll nun korrigiert werden

Röthenbach In Sachen interkommunales Gewerbegebiet Argental geht der Zweckverband auf Nummer sicher. Bei einer kurzen Sitzung im Röthenbacher Pfarrheim haben die Mitglieder einstimmig beschlossen, zum Bebauungsplan ein ergänzendes Verfahren einzuleiten und diesen wieder auszulegen. Damit wollen sie einem Verfahrensfehler vorbeugen.

„Gerade bei diesem Bebauungsplan schaut mancher sehr genau hin“, sagt Zweckverbandsvorsit-

zender Johannes Buhmann. Deswegen war das Landratsamt Lindau angehalten, den Plan ganz genau unter die Lupe zu nehmen. Dabei kam heraus, dass ein Bekanntmachungstext nicht exakt formuliert war.

Konkret handelt es sich um eine Anmerkung des Kemptener Amts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Thema Waldabstand. Auf den Bebauungsplan als Satzung habe das zwar keine Auswirkung, denn die Thematik sei bereits darin berücksichtigt. Aber bei der letzten

öffentlichen Auslegung habe die Information dazu gefehlt. Zudem prüft das zuständige Planungsbüro noch, ob auch eine Stellungnahme des Bund Naturschutz (BN) von 2016 in das neue Verfahren aufgenommen werden muss. Diese beschäftigte sich am Rande mit dem alten, damals noch gültigen Landesentwicklungsplan (LEP). Da vor drei Jahren bereits klar war, dass sich der LEP ändert, beschloss der Zweckverband damals, dass alle Stellungnahmen, die mit dem LEP

zu tun haben, erst abgewogen werden, wenn der neue LEP vorliegt. Seitdem wurde der Bebauungsplan überarbeitet, der BN nahm erneut Stellung.

Das Landratsamt sehe das alles als „unbeachtliche Verfahrensfehler“, sagt Buhmann. Normalerweise werde in so einem Fall ein Bebauungsplan durchgewunken. „Aber wir wollen, dass wirklich alles passt.“ Es könnte sein, dass ein Gericht einen Verfahrensfehler feststellt. Dann würde der Bebauungsplan nicht

rechtskräftig und das Verfahren müsste komplett neu aufgerollt werden. Das würde Zeit und Geld kosten. „Wir haben nichts zu verheimlichen und wollen, dass alles korrekt abläuft“, erklärt Buhmann.

Der Bebauungsplan liegt noch einmal für zwei Wochen aus. Stellungnahmen sind nur zu den neuen Ergänzungen möglich. Den Baugrund will der Zweckverband erst kaufen, wenn der Bebauungsplan in Kraft getreten ist. Dann soll auch die Erschließung beginnen. (beb)

Wst 5.4.19

LZ 8.4.19

BN-Kreisgruppe Lindau lädt zur Versammlung ein

LINDAU (Lz) - Die Kreisgruppe Lindau des Bund Naturschutz lädt für Mittwoch, 10. April, ab 19.30 Uhr zur Mitgliederversammlung in den Gasthof Köchlin in Lindau ein. Dort wird über das ereignisreiche Vereinsjahr der Aktiven des BN im Landkreis Lindau in Wort und Bild berichtet, heißt es in einer Ankündigung.

Die Kreisgruppe bekommt auch Besuch vom Landesverband. Der neue Landesbeauftragte, Martin Geilhufe, wird sich in Lindau vorstellen und Grußworte sprechen. Außerdem werden langjährige Mitglieder geehrt, und nach den üblichen Vereinsregularien steht turnusmäßig die Neuwahl des Vorstandes an. Alle Mitglieder, aber auch Interessierte an der Naturschutzarbeit sind eingeladen.

LZ 9.4.19

Vor allem Treibholz bedroht das seltene Bodensee-Vergissmeinnicht

Ein Managementplan soll den Erhalt seltener Pflanzen und Tiere am bayerischen Bodenseeufer sicherstellen

LINDAU (dik) - Das Bodensee-Vergissmeinnicht gibt es weltweit nur noch am Bodensee, nebst wenigen Exemplaren am Starnberger See. Deshalb soll ein Managementplan seinen Schutz garantieren. Die größte Gefahr geht aber nicht vom Menschen aus, sondern vom Treibholz.

Dass es in der Wasserburger Bucht kaum noch Bodensee-Vergissmeinnicht gibt, erklärt Biologe Wolfgang von Brackel mit den Treibholzmengen, die dort anlanden. Leider sei es bisher nicht gelungen, das Treibholz auf dem See einzufangen und abzutransportieren. Deshalb werden Holz und die Arbeiten zum Abtransportieren weiterhin vor allem das Ufer am bayerischen Bodensee beeinträchtigen.

Unter den etwa 40 Interessierten kam bei einer Begehung am Wäsenufer deshalb Unmut auf. Nicht nur Nonnenhorns Bürgermeister Rainer Krauß forderte den Freistaat auf, im Maßnahmenplan die Notwendigkeit festzuhalten, etwas gegen die Holzmassen zu tun, die nach starken Unwettern aus dem Rhein direkt ans

bayerische Seeufer treiben. Isolde Miller forderte, der Freistaat solle bei der Internationalen Bodenseekonferenz die Initiative ergreifen.

Denn das Treibholz hat sich bei den Untersuchungen des Biologen als das größte Problem erwiesen. Es schädigt die seltene Vegetation mehr als Menschen. Wobei vor allem die zunehmende Zahl der Lagerfeuer am Ufer auch zum Problem für Bodensee-Vergissmeinnicht, Strandling und Ufer-Hahnenfuß wird. Das Feuermachen ist am Ufer schon lange verboten, die Fachleute fordern nun aber stärkere Kontrollen.

Insgesamt sei der Zustand der Schutzflächen in der Wasserburger Bucht, in der Reutiner Bucht und am Wäsen gut bis sehr gut, urteilt der Biologe von Brackel. Deshalb fordert der Managementplan auch keine schärferen Verbote. Aber man dürfe auch nicht nachlassen. So werde es noch Jahrzehnte dauern, bis die Armleuchteranlagen sich vom lange viel zu hohen Phosphatgehalt des Bodensees erholt. Forderungen der Berufsfischer



Biologe Wolfgang von Brackel zeigt am Wäsenufer das seltene Bodensee-Vergissmeinnicht.

FOTO: DIK



Während der derzeitigen Blütezeit schützt der Landschaftspflegeverband größere Vorkommen des Bodensee-Vergissmeinnichts, damit Unachtsame diese nicht niedertrampeln oder gar durch Lagerfeuer verbrennen.

FOTO: DIK

nach erhöhtem Phosphateintrag in den See erteilte von Brackel deshalb im Gespräch mit der LZ eine klare Absage.

Die Regierung will den Plan im Landratsamt und den Rathäusern der betroffenen Gemeinden demnächst für vier Wochen auslegen. Betroffene können dann Änderungswünsche äußern. Nach Prüfung werden die eingearbeitet oder nicht, bevor der Plan in Kraft gesetzt wird.

Danach wollen sich die Behörden an die Umsetzung der Schutzmaßnahmen machen. Das gilt auch für den Plan des Vogelschutzgebiets, der vor einigen Jahren für erhebliche Unruhe am Bodensee gesorgt hatte. Der Plan ist zwar in Kraft, sagte Claudia Eglseer von der Regierung von Schwaben, die Umsetzung habe mangels Personalkapazität aber bisher noch nicht begonnen.

Jugendliche dürfen wieder wählen

Mitgliederversammlung Kreisjugendring organisiert symbolischen Urnengang vor der Europawahl. Vorsitzender sucht Nachfolger

VON CHRISTIANE LINK-RAULE

Scheidegg Zu einer entspannten Mitgliederversammlung hat der Kreisjugendring Lindau in das katholische Pfarrheim in Scheidegg eingeladen. Empfangen wurden die Delegierten und Gäste mit einem alkoholfreien Cocktail, zubereitet von Annika und Melissa aus der Gripswerkstatt, die damit gleichzeitig das neu erworbene Mix-Set für alkoholfreie Säfte, Shakes und Cocktails in Gebrauch nahmen. Diese „mobile Cocktail- und Saftbar“ ist nämlich ab sofort ausleihbar für Partys, Jugendveranstaltungen aller Art oder auch einfach mal für ein Picknick im Freien mit der Jugendgruppe.

Anja Gutermann von der Jugendberufshilfe stellte den Projektbericht 2018 vor und beeindruckte mit Erfolgswerten bei der Vermittlung von Jugendlichen in Arbeitsstellen oder in weiterführende Schulen. Gerade in der Gripswerkstatt, in der Quali-Englisch und eine Vorbereitung auf den externen Hauptschulabschluss angeboten werden, waren 17 Jugendliche zur Prüfung angetreten. Und alle haben bestanden: „100 Prozent – das ist einen Applaus wert“, meinte Jochen Schneider, Vorsitzender des KJR Lindau.

In der „klassischen“ Jugendberufshilfe von der siebten bis zur neunten Klasse wurden 368 Jugendliche betreut, 148 Mädchen und 220 Jungen. Die Kontaktaufnahme zur



Die U18-Wahl für den Landtag im Herbst kam gut an. Für die Europawahl plant der Kreisjugendring eine Wiederholung: am 17. Mai. Archivfoto: David Specht

Jugendberufshilfe findet über die Mittelschulen, die Förderzentren, Eltern oder über die Jugendlichen selbst statt. 78 davon konnten in Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden, 30 gehen auf die weiterführenden Schulen, 202 sind weiterhin in Betreuung, 50 in anderen Programmen untergekommen. Bei der „mobilen“ Jugendberufshilfe für junge Geflüchtete sind 65 in Ausbildung, 33 suchen noch.

Stellvertretende Vorsitzende Monika Hagg freute sich über die rege Beteiligung an der symbolischen U18-Wahl im Vorjahr für den Landtag, den gut besuchten Kindersporttag und die vielfältigen Angebote der Ferienfreizeiten. Auch

2019 wird eine symbolische Europawahl abgehalten: Am 17. Mai in Lindau im Pausenhof des Valentin-Heider-Gymnasiums von 10 bis 16 Uhr, in Lindenberg im Jugendhaus „Alter Bahnhof“ von 14 bis 18 Uhr.

Der Kindersporttag wird in Lindau im Stadion stattfinden, die Angebote für die Ferienfreizeiten stehen. Der Kassenbericht mit Einnahmen von rund 732.000 Euro und Ausgaben von etwas mehr als 732.000 Euro weist einen Fehlbetrag von 134 Euro auf, der aus den Rücklagen entnommen wird.

Grundschulkindern und deren Geschwisterkindern engagieren sich schon früh für den Naturschutz. Mit Begeisterung stellte Ramona Krause vom Bund Naturschutz die Kindergruppe aus Lindau vor, die sich alle zwei Wochen trifft, um „aktiv zu werden“. Zwei Elemente stehen dabei im Vordergrund: die Beobachtung der Natur und das Engagement dafür. „Die Kinder sind beispielsweise von ganz allein auf die Idee gekommen, im Wald Müll zu sammeln“, sagte Krause. Ebenso stehen Wissenswerte über Pflanzen und Tiere, deren Lebensräume und die eigene Orientierung im Wald auf dem Aktionsprogramm.

Eine Ansage in eigener Sache machte Vorsitzender Jochen Schneider: Er suche im Laufe des Jahres nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin. Ohne Stress – ganz entspannt.

Der BN-Kreisgruppe geht die Arbeit nicht aus ^{LE} 15.4.19

Bund Naturschutz zieht in seiner Hauptversammlung ein positives Resümee und ehrt verdiente Mitglieder

Von Tanja Schittenhelm

LINDAU - Der alte und neue Vorsitzende Erich Jörg ist stolz auf die vielfältigen Aktionen des Bund Naturschutz im Landkreis Lindau: Ob Pflege der Biotope oder Amphibienschutz, es fänden sich immer wieder Helfer. Das zurückliegende Jahr betrachten die Verantwortlichen des BN als eines mit Höhen und Tiefen. Die Kreisgruppe bestehe aktuell aus rund 1900 Mitgliedern. Als Höhepunkt des vergangenen Jahres gilt die Einweihung des Naturwaldreservats in der Rohrachschlucht, als erstes privates in Schwaben und als erst zweites des BUND.

Vorsitzender Erich Jörg und die rund 40 erschienenen Mitglieder gedachten zu Beginn des Abends vor allem dem verstorbenen Horst Stern, der „als Pionier des Naturschutzes“ gelte und unter anderem durch den gewonnenen „Wäsenkrieg“ vor rund 40 Jahren in Erinnerung bleibe. In seinem anschließenden Rückblick zeigte Jörg die Aktionen des BN auf und hob das Engagement der Mitglieder hervor. „Wenn es uns nicht gäbe, sähe es traurig aus“, fasste Jörg zusammen.

Für Freude sorgte das erfolgreiche Volksbegehren zur Rettung der Bienen. Negative Themen waren die Therme, wobei der BN an einer aussichtslos scheinenden Klage weiter dranbleiben möchte, sowie das Gewerbegebiet „In der Au“, welches wohl nur juristisch zu klären sei. Weiter sorgte das „nicht mehr tragbare“ Scheidegger Kunstschneedepot für Unmut, das eine Langlaufstrecke sichern soll. Sorgen bereitet Jörg aber auch der anhaltende Flächenfrass: Nach seinen Worten sind in diesem Jahr in 13 Kommunen 21 Projekte auf einer Fläche von insgesamt 42 Hektar geplant. Der BN-Vorsitzende ging aber auch auf den Stopp der Opfenbacher Umgehungsstraße ein: „Wenn man sich wehrt, kann man einiges erreichen, sonst

nicht“, sagte Jörg.

Erich Kimpfner schilderte die Aktivitäten des Arbeitskreises Ellhofen. Mit dem Landschaftspflegeverband sei der weit über 100 Jahre alte Frauenschuh-Bestand im Naturschutzgebiet Osterholz gezählt worden. Zur Freude aller sei der Bestand der geschützten Orchideenart sehr gut. Was in Ellhofen jedoch Kopfzerbrechen bereitet, sei die ansteigende Zahl der Mountainbiker im Naherholungsgebiet Tobelrandweg.

Gebietsbetreuerin Isolde Miller berichtete über das wachsende Naturwaldreservat, von Pilz-Kartierungsprojekten, der wichtigen Renaturierung der Moore und dem hauptsächlich durch Lagerfeuer und Willkür gefährdeten Bodensee-Vergissmeinnicht. Das Exkursionsprogramm des vergangenen Jahres bezeichnete sie als erfolgreich, an 19 Veranstaltungen nahmen 500 Menschen teil.

Viele Angebote für den Nachwuchs

Geschäftsstellenleiterin Claudia Grießer informierte über die Umweltbildung für Kinder und Jugend-

liche. Dazu gehörten Veranstaltungen in Schulen und Kindergärten wie die Streuobst-Schulwoche oder die Biobrot-Box in Zusammenarbeit mit dem ZAK. Daran nahmen rund 1500 Schüler teil. Die Angebote reichten bei den Erst- bis Viertklässlern von Ameisensexkursionen bis zum Bau von Wasserrädern und mit der neuen Gruppenleiterin Ramona Krause habe sich eine neue Kindergruppe gegründet. Außerdem sei die „Müpfelgruppe“ (kommt von aufmüpfig) der Zehn- bis Vierzehnjährigen sehr aktiv.

Grießer berichtete aber auch über die Zusammenarbeit zwischen dem BN und den Bauern, die durchaus funktioniere, unter anderem mit dem Artenschutzprojekt „Streuobstwiesen“, bei dem es sich um 1000 Bäume handle. Beim Amphibienschutz seien von Helfern 20 Strecken betreut und im vergangenen Jahr 4000 Tiere über die Straße getragen worden, so Grießer. Des Weiteren habe man sich bei der Biotoppflege engagiert.

Die Ehrung langjähriger Mitglieder hat beim BN Tradition. So wurden in diesem Jahr wieder Mitglieder mit der goldenen und der bronzenen

Ehrennadel geehrt, die 40 oder 25 Jahre dem Bund Naturschutz die Treue halten.

Schatzmeisterin Birgit Mäckle-Jansen vermeldete Positives: Die Kreisgruppe könne bei der derzeitigen Finanzlage beruhigt in die Zukunft blicken, ist sich aber auch darüber im Klaren, dass wohl weitere Kosten auf sie zukommen werden.

Da der Abend schon fortgeschritten war, sollten die Neuwahlen so rasch wie möglich ablaufen. Der neu gewählte und nur minimal veränderte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen. Vorsitzender bleibt Erich Jörg, sein Stellvertreter Maximilian Schuff wurde ebenfalls wiedergewählt.

Dazu kommen die Beisitzer Doreen Schuff, Angela Maichel und neu Philipp Müller. Schatzmeisterin bleibt Birgit Mäckle-Jansen, Schriftführerin ist Sonja Kugler, Delegierte sind Sarah Fehr und Klaus Burger. Die Kassenprüfung übernimmt weiterhin Stefan Hilger. Erich Jörg ließ es sich nicht nehmen darauf hinzuweisen, dass im Vorstand des BN die Frauenquote weit über 50 Prozent liegt.



Für die Zukunft neu aufgestellt: Der fast komplette neue Vorstand des Bund Naturschutz mit (von links) Philipp Müller, Doreen Schuff, Maximilian Schuff, Angela Maichel, Vorsitzender Erich Jörg und Sarah Fehr. FOTO: TAS

WEILER-SIMMERBERG

WA 17.4.19

Vortrag über ein Paradies für Insekten

Unter dem Titel „Insektenfreundlicher Garten – Ein Paradies für alle“ referiert Claudia Grießer vom Bund Naturschutz am Dienstag, 23. April, um 19.30 Uhr im Dorfstadel in Ellhofen. Veranstalter ist der Gartenbauverein Ellhofen. Eintritt frei.

LZ, 18.04.2019

BN: Kunstrasenplatz ist Gefahr für Bodensee

LINDAU (LZ) - Der Lindauer Bund Naturschutz (BN) hat Sorge, dass der geplante Kunstrasenplatz eine Gefahr für den Bodensee darstellt. Wie berichtet, soll dessen Bau im Mai beginnen. Wie ebenfalls berichtet, sind Kunstrasenplätze mittlerweile die drittgrößte Quelle für Mikroplastik.

„In Weiler wurden durch den Kunstrasenplatz bei der Schneeräumung auch die angrenzenden Flächen mit den Granulatpartikeln des Platzes verunreinigt“, schreibt der BN in seiner Pressemitteilung. Auf eine Anfrage des BN auf der Lindauer Bürgerversammlung im November habe Thomas Gläser, Geschäftsführer der Stadtwerke, erklärt, dass im Rohwasser des Bodensees bislang nur geringste Mengen von Mikroplastik festgestellt wurden. „Es ist im allgemeinen Interesse aller Bodenseeanrainer, dass dies auch so bleibt“, schreibt der BN.

Das Problem: In unmittelbarer Nähe des Stadions fließe die Ach vorbei, die in den Bodensee mündet. „Die Gefahr der Ausschwemmung von Mikroplastik in unseren Trinkwasserspeicher dürfte unausweichlich sein“, schreibt der BN. „Wie möchte die Stadt Lindau angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse mit dieser Problematik umgehen?“

LZ, 20.04.2019

ÖDP: Kein Kunststoffgranulat für Kunstrasen

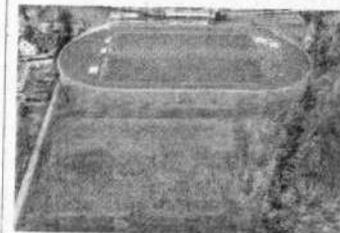
LINDAU (jule) - Der geplante Kunstrasen am Stadion verärgert einige Lindauer. Die ÖDP beantragt nun, dass dort anstelle von Kunststoffgranulat Quarzsand gestreut werden soll. Darüber soll der Stadtrat in seiner Sitzung am 29. April abstimmen.

Wie bereits berichtet, sollen die Bauarbeiten für den Kunstrasenplatz im Mai beginnen und bis zum Ende der Sommerferien abgeschlossen sein. Sowohl Schulen, als auch Vereine sollen ihn nutzen. Laut einer Pressemitteilung der Stadt wird der Bau der neuen Spielfläche ungefähr 680 000 Euro kosten. Die Regierung von Schwaben hat 140 000 Euro Fördergelder in Aussicht gestellt.

Der Lindauer Bund Naturschutz (BN) sprach sich jüngst gegen die Bauarbeiten aus und verwies auf die Gefahr, die von einem solchen Platz ausgeht. Denn wie ebenfalls mehrfach berichtet, sind solche Sportplätze laut einer Studie des Fraunhofer Instituts für Umwelt-, Sicherheit- und Energietechnik die drittgrößte Quelle für Mikroplastik in Deutschland. Der BN fürchtet nun, dass die Ach, die unmittelbar am Stadion vorbei fließt, das Mikroplastik direkt in den Bodensee transportiert. „Die Gefahr der Ausschwemmung von Mikroplastik in unseren Trinkwasserspeicher dürfte unausweichlich sein.“

Die ÖDP verweist auf das Schreiben der Naturschützer. Gerade in den vergangenen Tagen seien in den Medien verschiedene Berichte zum Zusammenhang zwischen Kunstrasenplätzen und der Verschmutzung durch Mikroplastik erschienen. Informationen, die den Beteiligten zum Zeitpunkt der Werkausschussitzung noch nicht bekannt gewesen seien. Dies lege eine Revision des Beschlusses nahe. Das Thema Mikroplastik tangiere die Bereiche Trinkwasser, Gesundheit und Artenvielfalt, da es Mensch und Tier schädige.

In einem Schreiben an Oberbürgermeister Gerhard Ecker beantragt die ÖDP daher, dass der Beschluss des GTL-Werkausschusses, für den Kunstrasen Kunststoffgranulat zu verwenden, in der Stadtratssitzung vom 29. April aufgehoben wird. Stattdessen sollen die Räte über die Verwendung von Quarzsand abstimmen.



Der Trainingsplatz im Stadion soll einen Kunstrasen erhalten. FOTO: CF

Unser geliebter

Vater und Großvater ist von uns gegangen



Gerhard Achmann

* 23.12.1931 † 25.04.2019

Wir werden Dich nie vergessen.
In Liebe und Dankbarkeit

Wolfgang und Michael mit Familie

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 10.05.2019
um 10:00 Uhr in der Kirche St. Verena, Gängle 2 88131 Lindau

Wir bitten von Blumen abzusehen, stattdessen bitte Spenden an Bund Naturschutz (BN)
Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE87 7002 0500 9300 001500 mit Kennwort Gerhard Achmann



NACHRUF

Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. trauert um sein Mitglied



Herrn Gerhard Achmann

Herr Achmann trat nach seiner Pensionierung als Diplomingenieur 1994 dem BN als Mitglied bei. Er übernahm sogleich Verantwortung im Landesverband als Landesbeirat. Dort war er von 1996 bis 2013 für die Region Bodensee-Allgäu tätig. In der Kreisgruppe engagierte er sich als Beisitzer. Intensiv kümmerte er sich um eine gesicherte Finanzlage auf Landes- wie auf Kreisebene, was besonders beim Kraftakt der Sanierung des Naturschutzhäusles sehr wertvoll war. Loyal und eloquent vertrat er den BN auf vielen Terminen inner- und außerhalb des BN. Für seine Verdienste erhielt er die Ehrennadel in Gold. Sein Wirken und seine Persönlichkeit bleiben unvergessen.

Seinen Angehörigen gilt unsere tiefe Anteilnahme.

Für den Landesverband und die Kreisgruppe
Erich Jörg, Kreisvorsitzender

12 27.4.19

BN lehnt Erweiterung im Degermoos ab

Betrieb in Hergensweiler hofft auf Änderung des Flächennutzungsplans – Doch Naturschützer warnen

Von Evi Eck-Gedler

HERGENSWEILER - Wald, Moor und Wiesen: Sie prägen das Degermoos in Hergensweiler. Aber auch ein paar Wohnhäuser stehen dort – und zwei kleine Firmen. Eine davon, ein Bagger- und Fuhrunternehmen, möchte erweitern. Dafür sollen Flächennutzungs- und Bebauungsplan geändert werden. Der Gemeinderat Hergensweiler hat das Thema Mitte April ein zweites Mal vertagt. Es geht um möglichen Lärm, aber auch um die Zufahrt. Jetzt warnt der Bund Naturschutz: „Das Degermoos ist ein höchst wertvoller Naturraum.“ Und der vertrage keine erneute Betriebs-erweiterung.

BN-Vorsitzender Erich Jörg weist in seinem Schreiben ans Lindauer Landratsamt und die Regierung von Schwaben darauf, dass „große Teile des Degermoos amtlich unter Naturschutz stehen“, Natura-2000-Gebiete sind oder zumindest als landschaftliche Vorbehaltsgebiete ausgewiesen sind. Dass der Gewerbebetrieb nun „teilweise auf diesen Vorbehaltsgebieten“ erweitern wolle, „wo normalerweise die Bewahrung der Landschaft vor allen anderen Nutzungen im Vordergrund stehen müsste“, können die Verantwortlichen der BN-Kreisgruppe Lindau nicht verstehen.

Bereits im Jahr 2006 habe man gewarnt und die erste Betriebs-erweite-

rung im Degermoos als Fehlentwicklung kritisiert, erinnert Jörg: Sie passe überhaupt nicht zu den angrenzenden Schutzgebieten. Dürfe sich der Betrieb weiter ausdehnen – mit der beantragten Bebauungsplanänderung soll ein im Außenbereich bereits errichtetes Gebäude nachträglich genehmigt werden – dann werde der Naturraum Degermoos „weiter in Mitleidenschaft gezogen“, warnt Jörg und fügt an: „Ein Fuhr- und Baggerbetrieb mit Hallen und Parkplätzen gehört einfach nicht in ein solches Gebiet.“

Der BN-Vorsitzende erinnert aber auch daran, dass er schon vor Jahren „die völlig unzureichende Verkehrs-anbindung zwischen Degermoos

und Bundesstraße 12“ bemängelt habe. Denn es gebe nur eine kleine Verbindungsstraße, die auf weiter Strecke nur rund dreieinhalb Meter breit ist. Bei großer Vorsicht würden dort ein Auto und ein Radler aneinander vorbeikommen. „Die vielfache Benutzung durch Lastwagen und schwere Baufahrzeuge kann die Straße auf Dauer nicht bewältigen“, schreibt Jörg.

BN verkauft keine Fläche für Straßenausbau

Wenn der Gemeinderat die Pläne ändere und die neue Erweiterung genehmige, dann werde „unausweichlich“ die Forderung nach einem Ausbau dieses Weges kommen. „Das wä-

re mit erheblichen Eingriffen verbunden“, die der BN nicht hinnehmen werde: Jörg verweist darauf, dass die Kreisgruppe im Degermoos ein Grundstück besitzt, das 50 Meter lang direkt an die enge Straße angrenze. „Wir haben der Gemeinde Hergensweiler schon mehrfach schriftlich erklärt, dass der BN einem Ausbau niemals zustimmen und keine Fläche zur Verfügung stellen wird“, betont der BN-Vorsitzende. Vor dem Hintergrund der „völlig unzulänglichen“ Verkehrserschließung, aber auch mit Blick auf mehr Lärm und Abgase dürfe es an dieser Stelle im Degermoos keine erneute Betriebs-erweiterung geben, ist Erich Jörg überzeugt.

BN hält Halle am Golfplatz für nicht zulässig

Nach Erich Jörgs Ansicht entschied Lindauer Bauausschuss aufgrund unvollständiger und falscher Angaben der Verwaltung

LINDAU (ee) - „Der Bau der Halle am Schönbühl ist rechtlich nicht zulässig.“ Davon ist der Vorsitzende des Bund Naturschutz im Kreis Lindau, Erich Jörg, überzeugt. Und so fordert er mit umfangreicher Begründung eine planerische und naturschutzfachliche Überprüfung - weil nach seiner Ansicht der Lindauer Bauausschuss den Antrag für diese Halle vor dem Hintergrund unvollständiger und falscher Angaben der Verwaltung genehmigt hat. Auch die Bunte Liste will das Thema Golfclub-Halle noch einmal diskutieren - denn die Forstverwaltung habe den Neubau nun abgelehnt, wie Stadtrat Uli Kaiser schreibt.

Der Bauausschuss hat das Vorhaben des Golfclubs Lindau-Bad Schachen Anfang April mit sieben zu vier Stimmen genehmigt. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass Forstamt und Untere Naturschutzbehörde dem offiziell zustimmen. Zum Zeitpunkt der Sitzung hatte die Stadtverwaltung nur von mündlichen Aussagen gesprochen.

Doch die Forstverwaltung „hat den Neubau nun abgelehnt“, wie Kaiser schreibt. Deswegen beantragt die Fraktion der Bunten, den Punkt erneut im Bauausschuss zu beraten, und zwar „unter Berücksichtigung einer Überbauung der Stellplätze im Bereich der Bodenseeresidenz beim Schloss Schönbühl“, wie es im Brief an die Stadt und OB Gerhard Ecker heißt.

Für den Bund Naturschutz ist klar: Dieses Bauvorhaben darf nicht genehmigt werden. Umfangreich schildert der Kreisvorsitzende Jörg in seinem Widerspruch, wie er die Situation rund ums Clubheim des Golfclubs sieht und warum dort keine zusätzliche Halle errichtet werden dürfe. So erinnert er daran, dass der jetzt als Bauplatz ins Auge gefasste Bereich bis Mitte der 90er-Jahre eine Waldlichtung gewesen ist.

„Dann diente er den Golfern als Ausweichparkplatz, wurde vergrößert, befestigt und teilweise mit Bitumen versehen“, schreibt Jörg.

Dabei habe die Stadt Lindau doch vom Golfclub verlangt, dass diese Fläche bis Juni 2000 wieder in den alten Zustand als Holzlagerplatz versetzt werden sollte. „Offenbar wurde der Vollzug nicht überwacht“, bedauert der Naturschützer. Und hegt den Verdacht: „Geschah das alles etwa aus einem strategischen Denken heraus, um einer zukünftigen Bebauung den Weg zu ebnen?“

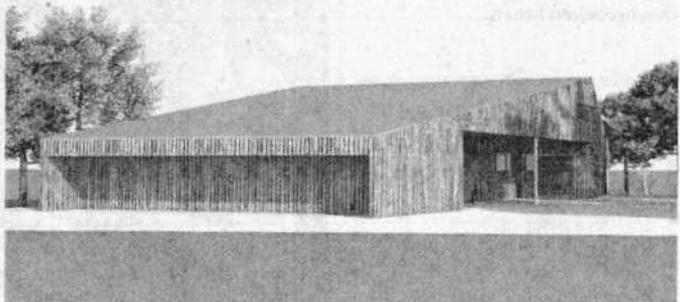
Parkplatz ist „von ausgemachter Hässlichkeit“

Klar ist für den Bund Naturschutz: „Der Golfclub ist weder ein landwirtschaftlicher noch ein forstwirtschaftlicher Betrieb und damit nicht privilegiert.“ Dass die Stadtverwaltung den geplanten Neubau der Golfer als „sonstiges Vorhaben“ einstuft, das im Einzelfall genehmigungsfähig sei, kann Jörg auch nicht nachvollziehen: Die gesetzliche Vorgabe, dass ein solches Vorhaben beispielsweise „öffentlichen Belangen wie Landschafts- und Naturschutz“ nicht widersprechen darf, sei am Schönbühl nicht gegeben: „Da beginnen die aus unserer Sicht massiven Bedenken.“

So hält der BN-Kreisvorsitzende die geplante Maschinenhalle für überdimensioniert - weil sie in den Plänen größer aussehe als das Clubhaus. Und einen baulichen Bezug zu diesem gebe es auch nicht, denn der Neubau soll etwa 400 Meter weiter entstehen.

Dabei ist jener Platz im Wald „nach unserer Ansicht nicht bebaubar“, wie Jörg schreibt. Zwar sei der jetzt dort bestehende Parkplatz, auf dem der Golfclub die Halle bauen will, „gewiss von ausgemachter Hässlichkeit“. Doch die neue Maschinenhalle „übertrifft in ihrer Störwirkung die Parkplatzwüste um ein Vielfaches“, ist Erich Jörg überzeugt. Für ihn wäre dieser Neubau ein weiterer Beleg für die Zersiedelung der Hügellandschaft am Schönbühl. Die Eigenart der Landschaft dort und deren Erholungswert würden damit deutlich eingeschränkt, so der Brief des Bund Naturschutz.

Da nun zudem das Forstamt den Hallenneubau ablehne - unter anderem wegen der Gefahr von Sturmschäden, weil die Halle sehr nah an den Waldrändern geplant sei -, muss der Beschluss des Bauausschusses von Anfang April „dringend überprüft werden“, fordert der Bund-Naturschutz-Vorsitzende.



Diese Maschinenhalle will der Golfclub Lindau-Bad Schachen bauen - der Bund Naturschutz hält das für rechtlich nicht zulässig. FOTO: ARCHITEKTUR BOSS

WA 3.5.19

Bund Naturschutz lehnt Betriebserweiterung ab

Stellungnahme Für die Pläne eines Baggerunternehmens im Degermoos müsste der Bebauungsplan geändert werden. In diesem Gebiet sollte aber laut Kreisvorsitzendem Erich Jörg die Bewahrung der Landschaft erste Priorität besitzen

Hergensweiler Wald, Moor und Wiesen prägen das Degermoos in Hergensweiler. Aber auch ein paar Wohnhäuser stehen dort – und zwei kleine Firmen. Eine davon, ein Bagger- und Fuhrunternehmen, möchte erweitern. Dafür sollen Flächennutzungs- und Bebauungsplan geändert werden. Der Gemeinderat Hergensweiler hat das Thema Mitte April ein zweites Mal vertagt. Es geht um möglichen Lärm, aber auch um die Zufahrt. Jetzt warnt der Bund Naturschutz: „Das Degermoos ist ein höchst wertvoller Naturraum.“ Und der vertrage keine erneute Betriebserweiterung.

BN-Vorsitzender Erich Jörg verweist in seinem Schreiben ans

Lindauer Landratsamt und die Regierung von Schwaben darauf, dass „große Teile des Degermoos‘ amtlich unter Naturschutz stehen“, als Natura-2000-Gebiete oder zumindest als landschaftliche Vorbehaltsgebiete ausgewiesen seien. Dass der Gewerbebetrieb nun „teilweise auf diesen Vorbehaltsgebieten“ erweitern wolle, „wo normalerweise die Bewahrung der Landschaft vor allen anderen Nutzungen im Vordergrund stehen müsste“, können die Verantwortlichen der BN-Kreisgruppe Lindau nicht verstehen.

Bereits im Jahr 2006 habe man gewarnt und die erste Betriebserweiterung im Degermoos als Fehlentwicklung kritisiert, erinnert

Jörg: Sie passe überhaupt nicht zu den angrenzenden Schutzgebieten. Dürfe sich der Betrieb weiter ausdehnen – mit der beantragten Bebauungsplanänderung soll ein im Außenbereich bereits errichtetes Gebäude nachträglich genehmigt werden – dann werde der Naturraum Degermoos „weiter in Mitleidenschaft gezogen“, betont Jörg und fügt an: „Ein Fuhr- und Baggerbetrieb mit Hallen und Parkplätzen gehört einfach nicht in ein solches Gebiet.“

Der BN-Vorsitzende erinnert aber auch daran, dass er schon vor Jahren „die völlig unzureichende Verkehrsanbindung zwischen Degermoos und Bundesstraße 12“ be-

mängelt habe. Denn es gebe nur eine kleine Verbindungsstraße, die auf weiter Strecke nur rund dreieinhalb Meter breit ist. Bei großer Vorsicht würden dort ein Auto und ein Radler aneinander vorbeikommen. „Die vielfache Benutzung durch Lastwagen und schwere Baufahrzeuge kann die Straße auf Dauer nicht bewältigen“, schreibt Jörg.

BN verkauft Grundstück nicht

Wenn der Gemeinderat die Pläne ändere und die neue Erweiterung genehmige, dann werde „unausweichlich“ die Forderung nach einem Ausbau dieses Weges kommen. „Das wäre mit erheblichen Eingrif-

fen verbunden“, die der BN nicht hinnehmen werde: Jörg verweist darauf, dass die Kreisgruppe im Degermoos ein Grundstück besitzt, das 50 Meter lang direkt an die enge Straße angrenze. „Wir haben der Gemeinde Hergensweiler schon mehrfach schriftlich erklärt, dass der BN einem Ausbau niemals zustimmen und keine Fläche zur Verfügung stellen wird“, erklärt der BN-Vorsitzende. Vor dem Hintergrund der „völlig unzulänglichen“ Verkehrserschließung, aber auch mit Blick auf mehr Lärm und Abgase dürfe es an dieser Stelle im Degermoos keine erneute Betriebserweiterung geben, ist Erich Jörg überzeugt. (ee/lx)

Weniger Verkehr durch Wendehammer im Neubaugebiet

Wohngebiet Gemeinderat Opfenbach berücksichtigt Denkmalschutzbehörde und schränkt mögliche Dachformen ein

VON OLAF WINKLER

Opfenbach Eine grüne Wiese zum Baugebiet zu machen – dass das im Jahr 2019 kein problemloser Selbstläufer mehr ist, erfährt derzeit die Gemeinde Opfenbach. Noch vor dem Einstieg in das formelle Genehmigungsverfahren liegen zahlreiche Bedenken und Anregungen für das geplante Baugebiet „Kirchhalde“ auf dem Tisch. Bereits zum wiederholten Mal hat sich der Gemeinderat damit beschäftigt und sich auch diesmal gut zwei Stunden für das Thema Zeit genommen. Vor allem die Anliegen der Hausbesitzer südlich des Baugebietes nehmen die Ratsmitglieder ernst. So lehnten sie auch alle Varianten ab, die für die bestehende Straße „Kirchhalde“ mehr Durchgangsverkehr zur Folge gehabt hätte.

Sieben Varianten stellte Planer Oliver Daeges für die Erschließung des Neubaugebietes und der dort geplanten 39 Einfamilien-, Doppel- und Mehrfamilienhäuser vor. Darunter auch Lösungen, die eine Einbahnstraßen-Regelung durch die Kirchhalde und die neue Erschließungsstraße vorsehen. Auch eine



Die Pfarrkirche prägt den Blick auf Opfenbach aus Richtung Nordwesten. Das soll auch das neue Baugebiet nicht ändern, das die Gemeinde auf den Wiesen im Vordergrund plant.

Foto: Olaf Winkler

Einbahnregelung innerhalb des Neubaugebietes könne er sich vorstellen. Doch letztlich machte der Planer keinen Hehl daraus, welche Variante er empfiehlt: Eine Erschließungsstraße, die die Waldburgstraße beim Kindergarten verlängert und sich nördlich davon nach rechts und links verzweigt. Sämtliche neue Baugrundstücke sollen so angefahren werden können. Zur Kirchhalde hin sind lediglich zwei Geh- und Radwege vorgesehen, aber keine Zufahrt für Pkw

oder Lkw zum Neubaugebiet. Die neue Erschließungsstraße soll östlich in die Straße nach Görzitz münden und westlich einen Wendehammer erhalten.

Nur diese Variante komme in Frage, so Klaus Vörös, denn: „Eine Zufahrt zum Neubaugebiet können wir den Anwohnern in der Kirchhalde nicht zumuten.“ Durch den notwendigen Wendehammer entfallen zwar ein Baugrundstück, sodass die Preise für die restlichen Grundstücke um rund 4500 Euro steigen,

aber Peter Klauber war überzeugt, dass gerade junge Familien diesen Preis gerne zahlen, wenn es dadurch auch im Neubaugebiet keinen Durchgangsverkehr gibt. Denn: „Der ist gerade für Kinder gefährlich.“ Lediglich Herbert Bader stimmte am Ende gegen diese Variante.

Ergänzend beschlossen hat der Gemeinderat auch, dass es im Kreuzungsbereich zwischen Erschließungsstraße, Kirchhalde und Waldburgstraße zwei Verkehrsinseln ge-

ben soll, um das Tempo im Straßenverkehr zu reduzieren. Die vorzeitige Beteiligung von Behörden und Verbänden brachte vor allem Bedenken seitens des Denkmalschutzes und des Bund Naturschutz zutage, so Planer Hubert Sieber. Letzterer lehnt das Baugebiet aufgrund des Verbrauchs landwirtschaftlicher Flächen ab. Die Denkmalschützer fürchten um die Pfarrkirche und deren Erscheinungsbild. Die neue Ortsrandbebauung sollte keinesfalls „in Konkurrenz zur Pfarrkirche wirken“. Das griff der Planer auf und schlug insbesondere traditionelle Dachformen im geplanten zweiten Bauabschnitt nordwestlich der Kirche vor. Hier sollen nur Sattel- und Walmdächer erlaubt sein, entschied der Gemeinderat. Mehr Freiheiten für die Bauherren wünschte sich unter anderem Christa Meller.

Erlauben will der Gemeinderat beispielsweise auch Flach- und Pultdächer in direkter Nachbarschaft zur bestehenden Bebauung. In der unteren der beiden Baureihen, die künftig die Ortsrandbebauung sein wird, sollen jedoch ebenfalls nur Sattel- und Walmdächer möglich sein.

WA 9.5.19

LZ 9.05.19
**Parkplatz ist
nicht Eigentum
des Golfclubs**

Zum Bericht „BN hält Halle am Golfplatz für nicht zulässig“, LZ vom 29. April:

Beim Lesen des Artikels über den geplanten Bau eines Betriebsgebäudes für den Lindauer Golfclub, wurde ich mit Aussagen des Stadtrats Uli Kaiser konfrontiert, die nicht nur Kopfschütteln, sondern auch Erschrecken bei mir ausgelöst haben. Wie kann es sein, dass ein Stadtrat allem Anschein nach weder das geplante Vorhaben als solches, noch die Eigentumsverhältnisse am Schönbühl im Besonderen kennt? Wie kann es sein, dass ein Stadtrat sich anmaßt, über fremdes Eigentum zu bestimmen – im konkreten Fall über meines und das vieler anderer Miteigentümer der Bodensee-Residenz Schönbühl. Ist dies schlicht mangelnder Sachverstand oder eine politische Gesinnung, die sich der aufgekommenen Enteignungsdiskussion bedient?

Die Tatsache, dass allem Anschein nach weder die Bunte Liste noch der Bund Naturschutz die Notwendigkeit dieses dringend benötigten Betriebsgebäudes an dem hierfür vorgesehenen Platz nachvollziehen können, macht deutlich, dass hier nur eine vollkommen einseitige Betrachtungsweise Grund für die Ablehnung dieses Vorhabens sein muss. Gerade Herr Kaiser müsste als Unternehmer erkennen, dass nur eine zeitgemäße Betriebsstätte ein effizientes Arbeiten ermöglicht und ein Fuhr- und Maschinenpark so untergestellt sein muss, dass alle gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich Arbeitsschutz, Garagen Verordnung etc. eingehalten werden können.

Die Tatsache, dass mehr als zehn Mitarbeiter fast hundert (!) Hektar Grünfläche, Wald und eingelagerte Gewässer mit Biotopen hegen und pflegen, müsste gerade ein Politiker der Bunten Liste von der Notwendigkeit dieses Gebäudes überzeugen – allerdings genau an dem Ort, wo es auch geplant ist.

Der Parkplatz der Bodensee-Residenz ist und bleibt allerdings das, was er ist: unser Eigentum!!!

Helmut Mayer,
Friedrichshafen

WA 11.5.19
**Bürgerinitiative:
Röthenbacher
schließen sich
zusammen
Vorbehalte gegen das
Generationendorf**

Röthenbach In Röthenbach haben sich Bürger zusammengeschlossen, die gegen das geplante Generationendorf sind. Die „Bürgerinitiative Oberhäuser“ besteht aus rund 20 Mitgliedern, die größtenteils im gleichnamigen Ortsteil wohnen und als Anwohner von dem Vorhaben unmittelbar betroffen wären, aber auch aus anderen Röthenbachern. Die BI veranstaltet am kommenden Dienstag, 14. Mai, ab 20 Uhr einen Infoabend zu dem umstrittenen Millionen-Projekt im Pfarrheim.

„Wir wollen dem Gemeinderat eine Entscheidungshilfe bieten“, sagt BI-Sprecher Werner Wegscheider. In den vergangenen Wochen hatte es viele einzelne, meist kritische Wortmeldungen zum Generationendorf gegeben, das Allgäu-Stift hinter dem Josefsheim verwirklichen möchte. Diese Argumente hat die BI nun zusammengetragen und gebündelt. Wegscheider wird sie am Dienstag präsentieren, zudem einen kurzen Abriss über die bisherigen Planungen sowie einige Bilder des Geländes, auf dem insgesamt zwölf Häuser mit 100 Wohnungen sowie ein neues Pflegezentrum entstehen soll. Als Gastredner wird Erich Jörg, der Kreisvorsitzende des Bund Naturschutz, eine Stellungnahme abgeben, zumal das Biotop und das Thema Naturschutz eine zentrale Rolle bei den Kritikern spielen. Anschließend soll es eine offene Fragerunde für alle Anwesenden geben.

Wegscheider geht davon aus, dass auch Mitglieder des Gemeinderats kommen werden. Mit dem Gremium hat die BI aber auch noch ein extra Treffen zum gemeinsamen Austausch vereinbart – am 28. Mai. Dann wird die BI auch eine Liste mit Unterschriften gegen das Vorhaben überreichen, welche derzeit in der Gemeinde kursiert. „Ein paar Hundert“ sind laut Wegscheider schon zusammengekommen.

Er betont, dass die BI eine Erweiterung des Josefsheims und den Ausbau der Pflegemöglichkeiten in Oberhäuser, beispielsweise durch betreutes Wohnen, für gut heißen. Allerdings sei man „gegen dieses Baugebiet“, sagt er und bilanziert: „Es sprechen zu viele Argumente dagegen.“ Am Dienstag werden sie zu hören sein. (bes)

Weitermachen wie bisher 27.10.19

Rohrachschlucht ist Naturhighlight – Gut 30 Waldbesitzer lassen sich Natura-2000-Managementplan vorstellen

Von Isabel Kubeth de Placido

SCHEIDEGG (Iz) - Großes Lob für die Waldbesitzer und Landwirte: Das Naturschutzgebiet Rohrachschlucht ist in einem super Zustand. Damit das für das Natura-2000-Gebiet auch so bleibt und manches für Eibe, Frauenschuh, Gelbbauchunke und Co. sogar noch besser wird, hat das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu einem Runden Tisch eingeladen. Und hat bei einem zweistündigen Rundgang durch den Wald den gut 30 Beteiligten klar gemacht, dass ohne sie nichts geht. Sind doch die vorgeschlagenen Maßnahmen für das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH) nur für Behörden verbindlich.

Der Managementplan für das Natura-2000-Gebiet macht es deutlich: Das 170 Hektar große Naturschutzgebiet Rohrachschlucht ist in einem hervorragenden bis guten Zustand. „Das ist ein Lob an die Waldbesitzer, dass sie bisher und über Generationen hinweg mit ihrer naturnahen Waldbewirtschaftung alles gut gemacht haben“, übersetzt Boris Mittermeier vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) das Fazit des Managementplans.

Den Wald bewirtschaften

Doch trotz des Lobes gibt es noch ein bisschen was zu tun. Was genau, das werden die über 30 Waldbesitzer und Landwirte im Laufe jenes Rundgangs erfahren, der sie durch den Wald mit seinen seltenen und vielfältigen Waldgesellschaften und FFH-Lebensraumtypen unweit der Kehre 6, der kurvenreichen Alpenstraße Richtung Scheidegg, führt. Für den Forstamtmann ist es nach eigenen Worten immer wieder ein „Highlight“, in der Rohrachschlucht zu



Forstmann Boris Mittermeier und seine Kollegen vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten haben gut 30 Waldbesitzern und Landwirten den Managementplan für das Natura-2000-Gebiet Rohrachschlucht vor Ort erklärt.

FOTO: ISABEL KUBETH DE PLACIDO

sein. Auch das soll dieser Rundgang bewusst machen.

Und dass es kein Nachteil ist, dass das Naturschutzgebiet über diese Schutzkategorie hinaus auch noch zum grenzübergreifenden Natura-2000-Gebiet gehört, erfahren sie ebenso. „Vieles mehr ist damit möglich“, versichert Mathias Burghard vom AELF. Denn die Ausweisung hat nicht nur eine Kartierung des Gebietes und damit die Erfassung von Pflanzen und Tieren möglich gemacht, was den Managementplan mit seinen Maßnahmenvorschlägen zur Folge hatte, sondern ist auch der Grund, weshalb zusätzlich noch Fördergelder fließen. Schließlich soll die Arbeit, die die Waldbesitzer haben, wenn sie vorgeschlagene Maßnahmen umsetzen, auch entlohnt werden. Aber, so versichert Mittermeier gleich vornweg, „es sind nur wenige Maßnahmen nötig“. Von da-

her lautet die Empfehlung: „So weitermachen wie bisher.“

Unter Buchen hindurch, vorbei an Maiglöckchen, Waldmeister, Binkelkraut, Einbeere und Türkenbund führt der Rundgang zu einem lichten Baumbestand, einem „Orchideenbuchenwald“, wie Mittermeier sagt, der den Blick freigibt auf einen Kalkfelsen, auf dem Flechten und Moose wachsen. Wie, um die Besonderheit des Ortes hervorzuheben, lässt sich ein Wanderfalke auf einer Nische nieder. Der Blick nach unten zeigt einen Frauenschuh, eine Orchideenart. Weil der Frauenschuh lichte Waldstrukturen braucht, gebe es „hier für ihn vielleicht noch ein bisschen was zu tun“, sagt Mittermeier und zeigt auf ein paar Fichten, die der seltenen Pflanze zuliebe weg könnten.

Burghard erklärt, dass dies sogar durch ein spezielles Förderpro-

gramm, das 255 Euro pro Jahr und Hektar bringt, aktiv möglich sei. Geld gibt es auch für abgestorbene Bäume. Denn das Totholz, ob stehend oder liegend, spielt im Wald eine nicht unwesentliche Rolle. Bietet es doch den sieben dort lebenden Spechtarten Nahrung und Pilzen Lebensraum. Deshalb gibt es 90 Euro pro Baum und 150 bis 195 Euro für Biotopholz. „Außenrum kann man weiter wirtschaften“, versichert Burghard.

Einen Ansporn, den Wald zu bewirtschaften, bietet auch die stark gefährdete Gelbbauchunke, von der es in der Rohrachschlucht nur 15 gibt. Weil sie wassergefüllte Fahrspuren und Wegegräben braucht, empfiehlt Mittermeier eine intensivere Befahrung der Wege mit Schleppern.

Einwände gegen den Managementplan gibt es an diesem Tag keine. Nur dann und wann ein paar Fra-

gen. Etwa, ob Waldbesitzer trotz des Managementplanes weiterhin alles wie bisher machen dürften. Wie es mit der Verkehrssicherungspflicht aussieht, wenn Totholz an Wegerändern nicht beseitigt wird. Oder, ob Waldbesitzer gar enteignet werden können.

„Wir dürfen das alles als Auszeichnung sehen und als Ansporn, den Zustand zu verbessern“, bringt Isolde Müller vom Bund Naturschutz den Managementplan auf den Punkt und erklärt, dass es lediglich darum gehe, die naturnahe Bewirtschaftung weiterhin zu pflegen und gleichzeitig Refugien zu schaffen, wo gar nichts passiere. Verbindlich sind die Maßnahmenvorschläge lediglich für Behörden. Aber, „es braucht den Menschen, um diesen Schatz als solchen zu erhalten“, sagt Peter Titzler vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

530 Unterschriften gegen Generationendorf

WT 16
03.
19

Bürgerinitiative Beim Infoabend platzt das Pfarrheim in Röthenbach aus allen Nähten. Der Bund Naturschutz bestärkt die Gegner in ihrem Tun. Auch der Bürgermeister spricht – und nimmt Stellung zur geplanten Dimension des Vorhabens

VON BENJAMIN SCHWÄRZLER

Röthenbach 470 Unterschriften gegen das Generationendorf hatte die Bürgerinitiative Oberhäuser zu Beginn ihres Infoabends beisammen. Hinterher waren es bereits 530. Das Thema bewegt die Röthenbacher. Entsprechend riesig war der Andrang: 140 Interessierte kamen ins Pfarrheim. Die ursprüngliche Bestuhlung reichte nicht aus. Kurzerhand wurden noch schnell die Zwischenwände entfernt, weitere Stühle und Bänke aufgestellt.

Werner Wegscheider, der 24 Jahre im Gemeinderat saß, führte im

Namen der Bürgerinitiative durch den zweistündigen Abend. Er fasste das bisher Geschehene und Geplante zusammen: Allgäu-Stift (Kempton) will auf einer 3,8 Hektar großen Fläche hinter dem

Josefsheim ein Generationendorf mit zwölf Häusern und 100 Mietwohnungen sowie ein neues Senioren- und Pflegezentrum errichten. Das 30-Millionen-Euro-Projekt soll mit Hilfe von Investoren finanziert werden und in mehreren Bauabschnitten innerhalb von fünf Jahren entstehen.

Dagegen regt sich Widerstand, vor allem unter den 600 Einwohnern von Oberhäuser. Rund 20 Röthenbacher haben sich zur Bürgerinitiative (BI) zusammengeschlossen. Deren gesammelte Bedenken und Kritikpunkte („eine ganze Liste“) fasste Wegscheider zusammen, darunter vor allem die geplante Größe, das zu schnelle Wachstum des Ortsteils, die Verkehrszunahme

und den Flächenverbrauch. Dabei stellte Wegscheider klar, dass die BI für den Erhalt des bestehenden Josefsheims sei, auch nichts gegen eine Erweiterung habe und die Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze sehr begrüße. Aber eben ohne das Baugebiet und seine Folgen für die 2000-Einwohner-Gemeinde.

Unterstützung erhält die BI vom Bund Naturschutz. „Das Biotop könnte sich in dieser Siedlung nicht halten“, sagte Kreisvorsitzender Erich Jörg. Anstatt eine grüne Wiese zu bebauen, sollte Allgäu-Stift seiner Meinung nach umweltfreundliche Alternativen suchen, etwa die Umnutzung bereits bestehender Flächen oder Gebäude: „In Oberstaufen steht seit vielen Jahren die Schlossbergklinik leer.“ Er verwies darauf, dass allein im Landkreis Lindau im Jahr 2018 rund 41 Hektar Bauland verplant worden seien. „Eine erschreckende Zahl“, findet Jörg. Dass sich eine Bürgerinitiative gebildet hat, sollte die Gemeinde unbedingt als „Warnruf“ verstehen. Zudem erinnerte er die Gegner daran, dass es für sie auch den Bürgerentscheid als Instrument gebe.

Eines hob Wegscheider hervor:

Das umstrittene Projekt dürfe auf keinen Fall einen Keil in die Gemeinde treiben. Fairness und Sachlichkeit seien geboten. „Wir haben keine Zweifel an unserem Gemeinderat, dass er es vernünftig entscheidet“, sagte Wegscheider. Man dürfe einzelne Personen keinesfalls unter Druck setzen – und das Generationendorf auch nicht zum Thema für die Kommunalwahl 2020 machen.

Ein gutes Dutzend Wortmeldungen

„Röthenbach ist bereits ein Generationendorf. Jung und Alt wohnen zusammen. Aber es ist eine gewachsene Struktur.“

Werner Wegscheider von der Bürgerinitiative

gen gab es – und die meisten waren ablehnend. Karin Schmidt etwa betonte, dass der Ort dringend Pflegeplätze brauche. Aber: „Ich kann nichts erkennen, was für uns von Wert ist.“ Margret Mader wünscht sich, dass das Josefsheim weiter Bestand hat, aber vor allem den Bürgern aus Röthenbach und dem Westallgäu zugute kommt – und

nicht Menschen aus Köln, Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern. Sie spielte damit darauf an, dass sich offenbar bereits Interessenten aus ganz Deutschland nach einem Platz im Generationendorf erkundigt haben. „Die Größe ist überhaupt nicht diskutabel“, sagte Helga Eckelmann. Andere äußerten ihre Zweifel am Pflegekonzept. Und Gerhard Alger vom Verein Haus & Grund gab den Hinweis in Richtung Gemeinderat, dass es seiner Erfahrung nach die angekündigten sozialen Mietpreise nur dann auch wirklich geben werde, wenn sie vertraglich fixiert seien: „Sonst können Sie das vergessen.“

Es äußerten sich aber auch Befürworter. Marita Hartmann sieht eine Chance, betreutes Wohnen so umzusetzen, wie es sein soll: „Die Leute sind bis zum Schluss in ihrer eigenen Wohnung.“ Gemeinderat Bernhard Zürn ist „von der grundsätzlichen Idee“ angetan: „Es ist bezahlbarer Wohnraum.“ Und sein Ratskollege Stephan Wagner sagte: „Über die Größe kann man diskutieren. Die Alternative, gar nichts zu machen, gibt es für mich aber auch nicht.“ Man müsse auch „an die

nächsten fünf Jahrzehnte“ denken. Er hob die gute Anbindung an Bus und Bahn hervor.

Auch Bürgermeister Stephan Höß ergriff das Wort – vor allem, nachdem ihn Anwesende dazu aufgefordert hatten, sich zu positionieren. „Wir sind noch recht offen für alles“, sagte der Gemeindechef und betonte, dass alles ein langwieriger Prozess sei und der bisher bekannte Vorentwurf noch längst nicht die endgültige Variante. Vieles sei noch recht schwammig, weshalb er derzeit keine offizielle Stellungnahme abgeben wolle. Eine konkrete Aussage ließ er sich aber entlocken: „So wie es jetzt auf dem Papier ist, ist es zu groß. Die oberen Blöcke auf der Kuppe gehen gar nicht.“ Das habe man bei einem Vor-Ort-Termin Allgäu-Stift auch mitgeteilt.

Grundsätzlich hält Höß das Generationendorf für „ein spannendes Projekt“. Er könne sich vorstellen, dass es funktioniert. Klar sei: „Wir brauchen Wohnungen für junge und alte Leute.“ Und auch für Pflegeplätze sei der Bedarf da. Das Generationendorf habe den Vorteil, dass „viele Leute auf kleiner Fläche“ wohnen können, der Landschaftsverbrauch also verhältnismäßig gering sei. In jedem Fall versprach Höß, dass es weitere Informationen und Diskussionen für und mit den Bürgern geben werde, ehe eine Entscheidung fällt. Die soll es noch in dieser Legislaturperiode geben – also spätestens im April 2020. „Wir werden nichts im stillen Kämmerlein entscheiden.“

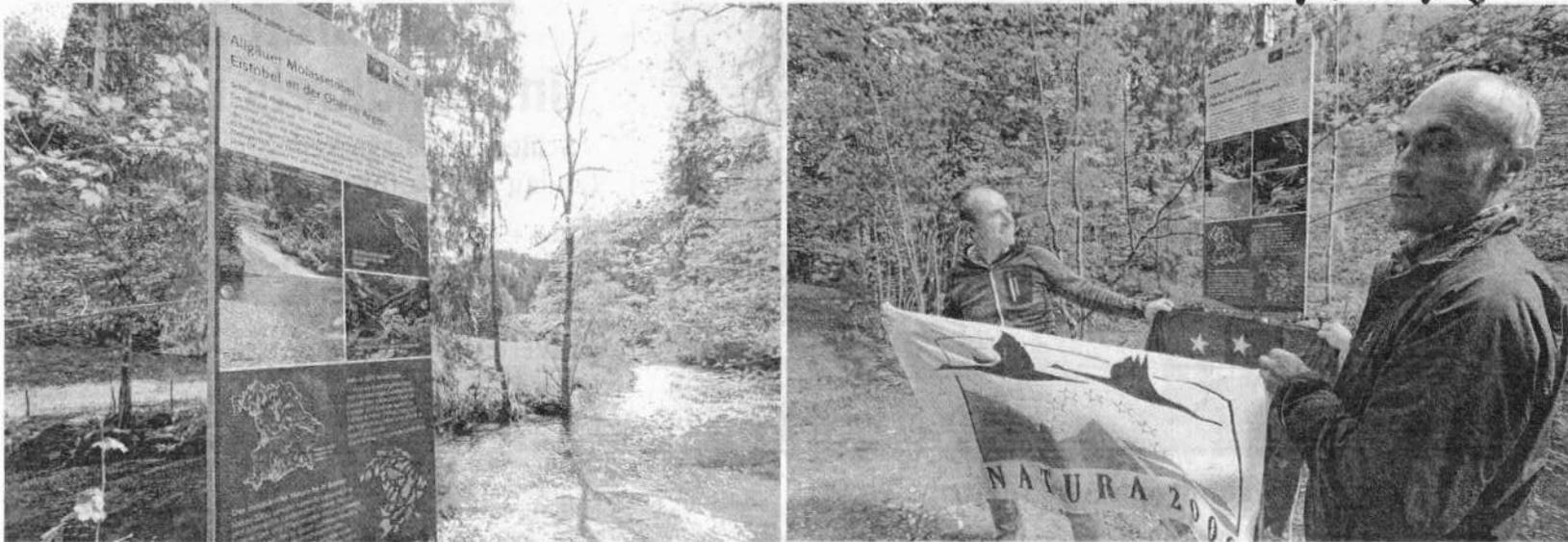
Zunächst einmal werden sich die BI und der Gemeinderat am 28. Mai austauschen. Dann werden die Projektgegner auch die gesammelten Unterschriften überreichen. Vermutlich werden es bis dahin nochmals mehr sein als die jetzt 530.



Werner Wegscheider

Einige Bedenken der Bürgerinitiative Oberhäuser gegen das Generationendorf

- Die 15 Meter hohen Häuser auf der Hangkante erzeugen aus Sicht der BI ein dominantes **Erscheinungsbild** und passen nicht in das Landschaftsbild.
- Die BI vermisst Aussagen, wo **Ausgleichsflächen** geschaffen werden.
- Bisher hat die Gemeinde das Ziel verfolgt, den Ortskern zu stärken. Mit einem großen Baugebiet in einem Ortsteil „würde man diesen Grundgedanken verlassen und die Möglichkeit der **Nahversorgung** torpedieren“.
- Die BI befürchtet, dass der rasche Zuwachs – die Gegner rechnen mit 350 zusätzlichen Bewohnern – die **Infrastruktur** der Gemeinde überlastet. Der Kindergarten sei jetzt schon zu klein, die Kläranlage stoße an Spitzentagen bereits an ihre Grenzen. Generell sieht sie „ein harmonisches Wachstum“ der Gemeinde gefährdet.
- Die BI bemängelt, dass die Gemeinde **kein Mitspracherecht** bei der Vergabe der Wohnungen hat.
- Das Baugebiet werde ein **„Dorf im Dorf“**. Die Integration vieler Neubürger könne ein Problem werden.
- Die BI befürchtet, dass vor allem Auswärtige einziehen und Röthenbach zur **„Auspendlergemeinde“** wird.
- Die BI befürchtet, dass verunreinigtes Oberflächenwasser (Streusalz, Reifenabrieb) in das **Biotop** gelangt.
- Der **Verkehr** dürfte laut BI zunehmen – und die Zahl der geplanten **Parkplätze** nicht ausreichen. (bes)



Mit Stolz enthüllten der Grünenbacher Bürgermeister Markus Eugler (links) und sein Amtskollege aus Maierhöfen, Martin Schwarz, die neue Informationstafel im Eistobel. Diese soll auch Werbung für die Natura-2000-Idee des Erhalts von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen machen.

Fotos: Olaf Winkler

Ein Prädikat für gelebten Umweltschutz

Natura 2000 Im Eistobel zwischen Maierhöfen und Grünenbach ist das älteste Naturschutzgebiet im Landkreis. Jetzt informiert ein neues Schild über die Bedeutung des Lebensraums – und wirbt damit für eine europäische Idee

VON OLAF WINKLER

Maierhöfen/Grünenbach Susanne Kuffer vom Natura-2000-Team der Regierung von Schwaben macht keinen Hehl daraus: „Die Bevölkerung weiß entweder nichts von Natura 2000 oder hat nur von möglichen Einschränkungen gehört.“ Das soll sich ändern. Bundesweit gibt es seit kurzem eine Öffentlichkeitskampagne, die mit Filmen, Plakaten, Veranstaltungen, Broschüren und nicht zuletzt mit Informationstafeln auf Natura-2000-Gebiete aufmerksam machen soll. Im Landkreis gehören dazu zwei Bereiche: das Rohrach mit den Scheidegger Wasserfällen und der Allgäuer Molassestapel mit dem Eistobel als touristisch erschlossenes Kerngebiet.

„Ganz meine Natur“ ist das Motto der Kampagne, die verdeutlichen soll, dass die Natura-2000-Gebiete dazu ausgewiesen wurden, um die Natur auch und gerade für den

Menschen zu erhalten. Das zeigt sich im Eistobel in besonderer Weise: Denn das in den meisten Bereichen sich selbst überlassene Gebiet lässt sich durchwandern. Der Mensch kann also das Zusammenspiel von Wasser, Pflanzen und Tieren erleben. Bereits 1970 wurde der Eistobel als Naturschutzgebiet ausgewiesen – und ist damit das älteste seiner Art im Landkreis, wie Markus Schweighöfer von der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt weiß. Heute ist das rund 70

Hektar große Gebiet Teil des Natura-2000-Bereiches „Allgäuer Molassestapel“, das 937 Hektar umfasst.

Für diesen Bereich erstellt die Regierung von Schwaben derzeit den Entwurf eines Managementplans. Er soll noch heuer vorgestellt und mit betroffenen Behörden und vor allem den Grundeigentümern diskutiert werden. Der Plan soll mögliche Maßnahmen auflisten, die zu einer weiteren Aufwertung des Gebietes führen könnten. „Das alles wird auf freiwilliger Basis erfolgen“,

stellt Susanne Kuffer heraus. Allerdings dürfen Grundeigentümer, die sich beispielsweise dem Vertragsnaturschutzprogramm anschließend mit Zuschüssen rechnen – wenn sie ihre Flächen bewusst nicht mehr bewirtschaften. Maierhöfens Bürgermeister Martin Schwarz ist diesen Weg gegangen: Er hat seine Waldflächen, die im Bereich des Eistobels liegen, in das Programm eingebracht und sich verpflichtet, auf Baumaßnahmen in den nächsten zwölf Jahren zu verzichten.

So wichtig Schwarz und seinem Grünenbacher Amtskollegen Markus Eugler die Möglichkeit ist, dass Besucher den Eistobel als Naturschutzgebiet erleben können: Die Grenzen der Belastbarkeit sehen beide erreicht. Schwarz ist zugleich Vorsitzender der Fördergemeinschaft Eistobel, die sich unter anderem um die Wanderwege kümmert. 80.000 zahlende Besucher kamen allein im letzten Jahr. Bewusst mache die Fördergemeinschaft keine Werbung mehr, um weiter auf sich aufmerksam zu machen. Schon heute sei die Situation an manchem Sonntag „schwierig, denn da strömen die Massen“, so Schwarz.

Für ihn ist das neue Natura-2000-Schild ein „Prädikat“, das ausdrücke, dass die Verantwortlichen seit Jahrzehnten richtig gehandelt und den Eistobel in seinem natürlichen Zustand erhalten haben. Genau das sei das Ziel der Natura-2000-Idee, so Susanne Kuffer.

Hintergrund: Natura 2000

● Die Europäische Union hat 1992 das Natura-2000-Konzept beschlossen. Es umfasst Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH), in denen es um den länderübergreifenden Schutz gefährdeter Tier- und Pflanzenarten geht sowie Schutzgebiete gemäß

der Vogelschutzrichtlinie. Aktuell sind rund 18 Prozent der Landfläche der EU als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen.

● Ziel ist vor allem auch der Artenschutz, denn Natura-2000-Gebiete sollen dazu beitragen, den Verlust an

biologischer Vielfalt zu stoppen. Innerhalb der Gebiete gilt ein Verschlechterungsverbot. Zudem gibt es zahlreiche Förderprogramme, die Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Gebiete ganz oder teilweise finanzieren. (owi)

Stadt: Sorge über Straßenbelag unbegründet **L2 18.5.19**

Die auf der Baustelle an der Inselhalle verwendete Epoxitharzmischung ist, richtig angemischt und aufgebracht, laut Hersteller unbedenklich

LINDAU (scb) - Jedes Jahr werden dem Bodensee rund 180 Millionen Kubikmeter Wasser zur Trinkwasserversorgung von mehr als vier Millionen Menschen rund um den See entnommen, mehr als 400 Vogelarten haben hier ihr Zuhause und rund 45 Fischarten tummeln sich in Deutschlands größtem Binnengewässer. Kein Wunder also, dass es den Bund Naturschutz aufschreckte, als am Rand der Baustelle nahe der Inselhalle Fässer mit Epoxitharz und Härter für eben jenes Material am Straßenrand auftauchten.

Die Beschriftung „Giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung“ und der dazugehörigen Bebilderung als gesundheitsgefährdend und ätzend ließ endgültig die Alarmglocken klingeln. Mit dem Epoxitharzmischungs wird die Asphaltschicht des Straßenbelags versiegelt. „Da diese Materialien in unmittelbarer Nähe

zum Trinkwasserspeicher Bodensee ausgebracht werden sollen, hat uns der Hinweis aufgerüttelt und in Aufregung versetzt“, schreibt Erich Jörg, Kreisvorsitzender des Bund Naturschutz, Kreisgruppe Lindau in seiner Mail an Stadt und Presse. Und weiter: „Auch wenn das Material nach Aushärtung angeblich fest gebunden ist, könnte die Gefahr bestehen, dass nach langer Zeit der intensiven Belastung durch den Verkehr und die Sonneneinstrahlung, Regen und Frost Auflösungserscheinungen auftreten“, beschreibt Jörg seine Sorgen um die Verwendung des Materials.

Eine Sorge, die laut Pressestelle der Stadt Lindau unbegründet ist. „Wir haben uns bewusst für dieses Material entschieden, da es ansonsten beim Autobahnbau und für Landebahnen auf Flughäfen verwendet wird, weil es eben keinen Abrieb hat“, erklärt Jürgen Widmer, Presse-

sprecher der Stadt Lindau. Die Unbedenklichkeit der Verwendung bestätigt ein Schreiben der Herstellerfirma Possehl Spezialbau, die in ihrem Brief schreibt: „Nach der Mischung und Aushärtung der Einzelkomponenten ist das Produkt physiologisch unbedenklich. Ausgehärtete Produktreste können zusammen mit Hausmüll oder unter Abfallschlüsselnummer 20 03 01 ‚Gemischte Siedlungsabfälle‘ enddeponiert oder in einer geeigneten Müllverbrennungsanlage entsorgt werden.“ Die Mischung der teilweise als Gefahrgut eingetragenen Einzelkomponenten erfolge „auf einem speziellen Fahrzeug oder mittels Unterlage abgedichteten Mischplatzes unter Beachtung der allgemeinen Schutzvorschriften“. Einer Verwendung in der Wasserschutzzone spreche daher „nichts entgegen“.

Das Unternehmen verweist darauf, dass eben jener Belag bereits im



Die roten und blauen Fässer mit Epoxitharz und Härter, welche für die Versiegelung des Straßenbelags verwendet werden, sorgen unter Naturschützern für Aufruhr. FOTO: SCB

Rahmen der Landesgartenschau Bad Nauheim 2009 im Heilquellenschutzgebiet des Kurparks, 2011 in Wasserschutz-Bereichen der BUGA

in Koblenz, sowie 2014 im Rahmen der Landesgartenschau in den Wasserschutz-Bereichen in Deggendorf und Gießen aufgebracht wurde.

Den Biber in Bodolz erstmal beobachten

BODOLZ (isa) - Nicht beobachten, sondern lieber gleich ganz genau hinschauen, das will die Gemeinde Bodolz bei ihrem vierbeinigen Neubürger, dem Biber:

Ratsmitglied Gebhard Marté hat das Thema bei der letzten Gemeinderatssitzung mit der Nachricht eröffnet: „Die Gemeinde Bodolz hat jetzt ihren eigenen Biber. Der wütet am Mühlebach und ist sehr fleißig.“ Was zumindest Christan Ruh nicht neu war. Der Bürgermeister hatte sich bereits bei der Unteren Naturschutzbehörde erkundigt, wie mit dem besonders geschützten Tier umzugehen sei. Die Antwort habe gelautet, dass Überschwemmungen einschädiger würden. Sollte Gefahr in Verzug sein für Häuser und Brücken etwa, dürfte der Biber, nach einer Beurteilung von Fachleuten, umgesiedelt werden, berichtete Ruh dem Gremium. Die Behörde habe ihm daher empfohlen, die Aktivitäten des Nagers erst einmal zu beobachten.

Womit Marté allerdings nicht einverstanden war. Wegen des besonderen Verlaufs des Mühlebachs und dem Umstand, dass der Biber die Kreuzung Mühlebach-Rickenbach für seine Staudämme ausgesucht habe, so dass der Mühlebach schon jetzt nicht mehr fließt, wollte der Gemeinderat es nicht beim bloßen Beobachten belassen. Hinzu komme noch, so ergänzte er, dass der Nager schon Schäden an Obstbäumen verursacht habe. Bürgermeister Christan Ruh versprach wegen dieser Bedenken es nicht länger beim Beobachten zu belassen, sondern mit der Behörde einen Termin für eine Ortsbesichtigung zu vereinbaren.

L2 18.5.19

Bund Naturschutz äußert Bedenken gegen Baustoff

WA 20.05.19

Trinkwasser Direkt neben dem Bodensee kommt Epoxitharz auf den Asphalt. Laut Stadt und Hersteller ist es undenklich

Lindau Jedes Jahr werden dem Bodensee rund 180 Millionen Kubikmeter Wasser zur Trinkwasserversorgung von mehr als vier Millionen Menschen rund um den See entnommen, mehr als 400 Vogelarten haben hier ihr Zuhause und rund 45 Fischarten tummeln sich in Deutschlands größtem Binnengewässer. Kein Wunder also, dass es den Bund Naturschutz aufschreckte, als am Rand der Baustelle nahe der Lindauer Inselhalle Fässer mit Epoxitharz und Härter für eben jenes Material auftauchten.

Die Beschriftung „Giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung“ und der dazugehörigen Bebilderung als gesundheitsgefährdend und ätzend ließ bei den Naturschützern die Alarmglocken klingeln. Mit dem Epoxitharzge-

misch wird die Asphaltenschicht des Straßenbelags versiegelt. „Da diese Materialien in unmittelbarer Nähe zum Trinkwasserspeicher Bodensee ausgebracht werden sollen, hat uns der Hinweis aufgerüttelt und in Aufregung versetzt“, teilt Erich

Jörg, Kreisvorsitzender des Bund Naturschutz, mit. Und weiter: „Auch wenn das Material nach Aushärtung angeblich fest gebunden ist, könnte die Gefahr bestehen, dass nach langer Zeit der intensiven Belastung durch den Ver-

kehr und die Sonneneinstrahlung, Regen und Frost Auflösungserscheinungen auftreten.“

Eine Sorge, die laut Pressestelle der Stadt Lindau unbegründet ist. „Wir haben uns bewusst für dieses Material entschieden, da es ansonsten beim Autobahnbau und für Landebahnen auf Flughäfen verwendet wird, weil es eben keinen Abrieb hat“, erklärt Jürgen Widmer, Pressesprecher der Stadt Lindau. Die Unbedenklichkeit der Verwendung bestätigt ein Schreiben der Herstellerfirma: „Nach der Mischung und Aushärtung der Einzelkomponenten ist das Produkt physiologisch unbedenklich. Ausgehärtete Produktreste können zusammen mit Hausmüll oder unter Abfallschlüsselnummer 20 03 01 ‚Gemischte Siedlungsabfälle‘ enddeponiert oder

in einer geeigneten Müllverbrennungsanlage entsorgt werden.“ Die Mischung der teilweise als Gefahrstoff eingestuften Einzelkomponenten erfolge „auf einem speziellen Fahrzeug oder mittels Unterlage abgedichteten Mischplatzes unter Beachtung der allgemeinen Schutzvorschriften“. Einer Verwendung in der Wasserschutzzone spreche daher „nichts entgegen“.

Das Unternehmen verweist darauf, dass der Belag bereits im Rahmen der Landesgartenschau Bad Nauheim 2009 im Heilquellenschutzgebiet des Kurparks, 2011 in Wasserschutz-Bereichen der Bundesgartenschau in Koblenz und 2014 im Rahmen der Landesgartenschau in den Wasserschutz-Bereichen in Deggendorf und Gießen aufgebracht worden sei. (scb/sz)



Die roten und blauen Fässer mit Epoxitharz und Härter auf der Baustelle nahe der Inselhalle sorgen unter Naturschützern für Aufruhr. Foto: scb

Rohrachschlucht in gutem Zustand WA 21.05.19

Natur Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stellt auf einem Rundgang Waldbesitzern den Natura-2000-Managementplan vor. Vieles kann laufen wie bisher, aber es gibt auch Verbesserungsvorschläge

VON ISABEL KUBETH DE PLACIDO

Scheidegg Unter Buchen hindurch, vorbei an Maiglöckchen, Waldmeister, Bingelkraut, Einbeere und Türkenbund führt der Rundgang in der Rohrachschlucht zu einem lichten Baumbestand, der den Blick freigibt auf einen Kalkfelsen, auf dem Flechten und Moose wachsen. Wie um die Besonderheit dieses Ortes hervorzuheben, lässt sich ein Wanderfalke auf einer Nische nieder. Der Blick nach unten zeigt einen Frauenschuh, einer jener Orchideenarten, die in dem Gebiet zu finden sind.

Das Naturschutzgebiet Rohrachschlucht ist in einem guten Zustand. Das zeigt sich nicht nur beim Rundgang, sondern auch auf dem Papier. „Das ist ein Lob an die Waldbesitzer, dass sie bisher und über Generationen hinweg mit ihrer naturnahen Waldbewirtschaftung alles gut gemacht haben“, fasst Boris Mittermeier vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) den Managementplan Natura-2000 zusammen. Natura 2000 ist ein EU-Projekt, das ein Netz aus Schutzgebieten forciert, um den Lebensraum von Pflanzen- und wildlebenden Tierarten zu erhalten.

Damit die Lebensbedingungen im Gebiet Rohrachschlucht für Eibe, Frauenschuh und Gelbbauchunke sogar noch besser werden, hat das AELF zu einem Runden Tisch eingeladen und bei einem zweistündigen Rundgang durch den Wald den gut 30 beteiligten Waldbesitzern klar ge-



Forstmann Boris Mittermeier (rechts) und seine Kollegen vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten haben gut 30 Waldbesitzern und Landwirten den Managementplan für das Natura-2000-Gebiet Rohrachschlucht erklärt.

Foto: Isabel Kubeth de Placido

Für Mathias Burghard vom Forstamt ist es immer wieder ein „Highlight“, sich durch die Rohrachschlucht zu bewegen. Es sei kein Nachteil, dass das Naturschutzgebiet über diese Schutzkategorie hinaus auch noch zum grenzübergreifenden Natura-2000-Gebiet gehört, sagt Burghard. „Vieles mehr ist damit möglich.“ Die Ausweisung als Natura-2000-Gebiet habe nicht nur eine Kartierung des Gebietes und damit die Erfassung von Pflanzen und Tieren möglich gemacht, sondern auch Fördergelder. Schließlich soll die Arbeit, die die Waldbesitzer

Maßnahmen umsetzen, auch entlohnt werden. Aber, versichert Mittermeier vom AELF vorneweg, „es sind nur wenige Maßnahmen nötig“. Von daher lautet die Empfehlung größtenteils: „So weitermachen wie bisher.“

Totholz spielt eine wichtige Rolle

Weil der Frauenschuh lichte Waldstrukturen braucht, gebe es hier etwas zu tun, sagt Mittermeier und zeigt auf ein paar Fichten, die der seltenen Pflanze zuliebe weg könnten. Burghard erklärt, dass dies sogar durch ein spezielles Förderpro-

jekt Hektar bringt, möglich sei. Geld gibt es auch für abgestorbene Bäume. Denn das Totholz, ob stehend oder liegend, spielt im Wald eine nicht unwesentliche Rolle. Bietet es doch den sieben hier lebenden Spechtarten Nahrung und Pilzen Lebensraum. „Außenrum kann man weiter wirtschaften“, versichert Burghard.

Einen Ansporn, den Wald zu bewirtschaften, bietet auch die stark gefährdete Gelbbauchunke, von der es in der Rohrachschlucht nur 15 gibt. Weil sie wassergefüllte Fahrspuren und Wegegräben braucht,

siver mit Schleppern zu befahren. „Wir dürfen das alles als Auszeichnung sehen und als Ansporn, den Zustand zu verbessern“, bringt Isolde Miller vom Bund Naturschutz den Managementplan auf den Punkt und erklärt, dass es lediglich darum gehe, die naturnahe Bewirtschaftung weiterhin zu pflegen und gleichzeitig Refugien zu schaffen. Verbindlich sind die Maßnahmevorschläge lediglich für Behörden. Aber, „es braucht den Menschen, um diesen Schatz als solchen zu erhalten“, wie Peter Titzler vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und

Neue Broschüre für Streuobstwege

LINDAU (Lz) - Die Broschüre mit den sieben Streuobst-Wanderwegen im Landkreis Lindau wurde im frischen Layout neu aufgelegt und ist in den lokalen Tourist-Informationen kostenlos erhältlich.

Gemeinsam mit dem Bund Naturschutz wurden in der Vergangenheit sieben Streuobst-Wanderwege vom Westallgäu bis zum Lindauer Bodensee konzipiert und ausgeschildert. Ziel ist es, den Gästen und der Bevölkerung den Wert des Streuobstes als Kulturlandschaft näherzubringen und diese nachhaltig zu schützen, heißt es in einer Mitteilung des Landratsamtes. Auf den sieben einheitlich markierten Touren zwischen 5,3 und 10,8 Kilometern Länge erhalten die Wanderer auf Informations- und Sortentafeln Hinweise rund um Anbau, Bedeutung und Vielfalt des Streuobstes. Jede Route ist einem bestimmten Thema gewidmet. Beispielsweise geht es um Streuobst in den Allgäuer Hochlagen, um neue Chancen und Wege im Streuobstbau oder um den Obstbau im Wandel.

Inzwischen erfolgte eine Neuaufgabe der Broschüre mit Wissenswertem rund um das Thema „Streuobst“ durch das regionale Tourismusmanagement des Landkreises Lindau. Der Leser erhält im übersichtlichen und frischen Layout Informationen zu allen Touren sowie ein passendes Verzeichnis der Direktvermarkter, bei denen hausgemachte und regionale Produkte erhältlich sind, heißt es weiter.

LZ
23.
05.
19

Die 52-seitige Broschüre ist bei den örtlichen Tourist-Informationen kostenlos erhältlich. Alle Strecken und weitere Wanderungen und Radtouren sind auch online abrufbar unter www.touren.landkreis-lindau.de



So sieht die neue Wander-Broschüre aus. FOTO: LANDRATSAMT

LZ 22.5.19 530 Unterschriften gegen Oberhäuser Generationendorf

RÖTHENBACH (bes) - 470 Unterschriften gegen das Generationendorf hatte die Bürgerinitiative Oberhäuser kürzlich zu Beginn ihres Infoabends beisammen. Hinterher waren es bereits 530. Das Thema bewegt die Röthenbacher derzeit. Entsprechend riesig war der Andrang: 140 Interessierte kamen ins Pfarrheim. Die ursprüngliche Bestuhlung reichte nicht aus. Kurzerhand wurden noch schnell die Zwischenwände entfernt, weitere Stühle und Bänke aufgestellt.

Werner Wegscheider, der 24 Jahre im Gemeinderat saß, führte im Namen der Bürgerinitiative durch den zweistündigen Abend. Er fasste das bisher Geschehene und Geplante zusammen: Allgäu-Stift (Kempten) will auf einer 3,8 Hektar großen Fläche hinter dem Josefsheim ein Generationendorf mit zwölf Häusern und 100 Mietwohnungen sowie ein neues Senioren- und Pflegezentrum errichten. Das 30-Millionen-Euro-Projekt soll mithilfe von Investoren finanziert werden und in mehreren Bauabschnitten innerhalb von fünf Jahren entstehen.

Dagegen regt sich Widerstand, vor allem unter den 600 Einwohnern von Oberhäuser. Rund 20 Röthenbacher haben sich zur Bürgerinitiative (BI) zusammengeschlossen. Deren gesammelte Bedenken und Kritikpunkte („eine ganze Liste“) fasste Wegscheider zusammen - darunter vor allem die geplante Größe, das zu schnelle Wachstum des Ortsteils, die Verkehrszunahme und den Flächenverbrauch. Dabei stellte Wegscheider klar, dass die BI für den Erhalt des bestehenden Josefsheims sei, auch nichts gegen eine Erweiterung habe und die Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze sehr begrüße. Aber eben ohne das Baugebiet und seine Folgen für die 2000-Einwohner-Gemeinde.

Unterstützung erhält die BI vom Bund Naturschutz. „Das Biotop könnte sich in dieser Siedlung nicht halten“, sagte der Kreisvorsitzender Erich Jörg. Anstatt eine grüne Wiese zu bebauen, sollte Allgäu-Stift seiner Meinung nach umweltfreundliche Alternativen suchen, etwa die Umnutzung bereits bestehender Flächen oder Gebäude. Er verwies darauf, dass allein im Landkreis Lindau im Jahr 2018 rund 41 Hektar Bauland verplant worden seien. Dass sich eine Bürgerinitiative gebildet hat, sollte die Gemeinde unbedingt als „Warnruf“ verstehen. Zudem erinnerte er die Gegner daran, dass es für sie auch den Bürgerentscheid als Instrument gäbe.

Beim Infoabend äußerten sich jedoch auch Befürworter. Marita Hartmann sieht eine Chance, Betreutes Wohnen so umzusetzen, wie es sein soll: „Die Leute sind bis zum Schluss in ihrer eigenen Wohnung.“ Gemeinderat Berthold Zürn ist „von der grundsätzlichen Idee“ angetan: „Es ist bezahlbarer Wohnraum.“ Und dessen Ratskollege Stephan Wagner sagte, man müsse auch „an die nächsten fünf Jahrzehnte“ denken. Er hob die gute Anbindung an Bus und Bahn hervor.

EU-Geld für Westallgäuer Projekte WA 23.5.19

Zuschüsse Förderungen gibt es unter anderem für Werbung der Lindauer Gartenschau und den geplanten Lindenberger Vitalparcours. Nur bei den Premiumwanderwegen gibt es Gegenstimmen

VON ANJA WORSCHICH

Westallgäu Mehr als 400 000 Euro EU-Geld fließen künftig in weitere fünf Projekte im Westallgäu. Das hat die Lokale Aktionsgruppe (LAG) für Regionalentwicklung im Westallgäu-Bayerischer Bodensee in Lindenberg beschlossen. Die EU unterstützt im Rahmen ihres Leader-Programms den ländlichen Raum. Im Entscheidungsgremium sitzen Vertreter der Kommunen sowie Sozial- und Wirtschaftspartner. Der Aktionsgruppe im Westallgäu steht im Zeitraum von 2014 bis 2020 insgesamt ein Budget von 1,8 Millionen Euro zur Verfügung. 16 Projekte wurden damit bereits unterstützt. Darunter die Imagefilme Westallgäu, das Inklusive Wohnen im Rainhaus in Lindau, der Anbau der Energiepflanze „Silphie“ und der Dorfladen in Opfenbach. Folgende fünf Projekte im Landkreis erhalten künftig ebenfalls eine Leader-Förderung:

● **Marketing** Für die Außenstandorte der Lindauer Gartenschau 2021 ist ein einheitlicher Öffentlichkeitsauftritt geplant. Zu den sogenannten Satellitenstandorten zählen die Obstbauschule Schlachters, die Scheidegger Wasserfälle und die Hausbachklamm in Weiler-Simmerberg. Es sollen unter anderem Broschüren entstehen und ein Imagefilm. Zudem schweben Jasmin Sommerweiß vom LAG-Projektmanagement ortsübergreifende Aktionen vor, wie beispielsweise eine Schnitzeljagd. Ziel sei es, die Gartenschau in den gesamten Landkreis zu tragen und nicht nur auf Lindau zu begrenzen. Das soll mehr Besucher anziehen und den Wiedererkennungswert der Orte steigern. Die Leader-Förderung für dieses Projekt beträgt 95 000 Euro.

● **Digitale Werbung** Auch auf mög-



Die Westallgäuer Wasserwege sollen als Premiumwege zertifiziert werden.

Archiv-Foto: Matthias Becker

lichst verschiedenen digitalen Kanälen will sich der Landkreis Lindau bei der Gartenschau präsentieren. Etwa 300 000 Besucher werden 2021 erwartet. Das Landratsamt will neben Informationsstelen und Filmen beispielsweise Virtual-Reality-Brillen anbieten, die man sich aufsetzen kann, um den Landkreis bei einer virtuellen Reise zu erleben. Das soll vor allem das junge Publikum ansprechen, sagt Frederik Saalbaum vom Landratsamt. Die Brillen seien zudem wartungsarm. Saalbaum gibt ein Beispiel, was alles möglich ist: Wer mit der speziellen Brille den Blick über eine Kuhherde schweifen lässt, bekommt erklärt, wie aus Milch Käse hergestellt wird. Das soll Lust machen, eine Sennerei zu besichtigen, sagt Saalbaum. Der Fo-

kus soll neben touristischen Attraktionen auf geologischen Besonderheiten liegen. So soll erklärt werden, wie ein Eistobel entstanden ist oder welchen Einfluss Streuobstwiesen auf die Natur haben. Das Projekt wird mit 84 000 Euro bezuschusst.

● **Wanderwege** Westallgäu Tourismus möchte mehr als 90 Kilometer Wegenetz zu sogenannten Premiumwander- und spazierwegen zertifizieren lassen. Die beiden Kategorien unterscheiden sich in der Distanz. Spazierwege sind bis zu sieben Kilometer lang, Wanderwege bis zu 20. Zu Premiumwegen klassifiziert werden sollen die Westallgäuer Wasserwege in Scheidegg und Oberreute, der südliche Ring und der Tobelbach in Weiler-Simmerberg, der Waldsee-Ratzenberg in

Lindenberg, die Rundtour Grünenbach und der Weg im Eistobel. Premiumwanderwege sind ein Qualitätssiegel des Deutschen Wanderinstituts für Routen, die an besonderen Aussichtspunkten, eindrucksvollen Bauwerken und Naturbesonderheiten vorbeiführen, erklärte Isabell Frick-Renz. Dazu seien neue Beschilderungen und teilweise Änderungen der bestehenden Routen nötig. Mit den Premiumwegen will das Westallgäu eine Orientierungshilfe für Wandergäste bieten. Leader-Koordinator Ethelbert Babel bat an dieser Stelle um eine enge Abstimmung mit der Allgäu GmbH, die bereits bestimmte Wanderwege unter dem Namen „Allgäu Trilogie“ vermarkte. Der Zuschuss von 115 000 Euro wurde von dem Gre-

mium beschlossen. Allerdings gab es zwei Gegenstimmen von Isolde Müller (Bund Naturschutz) und Michaela Berghofer (Landschaftspflegeverband). Beide sahen ein zusätzliches Qualitätssiegel als überflüssig und eher verwirrend für Wanderer.

● **Waldumbau** Um die heimischen Wälder auf den Klimawandel vorzubereiten, setzt die Waldbesitzervereinigung Westallgäu verstärkt auf die Weißtanne. Dieser Baum käme wesentlich besser mit Dürre und Stürmen zurecht als die Fichte. Um bei diesem Waldumbau auch die Gesellschaft miteinzubeziehen, soll es im Landkreis zwölf Erlebnisstationen auf Waldwegen geben, die interaktiv informieren. Beispielsweise in Weiler-Simmerberg und am Waldsee bei Lindenberg. Denkbar wäre laut Peter Freytag unter anderem ein begehrter Aussichtsturm aus Weißtanne oder Halbliegen. Eine Monokultur soll es aber nicht geben, sagte Freytag. Die Waldbesitzervereinigung setze auf einen Mischwald mit Laubbäumen, Fichte und Weißtanne. Das Projekt erhält knapp 120 000 Euro.

● **Vitalparcours** Trimm-Dich-Pfade seien überholt, sagt Lindbergs Bürgermeister Eric Ballerstedt. Einen Bewegungsparcours für alle Generationen soll es daher in der Stadt Lindenberg bald neben dem Gelände der Stadtwerke am Waldsee geben. Jedem Spaziergänger, aber auch Schulen und Vereinen, soll es damit möglich sein, die Fitness zu trainieren. Beispielsweise durch Liegestütze, Armzüge oder eine Balanceübung. Das Konzept werde in Zusammenarbeit mit einem Sportpädagogen erstellt. Damit sollen alle Altersklassen angesprochen werden und auch für Behinderte seien die Geräte gut nutzbar. Für dieses Projekt gibt es eine Förderung von 51 000 Euro.

LE 23.5.19

Wasserburger diskutieren über Flächennutzungsplan

Unterlagen liegen noch bis zum 7. Juni aus

Von Julia Baumann

WASSERBURG - Wasserburg braucht einen neuen Flächennutzungsplan. Damit die Bürger wissen, was dessen Ziele sind, hat die Verwaltung sie zum Infoabend ins Bürgerbegegnungshaus eingeladen. Heiß diskutierte Themen waren der Landschaftsschutz und das Baugebiet Reutenein.

Mehr als 200 Seite umfassen die Unterlagen, die zurzeit im Rathaus ausliegen. Noch bis zum Freitag, 7. Juni, können Bürger und Behörden dazu Stellung nehmen. Fast zwei Jahre ist es her, dass der Gemeinderat sich für eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplans inklusive Landschaftsplan entschieden hat, wie Bürgermeister Thomas Kleinschmidt am Dienstagabend sagte. Das Ziel: Die weitere städtebauliche Entwicklung Wasserburgs soll geordnet und aktualisiert werden. In der Zwischenzeit hat es, so der Bürgermeister, drei Workshops zum Thema gegeben. Außerdem hatten sich die Gemeinderäte bei einer Fahrradtour die betroffenen Grundstücke angesehen.

Entworfen hat den Plan dann das Augsburgsburger Planungsbüro „Opla“. Dessen Geschäftsführer Werner Dehm räumte gleich zu Beginn des Info-Abends mit einem Vorurteil auf: „Mit einem Flächennutzungsplan wird kein Bauland geschaffen“, erklärte er. „Er schafft Angebote für die Nutzung.“ Fest stehe: Die Gemeinde Wasserburg hat noch Potenzial für Flächen, die bebaut werden können. „Aber die gehören zu 99, wenn nicht sogar zu 99,9 Prozent nicht der Gemeinde“, sagte Dehm.

Der neue Flächennutzungsplan umfasst alle Ortsteile von Wasserburg. Neben möglichen Wohn- und Mischgebieten haben die Planer auch Flächen markiert, wo sich Verwaltung und Gemeinderat in Zukunft Parkplätze vorstellen könnten. Zum Beispiel an der Nonnenhorner Straße bei der evangelischen Kirche. „Aber das ist doch Landschaftsschutzgebiet“, warf Harald Tegtmeier-Metzdorf ein.

Dehm erklärte, dass ein gut eingegrünter Parkplatz an der Nonnenhorner Straße möglich sei. Zumindest die Grenzen des Landschaftsschutzgebiets dort „sehr grob“ gefasst seien.

Grundsatzdiskussion zum Parken

Allerdings war da schon eine Grundsatzdiskussion über die Notwendigkeit von Parkplätzen im Wasserburger Ortskern entbrannt. Denn die Pläne sehen neben einem Auffangparkplatz an der Friedrichshafener Straße auch einen weiteren Parkplatz am Hegestrand vor. Denn ein Ziel sei es, den Lindenplatz vom Verkehr zu entlasten. „Dann müsste der Parkplatz am Hegestrand aber geschlossen werden und nicht noch einer dazu gebaut werden“, fand Isolde Miller. Schließlich ziehe jeder neue Parkplatz Verkehr an. Und die Grenzen des Landschaftsschutzgebiets seien – grob gefasst oder nicht – zu respektieren.

Adolf Hiller-Zürn hält es grundsätzlich für falsch, beim Parken über „Insellösungen“ nachzudenken. „Elf Hektar können entwickelt werden, Wasserburg könnte sich verdoppeln“, sagte er. „Wenn wir in 15 bis 20 Jahren 3000 Leute mehr sind, müs-

sen wir drüber nachdenken, die Halbinsel autofrei zu machen.“

In Hege, Hattnau und Hengnau ermöglicht der Flächennutzungsplan, dass die Wohnbebauung dort fortgeführt wird. Dass auch in Reutenein explizit Flächen für eine Wohnbebauung ausgewiesen werden sollen, irritierte am Dienstagabend allerdings einige. Denn wie berichtet, hatte der Gemeinderat im Februar beschlossen, die Pläne für das Baugebiet dort erst einmal auf Eis zu legen, weil die Entwässerung dort zu teuer sei. „Das ist ein eklatanter Widerspruch“, sagte Tegtmeier-Metzdorf. Die Gemeinderäte Stefan Hanser und Joachim Weber erklärten, dass sich der Ratsbeschluss und die Erstellung des Flächennutzungsplans zeitlich überschneiden haben. „Wir halten ein gewisses Angebot für sinnvoll“, sagte Planer Dehm.

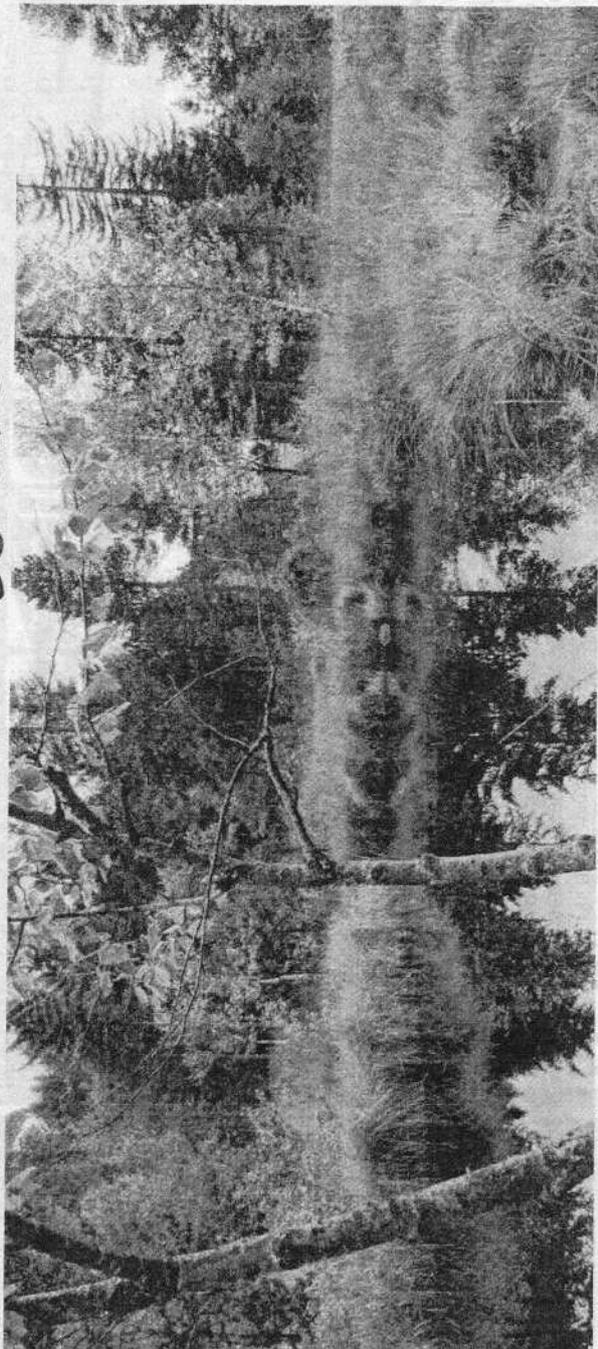
Adolf Hiller-Zürn stellte gegen Ende des Abends infrage, ob in Wasserburg noch mehr Wohnraum geschaffen wird. „Die Grenzen des Wachstums sind erreicht“, sagte er. „Die Mehrheit des Gemeinderats will, dass mehr gebaut wird“, sagte Stephan Demmerer. Stefan Hanser erklärte, dass die Räte Bauplätze für Wasserburger Bürger schaffen wollen. Denn, so Annemarie Beck: Wohnraum ist in dem Ort knapp. „Ich kenne eine Wasserburger Familie, die aus ihrem Haus raus muss und nichts Neues findet.“

Die Unterlagen zum Flächennutzungsplan liegen noch bis Freitag, 7. Juni, im Wasserburger Rathaus, Lindenplatz 1, aus.

Unterwegs im Wildrosenmoos

KREIS LINDAU (lz) - Die Gebietsbetreuung des Bund Naturschutz lädt für Mittwoch, 29. Mai, ab 17 Uhr in ein Juwel des Landkreises ein: Das Wildrosenmoos ist eines der schönsten und abwechslungsreichsten Moore im Westallgäu, heißt es in einer Ankündigung. Dort wechseln sich Hochmoor, Streuwiesen und Wald ab und bieten ein außergewöhnliches Naturerlebnis. Gebietsbetreuerin Isolde Miller kennt nicht nur den Lebensraum, sondern auch Sagen und alte Schmugglergeschichten aus der Gegend. Treffpunkt zu der etwa dreistündigen Exkursion ist Oberreute am Wanderparkplatz Hinterschweinhöf.

Bei starkem Regen entfällt die Veranstaltung.



Im Wildrosenmoos wechseln sich Hochmoor, Streuwiesen und Wald ab.

FOTO: BN

lz 24.5.19

BZ 18.5.19

Mit der Gebietsbetreuerin unterwegs

Die Gebietsbetreuung des Bund Naturschutz lädt am Mittwoch, 22. Mai, ab 15 Uhr zu einer Wanderung zum Tag der Artenvielfalt ein. Das Naturschutz- und Natura 2000-Gebiet Degermoos ist ein vielfältiges Mosaik aus naturnahen und nutzungsbedingten Moorlebensräumen. Dadurch ergibt sich der enorm hohe Wert für den Naturschutz. Die Artenvielfalt ist beträchtlich, jedoch auch bedroht. Gebietsbetreuerin Isolde Miller stellt bedrohte Arten und Lebensräume im Moor vor und zeigt auf, welche Maßnahmen zu ihrem Schutz ergriffen werden können. Treffpunkt für die etwa dreistündige Exkursion ist am Bahnüber-

gang Obernützenbrugg.

Am Mittwoch, 29. Mai, geht's ab 17 Uhr in ein Juwel des Landkreises: Das Wildrosenmoos ist eines der schönsten und abwechslungsreichsten Moore im Westallgäu. Grenzüberschreitend wechseln sich hier gut erhaltenes Hochmoor, Streuwiesen und Wald ab und bieten ein außergewöhnliches Naturerlebnis! Isolde Miller vom Bund Naturschutz kennt nicht nur den Lebensraum, sondern auch Sagen und alte Schmugglergeschichten aus der Gegend. Treffpunkt: in Oberreute am Wanderparkplatz Hinterschweinhöf. Bei starkem Regen entfallen die Veranstaltungen.

W
A
24.
5.
19

OBERREUTE

Mit der Gebietsbetreuerin ins blühende Wildrosenmoos

Der Bund Naturschutz (BN) bietet am Mittwoch, 29. Mai, ab 17 Uhr eine Exkursion ins Wildrosenmoos an. Es gilt als eines der schönsten Moore im Westallgäu. Hochmoor, Streuwiesen und Wald wechseln sich ab und bieten ein außergewöhnliches Naturerlebnis. Gebietsbetreuerin Isolde Miller kennt nicht nur den Lebensraum, sondern auch Sagen und alte Schmugglergeschichten. Treffpunkt zur dreistündigen Exkursion ist am Wanderparkplatz Hinterschweinhöf bei Oberreute. Bei starkem Regen entfällt die Veranstaltung.

2/19 Natur & Umwelt



NATURNOTIZEN
AUS SCHWABEN

KLEINGEWÄSSER-NETZWERK: Im Mai läuft in der Bodenseeregion dieses Projekt aus, in dem sich auch die BN-Kreisgruppe Lindau engagiert, als einer von neun Partnern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Kleingewässer sind Lebensraum und Laichgewässer für bedrohte Amphibien, aber auch Habitat für Insekten und Vögel. Seit Projektbeginn 2015 legte die Kreisgruppe etliche neue Tümpel an, sanierte bestehende Gewässer wie in Hergatz (siehe Foto) und veranstaltete Vorträge und Exkursionen. Mindestens 60 Kleingewässer sind Ziel des vom EU-Regionalprogramm »Interreg« geförderten Projekts.



Foto: N.N.

IRRSINN AN DER ILLER: Seit 20 Jahren engagiert sich die BN-Kreisgruppe Neu-Ulm für die Untere Iller. Deren Renaturierung haben sich auch Bayern und Baden-Württemberg auf die Fahnen geschrieben. Gleichzeitig will ein Investor dort acht Wasserkraftwerke bauen – obwohl schon heute 90 Prozent des Wassers zur Stromerzeugung genutzt werden. Seine Klage gegen das erste, bei Dietenheim geplante Kraftwerk hatte der BN im Herbst 2018 verloren. Im Februar legte er nun Berufung gegen das Urteil ein.



IHR ANSPRECHPARTNER

Schwaben: Thomas Frey
Tel. 0 89 / 54 82 98-64
thomas.frey@bund-naturschutz.de

Unterwegs im Wildrosenmoos

KREIS LINDAU (LZ) - Die Gebietstretung des Bund Naturschutz lädt für Mittwoch, 29. Mai, ab 12 Uhr in ein Juwel des Landkreises ein: Das Wildrosenmoos ist eines der schönsten und abwechslungsreichsten Moore im Westallgäu, heißt es in einer Ankündigung. Dort wechseln sich Hochmoor, Streuwiesen und Wald ab und bieten ein außergewöhnliches Naturelebnis. Gebietsbetreuerin Isolde Müller kennt nicht nur den Lebensraum, sondern auch Sagen und alte Schmugglergeschichten aus der Gegend. Treffpunkt zu der etwa dreistündigen Exkursion ist Oberreute am Wanderparkplatz Hinterschweinhöf.

Bei starkem Regen entfällt die Veranstaltung.

Im Wildrosenmoos wechseln sich Hochmoor, Streuwiesen und Wald ab.

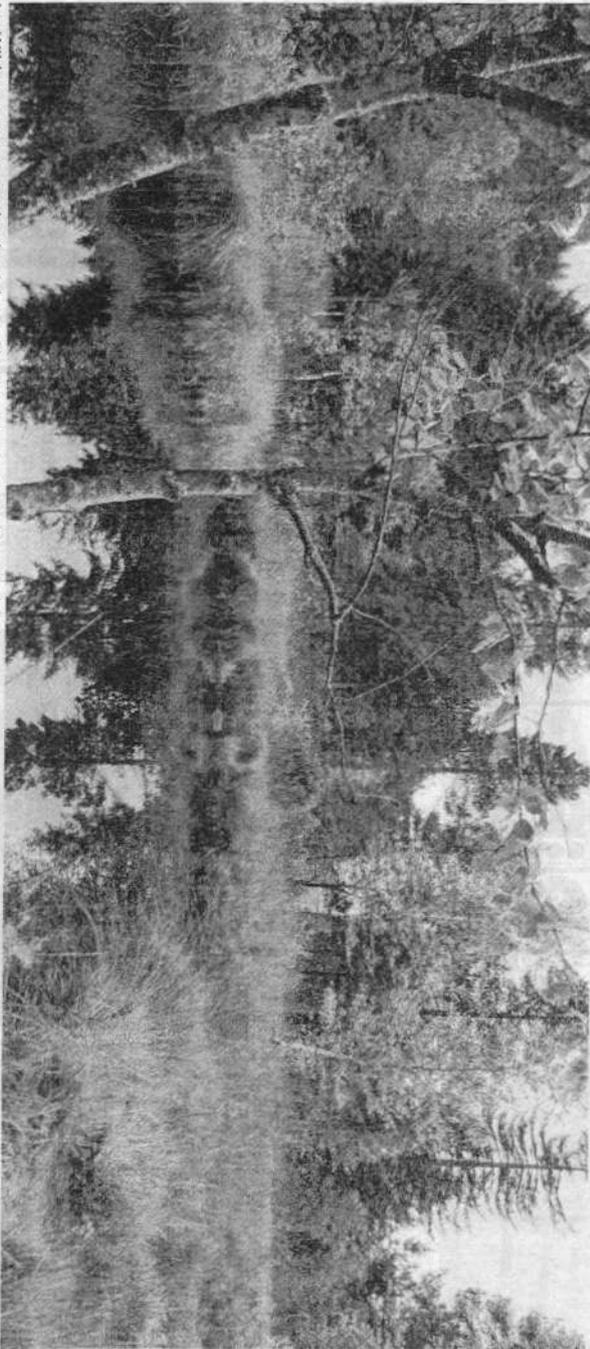


FOTO: BN

LZ 29.5.19

SÜDF. 29.5.19

Wanderung durch Naturschutzgebiet

Mit Isolde Miller Eistobel und Riedholzer Kugel besuchen

Region - Am Sonntag, 2. Juni um 13 Uhr lädt die Gebietsbetreuung des BUND Naturschutz zu einer längeren Wanderung durch die vielfältige Natur des Westallgäus ein. Das Naturschutzgebiet Eistobel ist mit rauschenden Wasserfällen, steilen Felswänden und naturnahem Wald ein unvergleichliches Naturerlebnis. Wenn man dann noch die Riedholzer Kugel besucht, hat man die ganze Palette von Schlucht und Tobel und den weiten Blick über das Westallgäu. Gebietsbetreuerin Isolde Miller begleitet die Exkursion mit Erklärungen zur Artenvielfalt und die Naturräume, die durchwandert werden. Eine abschließende Einkehr ist nicht ausgeschlossen. Es entstehen Kosten für den Eintritt zum Eis-

tobel. Bei starkem Regen entfällt die Veranstaltung. Treffpunkt für die etwa vierstündige

Wanderung ist am Infopavillon am Eistobel, Grünenbach.



Am 2. Juni führt Isolde Miller, Gebietsbetreuerin des BUND Naturschutz, durch das Naturschutzgebiet Eistobel. Foto: oh

MAIERHÖFEN/GRÜNENBACH

Mit dem Bund Naturschutz durch den Eistobel

Eine Wanderung durch das Naturschutzgebiet Eistobel und zur Riedholzer Kugel findet am Sonntag, 2. Juni, mit Isolde Miller, Gebietsbetreuerin beim Bund Naturschutz Ortsgruppe Lindau, statt. Treffpunkt zur etwa vierstündigen Wanderung ist am Infopavillon am Eistobel zwischen Maierhöfen und Grünenbach. Als Kosten fallen nur der Eintritt des Eistobels an. Bei starkem Regen entfällt die Veranstaltung.

WA 29.5.19

WA Plus 6/19



Im Reich der Fledermäuse

Lindenberg. Der Bund Naturschutz lädt am Freitag, 7. Juni, ab 20 Uhr zu einer Entdeckungsreise in das Reich der Fledermäuse ein. Mit ihrer verborgenen Lebensweise geht auch ihre Gefährdung einher, die gleichzeitig stark mit dem Handeln des Menschen verbunden ist. Fledermausspezialist Rudolf Zahner entführt in die Welt dieser faszinierenden Tiere. Er führt mit dem Fledermausdetektor vor, wie man Fledermäuse entdecken und bestimmen kann. Treffpunkt ist an der Promenade am Waldsee in Lindenberg. Die Veranstaltung dauert etwa zwei Stunden. Bei Regen sind die Fledermäuse nicht unterwegs, weswegen die Veranstaltung dann ausfallen muss.

WA Plus 6/19

„Feuer und Flamme“ oder liebe „Bienen, Most und Brennerei“

Sieben Streuobstwanderwege in einer neuaufgelegten Broschüre

Lindau. Die Broschüre mit den sieben Streuobst-Wanderwegen im Landkreis Lindau wurde im frischen Layout neu aufgelegt und ist in den lokalen Tourist-Informationen kostenlos erhältlich.

Gemeinsam mit dem Bund Naturschutz wurden in der Vergangenheit sieben Streuobst-Wanderwege vom Westallgäu bis zum Lindauer Bodensee konzipiert und ausgeschrieben. Ziel ist es, den Gästen und der Bevölkerung den Wert des Streuobstes als Kulturlandschaft näher zu bringen und diese nachhaltig zu schützen. Auf den sieben einheitlich markierten Touren zwischen 5,3 km und 10,8 km Länge erhalten die Wanderer auf Informations- und Sortentafeln interessante und fachkundige Hinweise rund um Anbau, Bedeutung und Vielfalt des Streuobstes.

Jede Route ist einem bestimmten Thema gewidmet. Beispielsweise geht es um Streuobst in

den Allgäuer Hochlagen, um neue Chancen und Wege im Streuobstbau oder um den Obstbau im Wandel. Besonders jetzt im Frühjahr, sind die Wanderwege ein besonderes Erlebnis.

Verzeichnis Direktvermarktung

Inzwischen erfolgte eine Neuauflage der passenden Broschüre mit Wissenswerten rund um das Thema „Streuobst“ durch das regionale Tourismusmanagement des Landkreises Lindau.

Der Leser erhält im übersichtlichen und frischen Layout Informationen zu allen Touren sowie ein passendes Verzeichnis der Direktvermarkter, bei denen regionale Produkte erhältlich sind.

INFO: Die 52-seitige Broschüre ist bei den örtlichen Tourist-Informationen kostenlos erhältlich. Alle Strecken und weitere Wanderungen und Radtouren unter www.touren.landkreis-lindau.de



Die Titelseite der aktuellen Broschüre mit sieben Streuobstwanderwegen.

Fledermäuse belauschen und entdecken

Bund Naturschutz lädt zu Exkursion an den Waldsee in Lindenberg ein **22.1.6.19**



Mit dem Fledermausdetektor geht es auf Fledermaussuche

LINDENBERG (lz) - Die Gebietsbetreuung des Bund Naturschutz lädt am Freitag, 7. Juni, ab 20 Uhr zu einer abendlichen Fledermaus-Exkursion an den Waldsee in Lindenberg ein: Sie fliegen mit den Händen und sehen mit den Ohren - Fledermäuse üben auf Menschen eine große Faszination aus. Doch mit ihrer verborgenen Lebensweise geht auch ihre Gefährdung einher, die gleichzeitig stark mit dem Handeln des Menschen verbunden ist, heißt es in der

Bund-Pressemittteilung. Fledermausspezialist Rudolf Zahner entführt uns in die Welt dieser faszinierenden Tiere. Er führt mit dem Fledermausdetektor vor, wie man Fledermäuse entdecken und bestimmen kann. Er erläutert aber auch, welche Bedrohungen für diese Tiere bestehen. Auch für Kinder ist die Veranstaltung interessant. Treffpunkt für die etwa zweistündige Veranstaltung ist an der Promenade am Waldsee. Bei Regen entfällt die Exkursion.

Durch den Eistobel

GRÜNENBACH (lz) - Am Sonntag, 2. Juni, um 13 Uhr lädt die Gebietsbetreuung des Bund Naturschutz zu einer längeren Wanderung durch die vielfältige Natur des Westallgäus ein. Das Naturschutzgebiet Eistobel ist laut Vorschau mit rauschenden Wasserfällen, steilen Felswänden und naturnahem Wald ein großes Naturerlebnis. Wer dann noch die Riedholzer Kugel besucht, hat die ganze Palette von Schlucht und Tobel und weitem Blick über das Westallgäu. Isolde Miller begleitet die Exkursion mit Erklärungen zur Artenvielfalt und zu den Naturräumen, die durchwandert werden. Es entstehen Kosten für den Eintritt zum Eistobel. Bei Regen entfällt die Veranstaltung. Treffpunkt für die etwa vierstündige Wanderung ist am Infopavillon am Eistobel, Grünenbach.

27.5.19